



universität  
wien

# MASTER THESIS

Titel der Master Thesis / Title of the Master's Thesis

„Welchen Einfluss hat ‚La Cumbre Nacional de Mujeres y Paz‘ auf den kolumbianischen Friedensprozess und den Friedensvertrag aus geschlechtsspezifischer Perspektive?“

verfasst von / submitted by

Susanne Reither

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts in Latin American Studies (MA)

Wien, 2019 / Vienna 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt /  
Postgraduate programme code as it appears on  
the student record sheet:

A 992 466

Universitätslehrgang lt. Studienblatt /  
Postgraduate programme as it appears on  
the student record sheet:

Interdisziplinäre Lateinamerika-Studien (MA)

Betreut von / Supervisor:

ao. Univ.-Prof. Dr. René Kuppe



## Abstract

Die vorliegende Masterarbeit evaluiert den kolumbianischen Friedensvertrag aus geschlechtsspezifischer Perspektive und geht der Frage nach inwiefern die organisierten Frauengipfel einen Einfluss auf den Friedensprozess und das finale Friedensabkommen hatten. Die Analyse stellt die spezifische Situation der Frauen im Friedensprozess in den Mittelpunkt. Die Basis der Masterarbeit sind Interviews mit ExpertInnen, die die Autorin in Kolumbien führte. Außerdem wurden die Forderungen und Positionen der Frauenorganisationen und relevante Dokumente des finalen Friedensabkommens analysiert und gegenübergestellt. Anhand der verwendeten Literatur und aus Sicht der ExpertInnen kommt diese Arbeit zu dem Ergebnis, dass der Frauengipfel, *La Cumbre Nacional de Mujeres y Paz*, einen wesentlichen Einfluss auf die Ausgestaltung des Friedensvertrages hatten und die Genderaspekte des Friedensprozesses aktiv mitgestalteten.

Schlagwörter: Kolumbien/ Friedensvertrag/ Friedensprozess/ Gender/ Gewalt gegen Frauen

## Inhaltsverzeichnis

1.	Abbildungsverzeichnis	6
2.	Abkürzungsverzeichnis	7
3.	Einleitung	9
4.	Methode	14
5.	Überblick und Entwicklung des bewaffneten Konflikts in Kolumbien	16
	Landkonflikte und ländliche Entwicklung	17
	La Violencia und Militärdiktatur	20
	Nationale Front und die revolutionäre Guerilla	23
	Drogenkrieg und Paramilitärs	27
6.	Strukturen des Krieges und Frauen im Krieg	37
	Aktive Teilnahme von Frauen im Krieg und FARC Guerilleras	41
	DDR Programme	46
7.	Von militärischer Konfrontation unter Uribe zu Friedensgesprächen unter Santos	49
8.	Der <i>Cumbre Nacional de Mujeres y Paz</i> und der Einfluss der Frauen auf die Friedensverhandlungen	53
	Frauenbewegungen und Frauen als Friedensakteurinnen	55
	Cumbre Nacional de Mujeres y Paz	60
9.	Evaluierung des Friedensvertrags aus der Genderperspektive	67
	<i>La Subcomisión de Género</i> und das finale Abkommen	68
	Evaluierung und Umsetzung des Friedensvertrages aus Genderperspektive	75

10.	Ergebnisse	88
11.	Literaturverzeichnis	91
12.	Annex	101
	Forderungen des Cumbre Nacional de Mujeres y Paz	101

## 1. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: TeilnehmerInnen des Cumbre Nacional de Mujeres y Paz nach Regionen	62
Abbildung 2: Implementierung der 578 der allgemeinen Bestimmung (Juni 2018)	82
Abbildung 3: Implementierung der 130 Bestimmungen mit Genderperspektive (Juni 2018)	82

## 2. Abkürzungsverzeichnis

ANUC

Asociación Nacional de Usuarios Campesinos

AUC

Autodefensas Unidas de Colombia

BACRIM

Bandas Criminales

CERAC

Centro de Recursos para Análisis de Conflictos

CINEP

Centro de Investigación y Educación Popular

CSIVI

Comisión de Seguimiento y Verificación del Acuerdo de Paz

DDR

Disarmament, demobilization and reintegration

ELN

Ejército de Liberación Nacional

EPL

Ejército Popular de Liberación

FARC-EP

Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia - Ejército del Pueblo

LASO

Latin American Security Operation

LGBTI

Lesbian Gay Bisexual Transsexual Intersexual

M-19

Movimiento 19 de abril

SGBV

Sexual Gender Based Violence

UNHCR

United Nations High Commissioner for Refugees

UN-OCHA

United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs

### 3. Einleitung

Über 50 Jahre bewaffnete Auseinandersetzung in Kolumbien forderte zahlreiche Opfer von Gewalt und haben Millionen zur Flucht gezwungen. Am 26. September 2016, nach 4-jährigen Verhandlungen, beendeten schließlich die Regierung unter Präsident Juan Manuel Santos Calderón und die größte kolumbianische Guerilla FARC-EP (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército Popular*) den Konflikt. Es war bereits der dritte Versuch den Frieden herbeizuführen seit dem Beginn des Bürgerkrieges. Ein besonderes Charakteristikum des ausverhandelten Friedensvertrages ist das Thema *Gender*. Die Partizipation von Frauen an Friedensverhandlungen und die explizite Berücksichtigung der Interessen der Frauen und der Genderperspektive im finalen Abkommen ist im internationalen Vergleich eine Seltenheit. In Kolumbien machten Frauen-, feministische und LGBTI-Organisationen schon seit Jahrzehnten Friedensarbeit und haben an die politische Ausverhandlung des Konflikts appelliert. Als schließlich die Friedensverhandlungen starteten wurden die Forderungen der Frauen immer lauter und ein erster Frauengipfel, der *Cumbre Nacional de Mujeres y Paz* organisiert.

*La Cumbre Nacional de Mujeres y Paz* ist eine Allianz aus insgesamt 1500 Organisationen, Netzwerken und Plattformen von Frauen aus den verschiedensten Bereichen. Darunter befinden sich u.a. Studentinnen- und Jugendorganisationen, indigene Gruppen, regionale und lokale Verbände, die sich zusammenschlossen um aktiv an den Friedensverhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung unter Santos und der FARC-EP mitzuwirken. Der erste nationale Frauengipfel im Jahre 2013 hatte das Ziel, eine konsolidierte Agenda für den Frieden zu erstellen, um die seit 2012 stattfindenden Friedensgespräche voranzutreiben, aktiv

mitzugestalten und Frauen in die Verhandlungen einzubinden. Diese Agenda beinhaltet Vorschläge für das Friedensabkommen, die die Bedürfnisse von Mädchen und Frauen berücksichtigen. „*Las mujeres queremos ser pactantes, no pactados*“, lautete die Botschaft an die verhandelnden Parteien. Die internationale Gemeinschaft und internationale Organisationen unterstützten derartiges Engagement technisch sowie finanziell. In den darauffolgenden Jahren wurden Nigeria Rentería und María Paulina Riveros an den Verhandlungstisch geholt, als vollberechtigte Repräsentantinnen der Regierung. Ein weiterer Erfolg zeichnete sich im September 2014 ab, als eine *Subcomisión de Género*, bestehend aus je fünf ernannten Mitgliedern durch die FARC-EP und die Regierung, eingesetzt wurde (vgl. Hasenstab 2018). Das Ziel der Gender-Unterkommission und der Frauen und LGBTI Gemeinschaft ist es, aktiv am Friedensprozess mitzugestalten und Frauen- und LGBTI-Rechte in den Friedensvertrag aufzunehmen. An den drei besonderen Sitzungen der Sub-Kommission trafen insgesamt 18 ExpertInnen mit Expertise im Bereich Feminismus, Frauen- und/oder LGBTI-Rechte, zusammen. Die Empfehlungen beziehen sich auf die sechs Hauptpunkte des Friedensvertrages: ländliche Entwicklung, politische Partizipation, Beendigung des Konfliktes, Rechte der Opfer, illegale Anbaukulturen und die Implementierung und Durchführung des Friedensvertrags. Zentrale Punkte aus Genderperspektive ist der Zugang zu Landbesitz und die Möglichkeit für Frauen Land zu erwerben, eine stärkere Beteiligung von Frauen in der Politik, affirmative Maßnahmen, besseren Schutz für Menschenrechts- und LGBTI-AktivistInnen, die besondere Berücksichtigung der Situation vieler Bäuerinnen (*mujeres campesinas*) sowie das Anbieten von Alternativen und technischer Unterstützung betreffend den Anbau von als illegal deklarierten Pflanzen (ebd).

Dem Frauengipfel geht ein langer Kampf um den Frieden voran, den Frauen, besonders in den ländlichen Gebieten, schon seit Jahrzehnten führten. Das Engagement der Frauen ist dadurch zu erklären, dass sie in besonderem Ausmaß und auf differenzierte Weise von dem bewaffneten Konflikt betroffen sind. Gewalt gegen Frauen und insbesondere sexuelle Gewalt ist in Kolumbien weit verbreitet und wurde während des bewaffneten Konflikts gezielt als Kriegswaffe eingesetzt. Zudem hat die jahrzehntelange Militarisierung in Kolumbien ein Klima der Gewalt befördert. Die geschlechtsspezifische Dimension des bewaffneten Konfliktes und der Militarisierung wird auch von internationalen Organisationen wie der UN Women betont. Insofern sahen kolumbianische Frauen die Notwendigkeit auf die unterschiedlichen Auswirkungen auf Frauen aufmerksam zu machen und im nächsten Schritt die aktive Teilnahme von Frauen am Friedensprozess zu reklamieren. Der *Cumbre Nacional de Mujeres y Paz* stellte ein wichtiges Sprachrohr für Frauen dar, um Druck auf die verhandelnden Parteien auszuüben.

Die vorliegende Arbeit soll die Frage beantworten:

*Welchen Einfluss hat ‚La Cumbre Nacional de Mujeres y Paz‘ auf den kolumbianischen Friedensprozess und den Friedensvertrag aus geschlechtsspezifischer Perspektive?*

Die Analyse soll darstellen, inwiefern der *Cumbre Nacional de Mujeres y Paz* Auswirkungen auf den Friedensprozess hatte und, ob und inwiefern die daraus entstandenen Forderungen in den finalen Friedensvertrag aufgenommen wurden. Außerdem ist zu klären, ob und inwiefern die Umsetzung dieser Empfehlungen erfolgt. Zwar wurden weitgehende Zugeständnisse im Hinblick auf die frauenpolitischen Forderungen gemacht, in wie weit diese tatsächlich umgesetzt werden ist fraglich.

Als Grundlage der Analyse werden die Evaluierungsberichte der kolumbianischen Forschungsinstitute CINEP (*Centro de Investigación y Educación Popular*) – *Programa por la Paz* und CERAC (*Centro de Recursos para Análisis de Conflictos*), und Berichte des *Kroc Insitute for International Peace Studies* herangezogen. Die kolumbianischen Forschungsinstitute führten Evaluierungen des CSIVI (*Comisión de Seguimiento y Verificación del Acuerdo de Paz*) und für den von den Vereinten Nationen in Kooperation mit der kolumbianischen Regierung gegründeten *Fondo Multidonante de las Naciones Unidas para el Posconflicto*, durch. Diese Berichte beschreiben u.a. die Evaluierung der Umsetzung des Friedensvertrages im Hinblick auf geschlechtsspezifische Gesichtspunkte.

Um den Kontext des bewaffneten Konfliktes zu verstehen sollen die historischen Entwicklungen umrissen werden, die Rückschlüsse auf die Ursachen des Bürgerkrieges zulassen. Insbesondere spielen die Landbesitzverhältnisse eine entscheidende Rolle, auf die Bezug genommen wird. Außerdem soll das Jahrzehnt der Gewalt, *la Violencia*, beschrieben werden und die daraus folgenden politischen Veränderungen und die Entstehung der Guerillas. In diesem Zusammenhang wird auf die Rolle der Paramilitärs und der Drogenmafia eingegangen.

Im Kapitel 6 werden die strukturellen Ursachen der Gewalt erarbeitet, mit Fokus auf die Auswirkungen des Lebens der Frauen. Der Umstand, dass die Militarisierung von Kolumbien, eine Atmosphäre der Gewalt und der sexualisierten Gewalt förderte, wird hier diskutiert. Es soll dabei erklärt werden, dass Frauen in besonderem Ausmaß vom bewaffneten Konflikt betroffen sind und das für einen nachhaltigen Friedensprozess berücksichtigt werden muss.

Wie es schließlich zum Start des Friedensprozesses und der Verhandlungen kam, wird in Kapitel 7 beschrieben. Die unterschiedlichen Zugänge der Regierung unter Juan Manuel Santos Calderón (2010 bis 2018) und der Regierung unter Álvaro Uribe Vélez (2002 bis 2010) werden hier dargestellt.

Schließlich werden im Kapitel 8 und 9 der *Cumbre Nacional de Mujeres y Paz* erklärt und analysiert. Dabei wird auf die Forderungen der Frauen, näher eingegangen.

Schließlich werden die Evaluierungsberichte zur Implementierung des Friedensabkommens und zum Genderfokus des Friedensvertrages analysiert. Der Stand der Implementierung und insbesondere die Berücksichtigung des Genderfokus wird hier dargestellt. Die Ergebnisse dieser Analyse werden im letzten Kapitel zusammengefasst.

## 4. Methode

Diese Arbeit basiert auf qualitativer Forschung anhand ExpertInneninterviews, die von der Autorin durchgeführt wurden. Während eines Forschungsaufenthaltes in Kolumbien von 2. bis 24. August 2018 wurde das Interviewmaterial gesammelt. Eine der zentralen InterviewpartnerIn war die Entwicklungsorganisation Diakonia, die mit dem kolumbianischen Netzwerk *Ruta Pacífica de las Mujeres* im Kontext der Erstellung einer Friedensagenda für Kolumbien zusammenarbeitete.

Die empirische Analyse wird komplementiert durch Dokumentationsmaterial von und zu dem organisierten kolumbianischen Frauengipfel, *Cumbre Nacional de Mujeres y Paz*, und zu dem kolumbianischen Netzwerk, *Ruta Pacífica de las Mujeres*, die in der vorliegenden Arbeit deskriptiv behandelt werden. Zudem stellen die Ergebnisse der *Subcomisión de Género* und die Ergebnisse des Friedensabkommens eine wichtige Analysegrundlage dar, die ebenfalls in diese Arbeit einfließen. Veröffentlichte Dokumente der Guerillagruppe FARC-EP wurden ebenfalls untersucht.

Eine weitere wichtige Basis stellen die Evaluierungsberichte zu der Implementierung des Friedensabkommens dar. Zum einen veröffentlichte das *Kroc Institute for International Peace Studies* mehrere Berichte zum Status der Implementierung und zur Genderperspektive des Friedensvertrages. Weiteres evaluierten die beiden kolumbianischen Forschungsinstitute CINEP (*Centro de Investigación y Educación Popular*) – Programa por la Paz und CERAC (*Centro de Recursos para Análisis de Conflictos*), die Implementierung des Genderfokus im Friedensabkommen, die die Ergebnisse der *Subcomisión de Género* widerspiegeln.

Im theoretischen Teil wird die Autorin zunächst die historische Entwicklung des Konfliktes aufarbeiten, um danach den Fokus auf die Rolle der Frauen in Friedensprozessen zu legen. Hier findet sich Literatur zum Thema strukturelle Gewalt gegen Frauen und sexueller genderbasierter Gewalt (*Sexual Gender Based Violence - SGBV*). Außerdem geht die Autorin in diesem Zusammenhang auf das Konzept der militarisierten Maskulinität näher ein.

## 5. Überblick und Entwicklung des bewaffneten Konflikts in Kolumbien

Der fünf Jahrzehnte andauernde Konflikt zählt insgesamt 8.352.636 Opfer (Amnesty International 2018), laut dem im Jahr 2011 gegründeten staatlichen Institution für Hilfe und Wiedergutmachung für Opfer (*Unidad para la Atención y Reparación a las Víctimas – UARIV*). Dazu zählen 22.915 Opfer von Sexualdelikten und 7.265.072 Opfer von Vertreibung, wovon der Großteil Frauen, Kinder und ältere Personen sind. Menschen wurden gezielt getötet, im Besonderen Angehörige afro-kolumbianischer und indigener Gemeinschaften, und kollektive Vertreibungen durchgeführt. Andere Gemeinschaften wurden gezwungen ihre Siedlungsgebiete nicht zu verlassen. Zudem kam es zu Zwangsrekrutierungen von Kindern und sexualisierter Gewalt. Der bewaffnete Konflikt stellte ein erhöhtes Risiko für geschlechtsbezogene Gewalt dar, insbesondere häuslicher Gewalt gegen Frauen. Aufgrund von fehlenden Schutzmechanismen zählen Frauen zu der am meisten betroffenen Bevölkerungsgruppe des bewaffneten Konfliktes in Kolumbien (vgl. UNHCR 2012).

Der kolumbianische Konflikt lässt sich nicht auf eine klar definierte Ursache oder eine kulturelle oder politische Polarisierung der Gesellschaft zurückführen. Vielmehr ist es zu verstehen als eine historische Entwicklung auf ökonomischer, sozialer und ethnischer Ebene, die sich durch unterschiedliche Dynamiken veränderten und sich durch Gewalt und Militarisierung manifestierten. Demzufolge sind die Erklärungsstränge vielfältig, jedoch ist eine historische Analyse der Entwicklungen der kolumbianischen Gesellschaft unumgänglich. In den folgenden Seiten möchte ich insbesondere auf die Landkonflikte und die steigende ökonomische und soziale Ungleichheit eingehen und die daraus folgenden Jahre der Gewalt.

## Landkonflikte und ländliche Entwicklung

Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts entzündeten sich Konflikte um die Herrschaft über das Land, das stets in den Händen von GroßgrundbesitzerInnen geblieben ist. In Krisenzeiten verschärften sich die damit einhergehenden sozialen und politischen Auseinandersetzungen sowie auch in der Weltwirtschaftskrise in den 1920er und 30er Jahren. Soziale Spannungen und Unruhen waren die Folgen von Massenarbeitslosigkeit, Lohnsenkungen und Sparmaßnahmen der Regierung. Die Situation verschärfte sich besonders in den ländlichen Gebieten (König 2008:125f). Arbeitslose ArbeiterInnen gingen aufs Land in der Hoffnung Arbeit zu finden. Auch die Regierung förderte die Übersiedlung von Arbeitslosen auf das Land, um das Problem der Arbeitslosigkeit in den Städten durch Arbeitsbeschaffung auf dem Land lösen zu können (Jenss 2016:255ff). Die Kolonisierung peripherer Gebiete wurde vorangetrieben und für die GroßgrundbesitzerInnen wertloses Land wurde parzelliert. Die tropischen Randgebiete in Putumayo, Caquetá, Amazonasgebiet, Sierra Nevada bei Santa Marta wurden kultiviert und urbanisiert. Zwar konnte dadurch die städtische und ländliche Arbeitslosigkeit teilweise verringert werden, allerdings stieg der Druck auf die Besitzstruktur auf dem Land (Sánchez, Díaz, and Formisano 2003:7f). Der Konflikt zwischen Großgrundbesitz und den Arbeitsverhältnissen spitzte sich zu. Die Eingliederung der Arbeitslosen aus den Städten als Kleinbauern und -bäuerinnen, KleinpächterInnen oder LohnarbeiterInnen in die Landwirtschaft erhöhte die Agrarproduktion und führte zu einem Sinken der Nahrungsmittelpreise, was auch die Lebenshaltungskosten in den Städten verringerte. Diese Maßnahmen führten zu einem Überfluss der Arbeitskräfte am Land und die dazukommenden sinkenden Weltmarktpreise für Kaffee ließen die GroßgrundbesitzerInnen ihren ArbeiterInnen niedrigere Löhne zahlen (König 2008:124ff). Die Kleinbauern und -

bäuerinnen sahen sich mit geringerem Einkommen konfrontiert und auch die LohnarbeiterInnen mussten Lohnkürzungen einbüßen. Proteste von arbeitslosen Bauern und Bäuerinnen waren die Regel. Bereits in den 1930er Jahren formierten sich die ersten lokalen Bauernligen (*ligas campesinas*) oder Bauergenossenschaften (*federaciones de labriegos y campesinos* oder *Sociedades de colonos y arrendatarios*) die ihr Recht mittels Landbesetzungen, Streiks während der Erntezeit oder auch mit Waffengewalt durchzusetzen versuchten.

Der Konflikt zwischen Großgrundbesitz und Arbeitsverhältnissen, d.h. zwischen KleinbauerInnen und LandarbeiterInnen auf der einen Seite und GroßgrundbesitzerInnen auf der anderen Seite, unterstreicht González (2004) als zentrales historisches Element des gegenwärtigen Konfliktes.

“In contrast to other Latin American countries, Colombia failed to implement agrarian reforms to redistribute land ownership. Instead, a constant expulsion of poor campesinos (peasant farmer) towards areas of unclaimed frontier occurred, where the presence of the central state's regulatory institutions and interaction with the rest of society and the national economy was minimal.”

(Gonzalez 2004, 11)

Der Konflikt um Landbesitz war und ist eine stetige Begleiterscheinung des bewaffneten Konflikts in Kolumbien. Der ländliche Raum in Kolumbien entwickelte sich sehr stark zu einem politischen Raum, der immer wieder Veränderungen unterworfen wurde. Immer wieder versuchten Regierungen Kontrolle über die ländlichen Gebiete zu erlangen. Jenss (2016:253)

spricht in diesem Zusammen von staatlich-räumlichen Projekten. Über Jahrzehnte wurden differenzierte räumliche Strategien entfaltet, es fehlte jedoch stets an zentral organisierten Projekten. Als Erbe der Kolonialherrschaft waren Oligarchen regional und lokal verankert, die relative Autonomie genossen. Die Geschichte des Landes ist daher eher als Abfolge permanenter Landkolonisierung und wiederholter Gewaltzyklen zu verstehen. Eine kohärente Raumordnungspolitik ist noch am ehesten für die Zeit der Präsidentschaft von Álvaro Uribe Vélez (2002-2010) zu begreifen. Diese Politik verschaffte eine radikale Veränderung der Landbesitzverhältnisse hin zu einer Stärkung der Agrarindustrie, Bergbau und Ölförderung. Durch staatlich ausgelagerte Gewaltfunktionen in Paramilitärs wurde gezielte Vertreibung betrieben. Regionen sollten so frei für industrielle Bewirtschaftung und Bergbau gemacht werden.

Doch auch schon in den Jahrzehnten davor, mussten *campesinos* immer wieder gezwungenermaßen ihr Land verlassen. Der ländliche Raum und die Landbesitzstruktur war ständigen Rekonfigurationen unterworfen (Jenss 2016:255f). In Folge entstanden subalterne Raumstrategien die aus selbstverwaltenden *territorios* bestanden. Kleinbäuerliche und indigene Gemeinschaften rangen gemeinsam gegen Großgrundbesitz und den Zugang zu Land. Sie verteidigten dabei nicht nur ihr Land als Produktionsmittel, sondern auch ihre Identität. Der Raum und der Lebensraum sind stark verbunden mit Identität und Kultur der diversen kolumbianischen Bevölkerung. Der Widerstand gegen oligarchische Strukturen ist daher nicht nur zu verstehen als Kampf um Kontrolle von Ressourcen, sondern auch als Deutungsmacht über Konstruktion von Raum (Castillo 2007:147).

Die ungleiche Verteilung von Grund und Boden sollte auch in den darauffolgenden Jahrzehnten maßgeblich zu der sozialen Ungleichheit des Landes und den sozialen Konflikten beitragen und stellte den Nährboden für die gewaltvollen Jahre danach dar.

### *La Violencia* und Militärdiktatur

Die Ursachen des bewaffneten Konflikts in Kolumbien gehen zurück auf die Phase zwischen 1944 und 1958, die als *La Violencia* (König 2008:139) bezeichnet wird. Konservative und liberale Kräfte des Landes kämpften um den Machterhalt und insbesondere um Grund und Boden. Zunächst ausgehend von den Kaffeeanbaugebieten entwickelten sich die Unruhen zu einem Bürgerkrieg zwischen Liberalen und Konservativen, aber auch zwischen Kleinbauern bzw. Kleinbäuerinnen und LandarbeiterInnen. Die Liberalen und Konservativen Parteien stellten wechselseitig den Präsidenten und teilten die bürokratischen Ämter unter sich auf (Jenss 2016:257ff). Infolge der Ermordung des liberalen Anführers Jorge Eliécer Gaitán 1948 entwickelten sich die Auseinandersetzungen zwischen Konservativen und Liberalen zu einem bewaffneten Konflikt. Nach dem *Bogotazo*, dem Aufstand der Liberalen in Bogotá, rüsteten sich die Konservativen zu einem Gegenanschlag. Die Unruhen drangen auch außerhalb von Bogotá durch. Liberale, kommunistische und auch konservative Gruppen formierten Campesinos zu selbstverteidigenden Guerillagruppen (González 2004:12). In den Kaffeeanbaugebieten entwickelte sich ein regelrechter Bürgerkrieg, nicht nur zwischen den jeweiligen ParteianhängerInnen auch zwischen LandbesitzerInnen und LandarbeiterInnen. Die Gewalt dieser Auseinandersetzungen stürzte die kolumbianische Gesellschaft in eine tiefe Krise.

Bei den Wahlen im Jahr 1949 wurde der rechtskonservative Laureano Gómez zum Präsidenten gewählt. Gómez war ein Vertreter der Agrooligarchie, der eine diktatorisch-autoritäre Regierungsform vorantrieb. Die Gewerkschaften wurden geschwächt und politische GegnerInnen, besonders die KommunistInnen und Liberalen ließ Gómez mit Hilfe von Polizei und Militär verfolgen. Die Wirtschaftspolitik unter Gómez sollte ausländische Investitionen anlocken, mit denen UnternehmerInnen in der Lage waren in die industrielle Entwicklung zu investieren (Jenss 2016:257). Die Industrialisierung wurde zum Fokus der staatlichen Politik. Außerdem profitierte die Volkswirtschaft von den hohen Exporterlösen auf dem internationalen Kaffeemarkt. Gleichzeitig wurden die Löhne eingefroren, und die in den Jahren zuvor mühsam erworbenen ArbeitnehmerInnen-Rechte wurden abgeschafft. Die KleinbauerInnen bekamen den Druck der Preismechanismen des Weltmarktes besonders zu spüren. Allerdings haben diese drastischen Maßnahmen die Auseinandersetzungen noch verschärft und der Präsident verlor mehr und mehr an Zustimmung. Besonders am Land weiteten sich die Konflikte um Grund und Boden weiter aus. *Campesinos*, die sich in bewaffneten Guerillagruppen organisierten, stellten eine Bedrohung für die Regierung und die GroßgrundbesitzerInnen dar. In den Kaffeeanbaugebieten war die *Violencia* besonders spürbar, denn in dieser Region war die Konzentration der GroßgrundbesitzerInnen und soziale Disparitäten besonders hoch (König 2008:140ff).

Die Zweiparteienherrschaft wurde 1953 von der Militärdiktatur Rojas Pinillas unterbrochen. Die beiden großen Parteien waren unfähig die aufkommenden gewaltvollen Konflikte zu stoppen. Der Oberkommandant des kolumbianischen Militärs, General Gustavo Rojas Pinilla, putschte den Präsidenten erfolgreich. Angesichts der repressiven Politik von Gómez hatte

Rojas auch die Zustimmung der führenden liberalen und konservativen Politiker und sogar der katholischen Kirche. Als neuer Präsident, bot Rojas den Guerillagruppen Amnestie an, woraufhin vor allem liberale Guerillas die Waffen niederlegten. Trotz des Versprechens des Präsidenten wurden ehemalige GuerillakämpferInnen dennoch ermordet.

In den darauffolgenden Jahren setzte Rojas auf Industriepolitik, die staatlich gefördert wurde. In Zeiten hoher Preise wurden den KaffeeproduzentInnen höhere Preise auferlegt. Die Gewalt in dieser Zeit war ein gelegenes Mittel im Ringen um die Nutzung von Land und das Verhältnis von Kapital und Arbeit zugunsten des Großgrundbesitzes. Die Forderungen der organisierten Bauern und Bäuerinnen und ArbeiterInnen nach angemessenen Löhnen und eigenen Landparzellen wurde unterdrückt (Jenss 2016:257).

Rojas löste sich von den traditionellen Parteien indem er eine Eigene gründete. Die Führungseliten fühlten sich zunehmend hinausgedrängt, nicht zuletzt auch deswegen, weil Rojas plante eine Kapitalsteuer einzuführen und den Kaffeexport zu besteuern. Außerdem war die Militärdiktatur nicht in der Lage die Gewalt im Land zu beenden und Bemühungen der Konservativen und Liberalen zu einer zivilen Regierung zurückzukehren verstärkten sich (Sánchez, Díaz, and Formisano 2003:7f). In den Kaffeeanbaugebieten entstanden neue kriminelle Banden, denen es um wirtschaftliche Bereicherung ging. Guerillatätigkeiten wurden am Land mit dem Fall des hohen Kaffeepreises 1955 wieder aufgenommen (vgl. König 2008:143) und große Teile der Bevölkerung flüchteten vom Land in die Städte. Schließlich wurde 1957 Rojas von der Militärführung abgesetzt und durch eine Militärjunta ersetzt. Um die Kontrolle über den Staat wiederzuerlangen hatte die neue Koalition von Konservativen und Liberalen die *Frente Nacional* etabliert.

Insgesamt forderte die *Violencia* zwischen 1946 und 1966 fast 200.000 Tote und über zwei Millionen Flüchtlinge (König 2008:145).

## Nationale Front und die revolutionäre Guerilla

Die oben beschriebene Ära der *Violencia* führte zu einer immer größer werdenden Spaltung der Gesellschaft und Politik in den 70er und 80er Jahren. Traditionelle Parteien konnten die sozialen Fragen der Gesellschaft nicht glaubwürdig beantworten. Stattdessen formierten sich zivilgesellschaftliche Gruppen um sich gegen die sozialen Konflikte zu wehren.

Revolutionäre Guerillagruppen tauchten in den 60er Jahren auf und kümmerten sich zunächst um die Probleme der vernachlässigten Bauern und Bäuerinnen. Die Entstehung der Guerillas ist als Verteidigung und Schutz der *Campesinos* gegen die staatliche Repression zu verstehen (Sánchez, Díaz, and Formisano 2003:10). Das Nationale Befreiungsheer, *Ejército de Liberación Nacional* (ELN) formierte sich 1964, inspiriert von Kuba, durch StudentInnen, Intellektuelle, GewerkschafterInnen und früheren liberalen Guerilla Mitgliedern. 1967 entstand das Maoistische *Ejército Popular de Liberación* (EPL), aus der Leninistischen Kommunistischen Partei heraus. Bauern und Bäuerinnen gründeten 1966 die selbstverteidigende, von der Kommunistischen Partei beeinflussten Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens, *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (FARC), später mit dem Zusatz EP, *Ejército del Pueblo*, die sich zur größten Guerrillagruppe Kolumbiens entwickelte. 1972 entstand die eher urbane M-19, *Movimiento 19 de abril* (González 2004:13). Die Gemeinsamkeit aller Guerillagruppen war der Kampf für eine grundlegende Veränderung der kolumbianischen Gesellschaft (vgl. Helfrich and Kurtenbach 2006).

Die Entstehung der Guerillas in Kolumbien ist vor allem in dem Kontext des ambivalenten Wirtschaftswachstums in weiten Teilen Lateinamerikas und dem Sieg der Kubanischen Revolution 1959 zu sehen. Sie verstanden sich als Instrument des sozialen Wandels und wollten die Gesellschaft systematisch neugestalten. Nach dem Vorbild des kubanischen Guerillakämpfers Che Guevarra wollten sie eine breite bewaffnete revolutionäre Volksbewegung auslösen. Während die meisten Guerillagruppen scheiterten, gelang es lediglich der ELN und der FARC-EP dauerhafte Feldlager aufzubauen und die Landbevölkerung zu mobilisieren. Die ersten bewaffnete Aufstände versuchte die kolumbianische Armee mit Unterstützung der USA niederzuschlagen (König 2008:153f). Die noch verbliebenen unabhängigen Zonen, und vor allem das Ziel Marquetalia, wurden im Rahmen des sogenannten LASO-Plans (Latin American Security Operation) im Jahr 1964 bombardiert, mit dem Ziel den ihrer Ansicht nach kommunistischen Herd zu unterbinden. Die Armee versuchte das Gebiet zu umzingeln wo ca. 4000 Campesinos lebten, die sich heftig zur Wehr setzten. Die Campesinos organisierten ein Netzwerk von GuerillakämpferInnen, die sich 1965 zum Südlichen Block (*Bloque Sur*) formierten. 1965 sollte daraus die FARC entstehen, die ein eigenes Agrarprogramm zur Verbesserung der Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung in den Kaffeeanbaugebieten erstellte.

Die Konflikte breiteten sich mit wechselnder Intensität weiter aus. Die Militärdiktatur wurde in das Regime der Nationalen Front überführt und die Zweiparteienherrschaft wurde fortgeführt. Das Ziel der großen Koalition war es die Polarisierung des politischen Lebens zu vermeiden und die Machtteilhabe beider Parteien zu sichern. Es wurden keine subalterne Gruppen zugelassen, somit hatten subalterne räumliche Strategien keine Durchsetzungskraft

auf demokratischem Weg (Jenss 2016:258). Politische Ämter und öffentliche Organe wurden von den Parteien paritätisch besetzt, sodass beide Parteien gleichermaßen sozial und wirtschaftlich einflussreich blieben. Diese Konsensvereinbarung wurde sogar in die Verfassung aufgenommen. Es gab zudem eine Vereinbarung, dass zwar Wahlen stattfanden, aber dass nur Liberale und Konservative gewählt werden dürfen. Die Nationale Front war voll und ganz darauf ausgerichtet die Vorherrschaft exklusiv und langfristig zu sichern (König 2008:145). Der Liberale Alberto Lleras Camargo wurde zum ersten Präsidenten der Nationalen Front gewählt. Tatsächlich beruhigten sich die politischen Spannungen etwas und der Staat gewann an Durchsetzungsstärke, auch am Land. Eine neue Amnestieregelung trug zu der teilweisen Waffenniederlegung von GuerillakämpferInnen bei. So konnten nach und nach Guerillazonen unter staatliche Kontrolle gebracht werden.

Allerdings verwehrte die Koalition jegliche politische Beteiligung außerhalb der Konservativen und Liberalen Partei und das neue System kam ihrer Aufgabe, die durch die sozialen Differenzierung entstandenen Gruppen in den politischen Prozess miteinzubinden, nicht nach. Die Front National war eher als ein neues System der Repression zu verstehen (vgl. Avilés 2006). Das gab vor allem linken Gruppierungen eine gewisse Berechtigung, die vermehrt als oppositionelle Gruppe auftraten. Nach dem Vorbild der erfolgreichen Revolution in Kuba wollten die kolumbianischen Guerillagruppen eine breite Volksbewegung auf dem Land auslösen um die politische Ordnung zu verändern und den sozialen Wandel herbeizuführen. Zunächst revolutionierte sich hauptsächlich die ländliche Bevölkerung, da die FARC zugunsten der *campesinos* in lokale Konflikte um Grund und Boden eingriff. Im urbanen Raum war die FARC in Verhandlungen mit LandbesitzerInnen involviert und bot Schutz im Austausch von Grund und Boden an (Gutiérrez Sanín 2004:11). Aufgrund des

Druckes von Großbetrieben auf BesitzerInnen von kleinbäuerlichen Betrieben und die damit einhergehende Gewalt, war eine große Landflucht nach wie vor nicht zu stoppen. Große Bevölkerungsteile zogen vor allem vom Land in die Städte. Allerdings war die Nachfrage nach Arbeitskräften in den Städten gering, deshalb waren viele Landflüchtlinge gezwungen durch Hilfsarbeiten, Betteln, Prostitution oder Kriminalität um ihr Überleben zu kämpfen (König 2008:149).

1972 zog die Regierung einen Vorschlag einer Agrarreform zurück, da sie am gewaltvollen Widerstand von GrundeigentümerInnen scheiterte. Besonders an der Atlantikküste, wo eine Transformation zu hoher Landkonzentration und zu einer Industrialisierung der Landwirtschaft mit geringer Arbeitsintensivität stattgefunden hatte, war der Widerstand besonders hoch (Jenss 2016:258). Schließlich stellte sich die Regierung bewusst auf die Seite der Großbetriebe. Die herrschenden politischen und wirtschaftlichen Eliten und die Regierung paktierten für einen neuen Plan, der die Modernisierung der Großbetriebe zum Ziel hatte. Seit den 1970er Jahren hatte eine Umstrukturierung der ländlichen Gebiete im Sinne des Weltmarktes stattgefunden. Die außen- und kapitalmarktorientierten Kräfte des Landes wurde immer durchsetzungsfähiger in staatlichen Entscheidungszentren und schafften Anreize für Direktinvestitionen in Agrarindustrie und Rohstoffförderung. Diese wirtschaftlichen Neuausrichtung führte zu Vertreibung von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen aus Kaffeeanbauregionen durch die Agrarindustrie. Gleichzeitig verringerten sich die Aktivitäten des Staates um die Ungleichheiten auf dem Land auszugleichen, was die Armut am Land noch weiter anstiegen ließ (ebd).

Die Regierung der *Frente Nacional* setzte verstärkt auf den Ausbau des Militärs um gegen die Guerillagruppen anzukämpfen. Es entstanden staatlich unterstützte Paramilitärs was

maßgeblich zu einem Anstieg der privat organisierten Gewalt beitrug (vgl. McDougall 2009). Im Folgenden wird näher auf die aufkommende Gewalt durch den Drogenkrieg und Paramilitärs eingegangen.

## Drogenkrieg und Paramilitärs

Die soziale Ungleichheit hatte sich in der Zeit der Nationalen Front verstärkt. Der Anteil der Bevölkerung, der unter der Armutsgrenze lebte machte im Jahr 1978 insgesamt über 57% aus, der Anteil auf dem Land war mit 76% wesentlich höher (König 2008:158). Das führte auch zu einer Zunahme des bewaffneten Konflikts und die Guerillagruppen machten mit mehreren, auch gewaltvollen Aktionen, darauf aufmerksam. Doch zunächst verweigerte die Regierung einen Dialog mit den Guerillagruppen.

Mit der Drogenmafia tauchte ein neuer Akteur auf der Bühne auf. In den 1970er und 1980er Jahren boomte der Drogenhandel in Kolumbien, da sich die Voraussetzungen für den Anbau von Koka und der Produktion von Kokapaste als besonders günstig herausstellte. Zum einen war der Staat mit dem Kampf gegen die Guerilla beschäftigt und zum anderen waren in den entlegenen Regionen im südlichen und nördlichen Teil Kolumbiens besonders viele arbeitslose LandarbeiterInnen vorzufinden, die von nun an auf den Anbau von Koka setzten. Die Hauptanbaugebiete sind bis heute die sieben Departamentos Nariño, Putumayo, Norte de Santander, Guaviare, Meta, Caquetá und Antioquia. In diesen befinden sich heute 75 Prozent der Koka-Anbaufläche (vgl. Kaas 2017).

Die ohnehin schon instabile Lage wurde durch den Drogenkrieg noch komplexer. Der langanhaltende Drogenkrieg trug zweifelslos zu der Verschärfung der bereits bestehenden Konflikte bei. Die beiden größten Drogenkartelle in Medellín und Cali stellten nicht nur eine Konkurrenz untereinander dar, auch zu GroßgrundbesitzerInnen und Guerillas (Avilés 2006:385). Von den Einnahmen des Drogenhandels profitierten alle beteiligten Akteure des kolumbianischen Konfliktes, was die Lage nur verstrickter und komplexer erscheinen ließ. Auch staatliche Institutionen profitierten durch Korruption und illegale Machenschaften an dem Handel und der Produktion von Kokain. Erst in den 1980er Jahren begann die Regierung die Drogenkartelle aktiv zu bekämpfen, was eine Erhöhung der Militärausgaben bewirkte (König 2008:162). Die Kartelle reagierten darauf mit dem Aufbau eigener paramilitärischer Gruppen. Dank des lukrativen Geschäftes mit Drogen war dies auch finanziell möglich. Illegale Drogen wurden zu Kolumbiens wichtigstem Exportprodukt und machte einen wesentlichen Teil des Volkseinkommens aus. Auch die Guerillas machten Geschäfte mit der Drogenmafia und konnten so ihre Waffen finanzieren. Seit Mitte der 1980er Jahre wird die FARC-EP mit dem Drogenhandel in Verbindung gebracht. Sie ermöglichten den Drogenanbau und -handel in den von ihnen kontrollierten Gebieten und erhielten Schutzgeld im Gegenzug. Nach und nach betrieben sie selbst die Produktion und wurden zu einem der wichtigsten Akteure des kolumbianischen Drogengeschäfts (vgl. Kaas 2017).

Viele Ländereien gingen in die Hände der Drogenmafia, was die Besitzkonzentration auf dem Land weiter verschärfte. Gleichzeitig ließ das Erstarken der Guerillas neue paramilitärische Gruppen entstehen, was als Ausdruck des Sicherheitsbedürfnisses von *Narcotraficantes* und Agrar-Elite zu verstehen ist (Avilés 2006:387). In den 1980er Jahren bildeten sich zahlreiche neue militärische Gruppen, die Unterstützung von den GroßgrundbesitzerInnen und den Drogenbossen erhielten, und *campesinos* von ihrem Land vertrieben, damit die Ländereien

von den Narco-GroßgrundbesitzerInnen billig abgekauft werden konnten. Somit standen die Paramilitärs in direktem Konflikt mit den Guerillas.

Die paramilitärischen Gruppen, wie z.B. der später gegründete Dachverband Vereinigte Bürgerwehr Kolumbiens, *Autodefensas Unidas de Colombia* (AUC) waren in den 1960er Jahren zunächst als Aufstandsbekämpfungsmaßnahme der Streitkräfte, auf Seiten der Regierung, tätig. Erst später, in den 1970er Jahren, gerieten verschiedene paramilitärische Gruppen mehr und mehr in Verbindung mit Drogenkartellen und Agrarelitens und verübten schwere Menschenrechtsverletzungen (Lengert 2013:102ff). Paramilitärische Gruppen werden für die meisten Morde und andere Gewalttaten im Kontext des bewaffneten Konfliktes in Kolumbien verantwortlich gemacht. ZivilistInnen und vor allem Obdachlose, Straßenkinder, und andere marginalisierte Bevölkerungsgruppen wurden immer wieder Opfer von sogenannten Todesschwadronen der Paramilitärs, häufig auch in Kooperation mit regulären Sicherheitskräften. Die staatlich unterstützten Paramilitärs und Teile des Militärs gingen auf brutale Weise auch gegen die *guerilleros* vor, was die Gewalt erneut eskalieren ließ. Die Paramilitärs wurden zudem strategisch eingesetzt für eine radikale Neuordnung des ländlichen Raums und bildeten einen Teil der staatlichen Strategie der Auslagerung der Gewaltfunktionen (Jenss 2016:266). Eine räumliche Umgestaltung wurde vor allem von wirtschaftlichen Interessen mitgetragen und führte zu Vertreibung von *campesinos*. Das begünstigte auch die Expansion des Koka-Anbaus, die sich in Händen der Narco-Paramilitärs befanden.

Mit dem Auftauchen der Paramilitärs ist auch die Mordrate in Kolumbien massiv angestiegen und erreichte 1992 ein Peak von durchschnittlich 82 Morden auf 100.000 EinwohnerInnen

(vgl. Sánchez, Díaz, and Formisano 2003:17). Auch Entführungen stiegen in den 1980er und 90er Jahren exponentiell an. Während 1985 258 Fälle gemeldet wurden stieg die Zahl im Jahr 2000 auf 37076 Fälle an (Sánchez, Díaz, and Formisano 2003:18). Gewaltvolle Auseinandersetzungen am Land gehören nach wie vor zur Tagesordnung und der Staat war nicht in der Lage dem Einhalt zu gebieten. Alleine die Entstehung immer mehr bewaffneter Gruppen verdeutlicht die Schwäche des Staates und die Übernahme von Macht und Kontrolle der *Narcotraficantes* und Agrarelite. Zudem kann argumentiert werden, dass die neuauftkommende kolumbianischen transnationalen Elite die sich in Regierung und staatlichen Behörden wiederfanden, eine neoliberale Wirtschaftspolitik gegenüber den nötigen sozialen Reformen bevorzugte. Diese Elite, die Schlüsselpositionen in Kolumbien inne hatte, repräsentierte einen neoliberalen Modernisierungswechsel in der kolumbianischen Politik, die die Meinung vertrat, dass freie Marktwirtschaft und internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schlüssel zur ökonomischen Entwicklung seien (Avilés 2006:388f). Somit geriet das vorherrschende Problem der sozialen Ungleichheit und der ungleichen Verteilung von Grund und Boden in den Hintergrund. Diese Elite hatte auch die finanzielle Unterstützung der USA und setzte bei der Demokratisierung auf militärische Auseinandersetzungen anstatt sozialer Reformen.

Die USA war seit jeher sehr involviert in den Konflikt Kolumbiens, hauptsächlich durch militärische Unterstützung. Unter dem Deckmantel des *war on drugs* und der Sicherstellung der Demokratie wurde Kolumbien zum Hauptempfänger von militärischer Hilfe in Latein Amerika (Avilés 2006:388f). Im Jahr 2000 wurde vom US-Präsidenten Clinton der ‚*Plan Colombia*‘ eingeführt. Das zwei-jährige Programm im Volumen von 7,5 Milliarden US-Dollar wurde von der Kolumbianischen Regierung, der Europäischen Union, der Welt Bank

und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) unterstützt (vgl. Chomsky 2000). Als Entwicklungsplan vorgestellt, beinhaltete er vor allem hart neoliberale Wirtschaftspolitik sowie eine gewaltsame Lösung des Drogenproblems durch die Vernichtung von Kokapflanzenfelder durch Chemikalien aus der Luft. Mehr als die Hälfte der Mittel des *Plan Colombia* war für die nationale Verteidigung vorgesehen und weniger als 1% für den Friedensprozess (König 2008:171). Der *Plan Colombia* stellte jedoch keineswegs eine Entwicklungshilfe für Kolumbien dar, vielmehr diene er dazu polit-strategische Interessen der USA durchzusetzen. Trotz der Berichte der *US Drug Enforcement Administration* (DEA), die die Beteiligung von allen Regierungseinheiten an der drogenbezogenen Korruption feststellte, zielte die militärischen Aktion unterstützt durch die USA ausschließlich auf die Guerillas. Chomsky (vgl. Chomsky 2000) beurteilte den *Plan Colombia* als Verteidigung der kolumbianischen Eliten, die den privilegierten Zugang zu Ressourcen, wie z.B. Erdöl, vertreten, mit dem die Machtinteressen der USA einhergehen, und sieht den Zugang zu Erdöl, als ein entscheidender Faktor hinter dem *Plan Colombia*.

50 Jahre Bürgerkrieg in Kolumbien hat das Land zutiefst militarisiert. Die Kolumbianische Armee sowie auch außer staatliche bewaffnete Gruppierungen sind in dieser Zeit massiv angestiegen. Im Jahr 2014 gipfelten die Militärausgaben bei 11,5 Milliarden US-Dollar oder 3,3% des kolumbianischen Bruttoinlandsprodukts (MilitaryBudget.org 2019) und einem leichten Rückgang in den darauffolgenden Jahren. Nichtsdestotrotz sollen Ausgaben für Militär und Verteidigung die zweit größte Budgetposten, nach Bildung, bleiben.

Die Intensivierung des Konfliktes in den 1970er Jahren erklärt McDougall (vgl. McDougall 2009) anhand der strukturellen Schwächen des kolumbianischen Staates wie z.B. fehlende

Infrastruktur, schwache Durchsetzungskraft der Institutionen und die Unfähigkeit Steuer einzutreiben. Die Frage der Schwäche von nachkolonialen Staaten geht Randeria in mehreren Aufsätzen (Randeria 2009a; Randeria 2009b; Randeria and Eckert 2009) nach und unterscheidet dabei zwischen schwachen Staaten und listigen Staaten. Ein schwacher Staat ist demnach ein Staat dem die Macht fehlt, nicht-staatliche supranationale und subnationale Akteure erfolgreich zu disziplinieren, wohingegen ein listiger Staat durchaus in der Lage ist Bedingungen auszuhandeln, unter denen er die Souveränität in bestimmten Politikfeldern mit anderen Akteuren teilt, während er über andere die Kontrolle behält.

„Sie [die Staaten] verleugnen ihre Macht nur, um sie auszuüben und sich dennoch mit Hinweis auf ihre eigene Machtlosigkeit der Verantwortung zu entziehen.“

(Randeria 2009a:217)

Dies ist Ausdruck eine neuen Weltordnung der marktwirtschaftlichen Globalisierung, die zu einer Demontage der Verantwortlichkeit des Nationalstaates führt. Der postkoloniale Staat entzieht sich der Verantwortung, die Interessen seiner BürgerInnen zu schützen und untergräbt redistributive Macht des Staates. Der listige Staat kann demnach sehr wohl stark sein und selektiv präsent sein, jedoch nur wenn es den Interessen der eigenen Eliten entspricht und widerspiegelt die sich wandelnden Beziehungen zwischen nationalen Eliten und BürgerInnen im Kontext internationaler wirtschaftspolitischen Beziehungen und der Globalisierung.

Aufgrund der veränderten Wirtschaftspolitik nach dem Koka-Boom in den 1970er Jahren, waren die ursprünglich ideologisch geleitete FARC und ELN Guerilla mehr und mehr in den

Drogenhandel involviert und diversifizierte ihre Einkommensquellen durch Entführungen, Erpressungen, Drohungen an Energie- und Minenunternehmen und Einhebung von Steuern auf Grund und Boden (Gutiérrez Sanín 2004:7f).

“The lack of state presence in rural areas opened the way for guerrillas, paramilitary groups, and most importantly drug cartels to gain and maintain control of areas suitable for cultivating coca.”

(Meacham, Farah, and Lamb 2014:10)

Das Normgefüge reichte längst nicht mehr aus um den Konflikt zu regulieren. Die Regierungen unter Betancur, später Barco und Gaviria reagierten nicht wie von den Guerillas gefordert, mit tiefgreifenden sozialen, politischen und ökonomischen Reformen, sondern mit einer Reihe von institutionellen Reformen, die schließlich in einer neuen Verfassung von 1991 ihren Höhepunkt fanden, mit der die Zivilgesellschaft einen demokratischen Neuanfang und ein Ende der Gewalt erhoffte. Ausgehend von einer StudentInnenbewegung und unterstützt von zivilgesellschaftlichen Organisationen fand ein politischer Prozess statt, der ein wichtiges demokratisches Element darstellte um die Zweiparteienherrschaft aufzubrechen. Die Einsetzung einer Verfassungsgebenden Versammlung und die mediale Debatte führte zu einer Mobilisierung der Bevölkerung und Kampagnen zur Umsetzung von sozialen Reformen (Heinz 1997:140). Die neue Verfassung räumt den Menschenrechten mehr Bedeutung ein, indem politische, bürgerliche, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte aufgenommen wurden. Darunter findet sich beispielsweise das Recht und die Verpflichtung auf Frieden und indigene und afro-kolumbianische Minderheiten erhielten mehr Rechte auf politische Beteiligung und auf Landbesitz. Außerdem verbietet die Verfassung die

Auslieferung von KolumbianerInnen an das Ausland (ebd: 141). Die politische Beteiligungsmöglichkeit der Bevölkerung wurde durch neue Instrumente komplementiert. Ein neu geschaffenes Rechtsmittel, *acción de tutela*, erlaubt BürgerInnen bei einem vermuteten Grundrechtsverstoß die Gerichte anzurufen. Das ist ein wichtiges Instrument um gegenüber illegalem staatlichen Handeln aktiv zu werden (ebd: 143). Weiterhin in der neuen Verfassung vorgesehen ist die uneingeschränkte Militärgerichtsbarkeit, neben der ordentlichen Justiz, was als ein Schwachpunkt zu bewerten ist, da es faktisch keine unabhängige Justiz ist und der Aufklärung von Menschenrechtsverstößen im Wege steht (ebd: 142). Die neue Verfassung definiert Kolumbien als eine unitarische Republik. Lokale und regionale Organe bekommen zwar mehr Autonomie, aber es wird kein föderalistisches System eingeführt. Die Wirtschaftsordnung basiert auf marktwirtschaftlichen Grundsätzen. Die Verfassung erlaubt es dem Staat die wirtschaftliche Freiheit aus Gründen des sozialen Interesses, der Umwelt und des kulturellen Erbes zu beschränken (ebd: 144). Allerdings blieben die unter der Nationalen Front etablierten informellen Institutionen und die alten politischen Machtstrukturen weiter bestehen (vgl. Helfrich and Kurtenbach 2006:9ff). Die Beteiligung der FARC und ELN an Waffenstillstandsverhandlungen blieb weiterhin aus. Die traditionellen Probleme, Armut, Gewalt und eine stark beharrende Oligarchie, holten das Land schnell wieder ein. Nach wie vor war die wirtschaftliche Struktur des Landes stark mit den Strukturen des Krieges verstrickt. Die politischen und wirtschaftlichen Eliten wussten es, die militärischen Strukturen und strukturelle Gewalt zu ihren eigenen Gunsten zu nutzen. Die boomende Wirtschaft in den 1970er Jahren beruhte zum einen auf dem Drogenhandel und zum anderen auf der Ausbeutung natürlicher Ressourcen. Angesichts dessen, dass das kolumbianische Volkseinkommen sehr stark von der Rohstoffindustrie abhängt, ist es nicht weiter verwunderlich, dass die Kontrolle über Bergbauminen zu einer Schlüsselkomponenten wurde

(vgl. ODHACO 2013). Mit dem Schutzgeld für Gaspipelines wurden sehr lukrative Geschäfte gemacht, was den Konflikt nur noch weiter anheizte (vgl. Hernández and González 2016). Die Caño Limón pipeline, Kolumbiens zweitgrößte Pipeline die Öl an die Küstenregion für den Export transportiert, wurde 911 mal Objekt von Sabotage und Bombenangriffen allein zwischen 1986 und 2001 (Pearce 2004:16). Zu dieser Zeit zahlten Ölfirmen über 140 Millionen US-Dollar an Schutzgeld an die Guerillagruppen (Ross 2003:26).

Das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UN-OCHA) weist darauf hin, dass in den Regionen der Rohstoffextraktion das Aufkommen der nicht-staatlichen bewaffneten Gruppen folgte. Außerdem sind es die Regionen mit den am meisten dokumentierten Fällen der Verletzung der Menschenrechte.

“80% of the human rights violations occurring in Colombia are taking place in the mining and oil municipalities; 87% of forced displacement occurs in these municipalities and those which receive royalties for mining and energy production; 78% of crimes against trade unionists, 89% against indigenous people and 90% against Afro-descendant peoples are committed in mining and energy areas.”

(ODHACO 2013:2)

Die ländlichen Gebiete Kolumbiens und die Herrschaft über das Land stellten seit Jahrzehnten einen Konfliktherd dar. Das koloniale Erbe hinterließ eine Lücke zwischen dem Anspruch der Gleichheit und der Wirklichkeit kolonialer Strukturen. Die Besitzverhältnisse veränderten sich nur mäßig. Die Krise des Zweiparteiensystems und die darauffolgenden Bürgerkriege

resultierten erneut in einer Landbesitzkonzentration in der Oberschicht.. Die immer wiederkehrende Frage der Landreform löste auch wiederkehrende gewaltsame Konflikte aus. Die Eigentumsfrage und die Art des ländlichen Entwicklungsmodells war dabei stets der wichtigste Faktor für diesen Konflikt. Schon seit der Unabhängigkeit Kolumbiens von der spanischen Krone, waren die ländlichen Gebiete Dreh- und Angelpunkt des politischen Geschehens. Die Frage der gerechten Verteilung von Landbesitz und damit einhergehende soziale Gerechtigkeit stellten das Hauptmotiv der Guerillagruppen in ihrem Kampf gegen die Regierung und die funktionelle Agrarelite dar. Im Laufe der Zeit schaukelten sich die Konflikte wechselseitig hoch und die militärischen Strukturen verfestigten sich. Diese Militarisierung ist tief in der kolumbianischen Gesellschaft verankert und drückte sich in den gescheiterten Versuchen der Friedensgespräche seit den 1980er und 1990er Jahren aus. Die Strukturen des Krieges hinterließen definitiv ihre Spuren und wirken sich unterschiedlich aus. Frauen, und insbesondere Frauen in den ländlichen Gebieten, sind in besonderem Maße und in unterschiedlicher Art und Weise von dem bewaffneten Konflikt betroffen. Wie sich die Strukturen des Krieges auf Frauen auswirken wird im nächsten Kapitel analysiert.

## 6. Strukturen des Krieges und Frauen im Krieg

Die Auswirkungen der Militarisierung und die Gewaltübergriffe auf ZivilistInnen im alltäglichen Leben hat eine zutiefst geschlechtsspezifische Dimension. Die kontinuierliche Präsenz von bewaffneten Akteuren, die Verstrickung des unmittelbaren Umfeldes mit der Kriegswirtschaft, patriarchale Strukturen und machoides Verhalten, basierend auf den Prinzipien von männlicher Dominanz und Aggression, wirkt sich besonders auf das Leben der Frauen aus (Giraldo 2012). Grundsätzlich lässt sich sagen, dass Frauen in Kolumbien sozio-ökonomisch immer noch stark benachteiligt werden, patriarchale Strukturen in der Gesellschaft verwurzelt sind und allgemein ein erhebliches physisches und psychisches Gewaltpotenzial vorherrscht. Trotz Versuchen auf gesetzlicher Basis Frauenrechte zu stärken, wie zum Beispiel das Gesetz 1475, das im Jahr 2012 abgesegnet wurde, mit dem Ziel eine Frauenquote von 30 % in Regierungsämtern einzuführen, ist die Marginalisierung von Frauen in Kolumbien erschütternd (MacLaren and Salahub 2013). Laut dem Gender Inequality Index (vgl. Human Development Reports 2018) befindet sich Kolumbien aktuell auf Rang 90 von 188 Ländern, hinter Peru, Mexiko, Brasilien und anderen Lateinamerikanischen Ländern<sup>1</sup>. 2017 hielten Frauen, 19,8% der Sitze im kolumbianischen Parlament<sup>2</sup>. Die Erwerbsquote von Frauen belief sich im Jahr 2017 auf 58,8% im Vergleich zu einer Männer-Erwerbsquote von 82,6%<sup>3</sup>, was darauf schließen lässt, dass Frauen vor allem im informellen Sektor arbeiten, wo es nur wenig verfügbare Daten zu Einkommen und Arbeitsbedingungen gibt.

---

<sup>1</sup> <http://hdr.undp.org/en/composite/GII>

<sup>2</sup> <http://hdr.undp.org/en/indicators/31706>

<sup>3</sup> <http://hdr.undp.org/en/countries/profiles/COL>

Gewalt gegen Frauen und sexualisierte Gewalt ist in Kolumbien weit verbreitet. Dies kann zurückgeführt werden auf die jahrzehntelange Militarisierung die in Kolumbien von statten ging. Die Militarisierung hat vor allem ein Klima der Maskulinität und der Gewalt befördert. In diesem Zusammenhang ist es essentiell, die zugrundeliegende Annahme von Gender genauer zu betrachten. Menschen produzieren Gender-Rollen in ihrem alltäglichen Leben. Wenn von binärem Geschlecht gesprochen wird, handelt es sich um männlich und weiblich als gegenseitige und komplementäre Konzepte. Demnach entsteht Männlichkeit nur dann, wenn es der Weiblichkeit gegenübersteht. In dieser Dualität funktionieren auch die sozialen und Machtverhältnisse zueinander (vgl. Bouvier 2016). Adjektive die der Männlichkeit zugeschrieben werden mehr geschätzt als die, die mit Weiblichkeit assoziiert werden. Im Gender-Machtsystem, steht Männlichkeit über Weiblichkeit und genießt Privilegien. Zwar ist das soziale Geschlecht, von dem hier die Rede ist, nicht fix und kann unter gesellschaftlichen Umständen verändert werden, aber es ist klar, dass diese männlichen Privilegien verloren gehen, sobald ein Mann versucht diese Männlichkeit anzufechten. Deshalb reproduzieren Männer diese Männlichkeit um keinen Machtverlust hinnehmen zu müssen. Mit dem Reproduzieren der Gender-Rollen wird somit auch das Gender-Machtsystem reproduziert. Abrahamyan (vgl. 2017) spricht in diesem Zusammenhang von hegemonialer Männlichkeit. In verschiedenen Kontexten ist Männlichkeit durch den dominanten Mann und die dominierende Männlichkeit ausgedrückt. Die hegemoniale Männlichkeit bezeichnet dabei einen bestimmten Typ von Männlichkeit, der sich in der jeweiligen Situation durchgesetzt und als erfolgreich erwiesen hat. Militarisierte Männlichkeit ist eine Form der hegemonialen Männlichkeit, d.h. die Form von Männlichkeit die geformt wurde in militärischen Institutionen. Gleichzeitig ist das Militär eine Einrichtung die Gewalt produziert. Männer oder

Männlichkeit sind nicht inhärent gewalttätig, aber es wird eine gewaltvolle Kultur gelebt durch Einrichtungen in denen diese gewisse Form der Männlichkeit gelebt wird. Aus dem Konzept der militarisierten Männlichkeit lassen sich die vermeintliche Ansprüche von Männern gegenüber Frauen, die Gewaltpotenzial in sich bergen, u.a. auch sexuelle Ansprüche, erklären (Lopes 2011:4f). Konsequenzen aus der militarisierten Männlichkeit können sexuelle Belästigung, Ausbeutung von Frauen, Gewalt gegen andere Männer, die diesem Bild der Männlichkeit nicht entsprechen, und häusliche Gewalt sein. Das Konzept der militarisierten Gewalt liefert einen Erklärungsansatz der strukturellen Gewalt gegen Frauen im Kontext des bewaffneten Konfliktes und die damit einhergehenden Probleme die Frauen in der Aufarbeitung des Krieges und dem Friedensaufbau gegenüberstehen.

Der langanhaltende bewaffnete Konflikt und die damit einhergehende militarisierte Männlichkeit hat ein Klima der sexuellen-geschlechtsbezogenen Gewalt befördert. Die erste umfassende Erhebung zu konfliktbedingter geschlechtsspezifischer Gewalt wurde von Oxfam und anderen nationalen und regionalen Frauenorganisationen für den Zeitraum 2000 bis 2009 durchgeführt und ergab, dass durchschnittlich 54.410 Frauen pro Jahr, 149 pro Tag oder sechs Frauen pro Stunde, in Kolumbien unter sexueller Gewalt litten (Oxfam Internacional 2009). Außerdem wurde sexuelle Gewalt an Frauen als systematische und gewohnte Praxis aller bewaffneten Akteure festgestellt. Frauen wurden im bewaffneten Konflikt immer wieder instrumentalisiert. Vor allem wurde sexuelle Gewalt gegen Frauen als Instrument von diversen Gruppierungen eingesetzt um ihre militärischen Interessen durchzusetzen (vgl. Eriksson Baaz and Stern 2013:42ff). Vergewaltigung bis hin zu sexueller und häuslicher Versklavung wurden als Waffen zur Einschüchterung des Gegners und als Kriegsstrategie um Angst und Terror in der Bevölkerung zu verbreiten, eingesetzt. Diese Tatsache wurde auch

von den Vereinten Nationen, im spezifischen von UN Women (vgl. UN Women 2012) und UNHCR, der UN Flüchtlingsagentur (vgl. UNHCR 2012) anerkannt.

Eine zweite Umfrage, die sich auf die Jahre 2010 bis 2015 bezieht, zeigt, dass trotz der Friedensgespräche, die seit 2012 stattfanden, und der Verringerung der Kampf Gewalt, die sexuelle Gewalt an Frauen zunahm. 18,36% der befragten Frauen in 142 Gemeinden waren Opfer dieser Gewalt (Sánchez Gómez Abelardo Carrillo Urrego, Babativa Márquez María del Pilar Rengifo, and Silva Miguez 2017:16). Diese Gewalt wurde von allen bewaffneten Akteuren ausgeübt: Staatssicherheitskräfte, Guerillas und Paramilitärs. Diese Statistik von 18,36% führt zu durchschnittlich 400 weiblichen Opfern pro Tag, über 16 pro Stunde. Das sind 875.437 Frauen die direkte Betroffene von sexualisierte Gewalt wurden allein zwischen 2010 und 2015 (ebd). Von diesen betroffenen Frauen wurden 16.7% vergewaltigt, 13,9% wurden zu Haushaltsdiensten gezwungen, 6,49% wurden zur Abtreibung gezwungen, 2.68% waren Opfer von erzwungener Schwangerschaft und 1,63% wurden zur Sterilisation gezwungen (Sánchez Gómez Abelardo Carrillo Urrego, Babativa Márquez María del Pilar Rengifo, and Silva Miguez 2017:18). Die Studie kam zu dem Schluss, dass nicht nur die Präsenz von bewaffneten Akteuren im Bürgerkrieg das Risiko der sexuellen Gewalt an Frauen erhöhten, sondern auch die damit einhergehende patriarchale Kultur, die Frauen exponiert und die Gefahr von an Frauen gerichtete Gewalt erhöht. Der bewaffnete Konflikt hat die Situation der Frauen in Kolumbien in dramatischer Weise verschärft.

Die Erfahrungen, die Frauen im Konflikt machten, haben strukturelle Ursprünge die durch eine tiefe patriarchalische Gesellschaft erklärt werden können. Besonders die kolumbianische Gesellschaft erfuhr während der fünf Jahrzehnte des bewaffneten Konflikts eine

Militarisierung der Gesellschaft und eine Stärkung der militarisierten Männlichkeit. Sexualisierte Diskriminierung, sexuelle Gewalt gegen Frauen, Stigmatisierung, Bedrohung und Verfolgung wurden im Konflikt verschärft und gezielt als Kriegsmethode eingesetzt. Auch das Ende des Konfliktes beendete die Gewaltdelikte nicht und strukturelle Ungleichheiten blieben bestehen. Für eine tatsächliche Verbesserung der Situation der Frauen ist eine gesamtgesellschaftliche Transformation notwendig.

### Aktive Teilnahme von Frauen im Krieg und FARC Guerilleras

Viele Frauen beteiligten sich aktiv am Bürgerkrieg als Kämpferinnen in den unterschiedlichsten Gruppierungen. Frauen ausschließlich als Opfer von Gewalt darzustellen wäre daher nur die halbe Wahrheit und würde die aktive Rolle von Frauen als Kämpferinnen im Krieg verschleiern. Frauen tragen die gleiche Mitschuld als Männer und Viele sind bewusst bewaffneten Gruppierungen beigetreten (vgl. Kilroy 2015).

Schätzungsweise machte der Frauenanteil in illegalen bewaffneten Gruppierungen rund 30% aus (vgl. Giraldo 2012). Ihre Rollen innerhalb der eigenen Organisation waren dabei unterschiedlich und durchaus die der Täterin. Ein Großteil der Frauen die Guerillas oder Paramilitärs beigetreten sind kamen aus armen und sozial vernachlässigten Verhältnissen. Flucht aus häuslicher Gewalt und sexuellen Missbrauch, Armut und wenig Erwerbsperspektiven, und auch um Autorität und Anerkennung im sozialen Umfeld zu gewinnen, zählen zu den häufigsten Gründen warum Frauen zu Kämpferinnen wurden (Valencia and Daza 2010:433f). Demnach erlitten diese Frauen bereits vor Eintritt in eine

bewaffnete Gruppierung strukturelle Gewalt in Form von Armut, Hunger, sozialer Ausgrenzung und sexuellen Missbrauch. In der Guerilla konnten Frauen den *machismo* ihrer Dörfer zurücklassen und hofften an den ungerechten Strukturen ihres Landes etwas verändern zu können. Zudem erhielten sie einen bescheidenen Sold und lernten lesen und schreiben. Wie in vielen Studien hervorgeht, sind die Beweggründe von Frauen bewaffneten Gruppierungen beizutreten vielfältig aber unterscheiden sich nicht signifikant von denen der Männer (Alison 2009; Kaufman and Williams 2013; Valencia and Daza 2010). Respekt, Macht und Anerkennung und schlichtweg ein Selbstbild als KämpferInnen, sind die gemeinsame Motivation von Männern und Frauen eine Ausbildung als Guerilleros nachzugehen. Die Gründe Guerillas und Paramilitärs beizutreten ist eine Kombination aus Push- und Pull-Faktoren, Während einige von den Betroffenen von Bekannten rekrutiert wurden, lebten andere eine Familientradition weiter, lebten in einer kontrollierten Zonen und wurden somit quasi auf „natürliche“ Weise rekrutiert oder andere wurden wiederum gewaltsam rekrutiert. Soziale Faktoren, wie das Erlangen von sozialen Status und Nachahmen von Rollenbilder, die Suche nach Abenteuer, Gruppenkultur und -entscheidungen und soziale Medien sind zudem Faktoren, die nicht außer Acht zu lassen sind, und die Männer und Frauen gleichermaßen beeinflussen.

Was die Rolle von Männern und Frauen innerhalb der bewaffneten Gruppierungen unterscheidet ist die Betroffenheit von sexueller Gewalt. Die Rolle der weiblichen Kämpferinnen hatte zwei Formen, eine erzwungene oder eine freiwillige Rekrutierung. Dabei soll angemerkt werden, dass auch freiwillig beigetretene Frauen oft Opfer von Gewalt wurden. Im Falle einer erzwungenen Rekrutierungen wurden Frauen oft vergewaltigt oder prostituiert, mit sexuellen Krankheiten infiziert als eine Art Strafe ihrer Unterdrücker bei

Fluchtversuchen oder ähnliches, oder emotional missbraucht (vgl. Alison 2009; Valencia and Daza 2010). Im zweiten Falle wurden Frauen Mitglied der Guerilla um sich in einem Umfeld der militarisierten Männlichkeit zu emanzipieren. Da Kolumbien im Kontext des bewaffneten Konflikts zutiefst militarisiert wurde, ist es nicht weiter verwunderlich, dass Frauen ihre Fähigkeiten als Kämpferinnen zeigten um ihren männlichen Mitstreitern gleichberechtigt gegenüber zu treten. Die Rolle der Frauen als Kämpferinnen ist jedoch keineswegs als eine reine Opferrolle zu verstehen. Sowie auch für viele Männer, trafen Frauen eine bewusste Entscheidung und beteiligten sich aktiv an Gewalttaten und nahmen durchaus die Rolle der Täterinnen von Gewaltverbrechen ein.

Deutlich weniger Frauen waren in paramilitärischen Strukturen aktiv. Die Ideologie hinter den Guerillas lässt diesen Umstand erklären. Guerillagruppen wie die FARC kämpften für einen gesellschaftlichen Umschwung und für soziale und ökonomische Gerechtigkeit. Dennoch fand der Kampf für die Freiheit der Frauen ursprünglich keinen Eingang in einer der ersten Agenda der Guerilla. Die Gründungsdeklaration wurde am 20. Juli 1964 angenommen und später bei der 8. Nationalkonferenz am 2. April 1993 erweitert und abgeändert. Darin befanden sich keine Referenzen zu Frauenrechten. The *Programa Agrario de los Guerrilleros de las FARC-EP* beinhaltet folgendes:

“We fight for the establishment of a democratic political regime that ensures peace with social justice, respect for human rights, and economic development for everyone living in Colombia.”

(FARC-EP 1993)

Das Originaldokument wurde von zwei Frauen (Miryam Narváez and Judith Grisales) und 33 Männern unterzeichnet. Der Ansatz der FARC zu Frauenrechten war sehr stark geleitet von einem revolutionären Kompromiss, in der Annahme dass die Freiheit der Frauen und der Sturz des Patriachats eine Folge des Umsturzes des oligarchischen Systems wären. Victoria Sandino Palmera, langjährige Guerillakämpferin und führende Figur der FARC Friedensdelegation in Havanna, erklärte, dass Frauen zuerst die Akzeptanz und Gleichberechtigung innerhalb der FARC erkämpfen mussten.

“As the wives of combatants, women have been part of the group ever since Marquetalia [first battle of the FARC]. At the fourth conference, it was decided that women in the ranks should have the same rights as men. But this took a while to be put into practice. It was only at the eighth conference in 1993 that women’s equal rights and duties were officially recognized.”

(Semana 2016)

Demzufolge wurde der Kampf um Frauenrechte erst auf Druck der Frauen in die Agenda der FARC aufgenommen. Die Deklaration der 7. Nationalkonferenz von Mai 1982 bestätigt:

“The FARC-EP does not discriminate against women, who follow the same principles as men and are entitled to the same rights. Those who discriminate against women will be sanctioned according to our rules, be it commanders or rank-and-file guerrillas.”

(FARC-EP 1982)

Nichtsdestotrotz, adressiert die Deklaration lediglich die Rechte der Frauen innerhalb der Guerilla und lässt die gesamtgesellschaftlichen Ungerechtigkeiten zwischen Männern und Frauen der zutiefst patriarchalen kolumbianischen Gesellschaft außen vor. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Abwesenheit von Frauen in den Anfängen der Friedensgespräche der reinen Ignoranz der männlichen Guerilleros zugrunde liegt, die es nicht für notwendig erachteten, die Freiheit der Frau im Kampf um agrarische sozio-ökonomische Gleichberechtigung gegen oligarchische Strukturen zu berücksichtigen (Lainer 2016:55ff).

Die Position der FARC zu Frauenrechten hat sich maßgeblich weiterentwickelt seit die *mujeres farianas*, die Frauen der FARC, die Sache in die eigene Hand nahmen und begannen über die Marginalisierung der Frauen in Kolumbien generell und die Misshandlungen der Frauen innerhalb der FARC zu sprechen.

Auf der Website der FARC war zuletzt folgende Positionierung vorzufinden:

“We are part of the world-wide [movement] against imperialism and neoliberalism, against war, against the destruction of the environment, against patriarchy and all forms of discrimination between human beings.”

(FARC-EP 2016)

Die Thematisierung der Frauenrechte und Geschlechtsidentität innerhalb des bewaffneten Konfliktes durch die Guerillas trug maßgeblich zur Aufnahme der geschlechtsspezifischen Aspekte in den Friedensvertrag bei. Der Anspruch der weiblichen Guerillakämpferinnen an den Friedensvertrag war zutiefst von ihren eigenen Erfahrungen innerhalb der Guerillas

geprägt. Es kann mit Sicherheit gesagt werden, dass ohne den Einfluss dieser Frauen in den Friedensverhandlungen der finale Friedensvertrag weniger effektiv aus geschlechtsbezogener Perspektive ausgefallen wäre.

## DDR Programme

Ein weiterer Punkt, in denen sich die Erfahrungen von Frauen in bewaffneten Gruppierungen von denen der Männer unterscheidet sind die sogenannten DDR-Programme. DDR steht für *disarmament, demobilization and reintegration* und ist eine Initiative der Vereinten Nationen. Ziel des DDR-Prozesses ist es, einen Beitrag zur Sicherheit und Stabilität in Post-Konflikt-Umgebungen zu leisten. Die DDR-Programme für ehemalige KämpferInnen der bewaffneten Gruppierungen sind ein komplexer Prozess mit politischen, militärischen, sicherheitspolitischen, humanitären und sozio-ökonomischen Dimensionen. Es zielt darauf ab, Sicherheitsprobleme nach Konflikten zu lösen, die entstehen, wenn ehemalige KämpferInnen während der entscheidenden Übergangsphase von Konflikt zu Frieden ohne Existenzgrundlagen oder Unterstützungsnetzwerke zurückbleiben. Bei diesem Prozess werden die betroffenen Personen unterstützt um ihnen aus den militärischen Strukturen zu helfen, und eine soziale und wirtschaftliche Re-integration in die Gesellschaft zu ermöglichen<sup>4</sup>.

---

<sup>4</sup> UNDDR: [http://www.unddr.org/what-is-ddr/introduction\\_1.aspx](http://www.unddr.org/what-is-ddr/introduction_1.aspx)

Durch die fehlende Differenzierung profitieren Frauen von den DDR-Programmen weitaus weniger als Männer (vgl. Douglas and Hill 2004). Zielt dieses Programm jedoch auf den Erhalt nachhaltigen Friedens und gesellschaftlicher Gerechtigkeit, kann das durch die beinahe Ausschließung von Frauen nicht effektiv erreicht werden.

Die sogenannte erste Generation der DDR Programme, in dem Zeitraum von 1989 bis 2005, (vgl. UNDDR 2018) sind charakterisiert durch die Entwicklung von standardisierten Praktiken, vor allem fokussierend auf den technischen Aspekt der Entmilitarisierung und fast ausschließlich konzentriert auf männliche Betroffene. Die sogenannte *trial-and-error* Phase der ersten Programme arbeiteten mit Soldaten, Guerillakämpfern von irregulären bewaffneten Gruppen und auch Banden und resultierte in einer kurzfristigen Verbesserung but konnten keine langfristige Reintegrationsstrategie liefern (vgl. Chetail 2009). In den meisten studienbasierten Fällen, die die Effektivität der früheren DDR Programme evaluieren, fehlt eine kritische geschlechtsspezifische Perspektive auf die Erfahrungen von ehemaligen weiblichen Guerillas und Unterstützerinnen (vgl. Lainer 2016).

Bei der Rückkehr zu ihren Familien und Gemeinden sehen sich Frauen, aufgrund ihrer Aktivitäten im bewaffneten Konflikt, mit Stigmatisierung konfrontiert die die traditionellen Geschlechterrollen herausfordern. Einst unabhängig und ein gleichberechtigtes Leben beim Militär führend ,fällt es schwer in das frühere Leben zu reintegrieren (vgl. Colletta, Kostner, and Wiederhofer 1996:74ff). Zudem sind Frauen unverhältnismäßig von der allgemeinen schwachen wirtschaftlichen Lage und Erwerbslosigkeit betroffen, und haben einen erschwerten Zugang zu Landbesitz. All diese Faktoren wurden in der ersten Generation der

DDR Programmen nicht berücksichtigt und gingen somit an den Bedürfnissen von Frauen vorbei.

## 7. Von militärischer Konfrontation unter Uribe zu Friedensgesprächen unter Santos

Seit der Entstehung des bewaffneten Konfliktes hatten schon mehrere Präsidenten und Regierungsmitglieder eine Versöhnung mit den Guerillas und die Herbeiführung einer Konfliktlösung versucht. Der konservative Präsident Belisario Betancur war der Erste, der sich um Friedensgespräche bemühte und übte sich 1982 in erste Verhandlungsversuche zwischen Staat und Guerilla. Diese wurden jedoch nach weniger Zeit wiedereingestellt, da es keine konkrete Strategie für ein zukünftiges Vorgehen gab. Außerdem gab es für die Friedensprozesse keine Zustimmung des Militärs oder anderen Interessensgruppen und auch die Guerilleros nahmen die Verhandlungen nicht besonders ernst. Während des Präsidentenwahlkampfes 1998 gab es einen erneuten Anlauf. Der konservative Kandidat Pastrana Arango, der später die Wahl auch gewann, traf sich mit Guerillaführern im kolumbianischen Urwald. Das Ergebnis dieser Gespräche bestand darin, dass der FARC ein Gebiet in der Größe der Schweiz zugestanden wurde im Grenzgebiet zwischen Caquetá und Meta, wo die Landbevölkerung vor allem vom Kokaanbau lebte (König 2008:170f). Pastrana war zudem verantwortlich für den *Plan Colombia* der die Unterstützung der US Regierung einfädelt. Schnell wurden die Friedensverhandlungen wieder beendet, da die Paramilitärs ihre Terroranschläge fortsetzten und die Regierung die soziale Frage weiter ignorierte.

Im Jahr 2002 wurde Álvaro Uribe Vélez zum Präsidenten gewählt und die fortschreitende Militarisierung erreichte ihren Höhepunkt (König 2008:172f). Im Kampf gegen die Guerillas setzte Uribe auf die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten und die Militarisierung vormals ziviler Bereiche. In der Hoffnung des Friedens verabschiedete die Regierung unter Uribe ein

Gesetz zur Entwaffnung der paramilitärischen Gruppen der AUC, der ihnen die Reintegration in die Gesellschaft ermöglichte. Die Todesschwadronen sollten zudem bis 2005 aufgelöst werden. Zwar löste dieses Gesetz erfolgreich die AUC auf, allerdings formierten sich viele der ehemaligen paramilitärischen KämpferInnen zu kriminellen Banden, *Bandas Criminales* (BACRIM), hauptsächlich um Aktivitäten des Drogenhandels herum (Meacham, Farah, and Lamb 2014:13). Uribes militärische Offensive setzte die Guerillas und insbesondere die FARC massiv unter Druck, was einen militärischen Sieg der Guerillas immer unwahrscheinlicher werden ließ. Nicht zuletzt der Tod des FARC-Führers Manuel Marulanda im Jahr 2008 führte zu einem Paradigmenwechsel innerhalb der FARC hinzu dem Ansatz der Friedenskonsolidierung (Herbolzheimer 2016:2f). Uribe war erfolgreich mit der öffentlichen Kampagnisierung gegen die FARC und besonders in den urbanen Zentren sahen die BürgerInnen die FARC nicht als vertrauenswürdige politische Alternative. Außerdem lässt die Regierung unter Uribe auf eine weitere Phase der Gewalt zurückblicken. Die Anzahl der Angriffe auf ZivilistInnen und die Verhaftung und Ermordung von *guerilleros* ist in dieser Zeit massiv angestiegen und Paramilitärs wurden per Gesetz die Macht gegeben, „gesicherte“ Zonen autonom zu administrieren (Avilés 2006:406). Nach Uribes Plan sollten die Paramilitärs zukünftig beibehalten werden bei einem gleichzeitigen Ausbau des Militärs. Die kontinuierliche finanzielle Unterstützung durch die USA sollte diesen Plan auch ermöglichen. Gleichzeitig hielt er das neoliberale wirtschaftspolitische Regime aufrecht, das die Schere der sozio-ökonomischen Ungleichheit noch weiter auseinanderfallen ließ (Avilés 2006:405)

Die Wahl von Juan Manuel Santos Calderón zum Präsidenten, im Jahr 2010, markierte den Weg von der militärischen Offensive hinzu diplomatischen Verhandlungen. Santos war der dritte Präsident, der eine friedliche Ausverhandlung des Konfliktes anstrebte. Die ersten

Gespräche zwischen der Führung der FARC und der kolumbianischen Regierungen starteten bereits 2011, bei der die Agenda für die Friedensverhandlungen diskutiert wurde und die im September 2016 in einem Abkommen zur Beendigung des Konfliktes resultierten. Dieses Abkommen ist in 6 Teile strukturiert: ländliche Entwicklung, politische Partizipation, Beendigung des Konfliktes, Rechte der Opfer, illegale Anbaukulturen und Implementierung und Durchführung (vgl. Alto Comisionado para la Paz 2019).

Die Verhandlungen fanden in Havanna statt. Üblicherweise dauerte ein Treffen 11 Tage nach denen eine kurze Phase der internen Konsultierung und Vorbereitung für die nächste Gesprächsrunde folgte. Nach jeder Verhandlung wurde ein kurzes *joint statement* verfasst mit den wichtigsten Entwicklungen. Jede Seite konnte bis zu 10 Delegierte nominieren, die bei von einem Team von weiteren 20 Personen begleitet wurden. Die FARC Delegation setzte sich ausschließlich aus ehemaligen KämpferInnen (Anm: zunächst nur eine Frau auf Hauptverhandlungsebene) unter der Führung von Iván Márquez zusammen (El País 2012). Die Regierungsseite wurde vertreten durch Delegierte aus dem öffentlichen und privaten Sektor, und auch Vertreter der Polizei und der bewaffneten Kräfte (Anm.: zu Beginn der Verhandlungen keine Frau auf Hauptverhandlungsebene), unter der Führung von Humberto de la Calle und dem Friedenskommissar Sergio Jaramillo (Herbolzheimer 2016:2f). Die Verhandlungen verliefen nach dem Prinzip *nothing is agreed until everything is agreed*. Der Punkt der am meisten Zeit in Anspruch nahm und 15 Monate dauerte bis eine Vereinbarung gefunden werden konnte, war das Thema der Rechte der Opfer. Unter Druck der kolumbianischen Öffentlichkeit wurde der Vorschlag der Immunität für die durchgeführten Straftaten zurückgewiesen. Später wurde vereinbart die übrigen offenen Punkte parallel durch Subkommissionen zu behandeln, um ein rascheres Vorankommen zu ermöglichen.

Eine dieser Subkommission, die *subcomisión de género* wurde eingerichtet um geschlechtsspezifische Aspekte der Friedenskonsolidierung explizit behandeln zu können, auf die ich in den folgenden Seiten näher eingehen werde.

## 8. Der *Cumbre Nacional de Mujeres y Paz* und der Einfluss der Frauen auf die Friedensverhandlungen

Das Thema Gender hat nur in den wenigsten Friedensprozessen und -verträgen Bedeutung erhalten. Auch die Partizipation von Frauen an Friedensverhandlungen ist keine Selbstverständlichkeit, was erstaunlich ist, angesichts der Tatsache, dass sich die Betroffenheit der Frauen im Krieg massiv von denen der Männer unterscheidet. Die UN Women<sup>5</sup>, eine Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen, erkennt die Beteiligung der Frauen an politischen Prozessen bei der Bewältigung von Konflikten als wesentliches Element der Nachhaltigkeit der Friedenskonsolidierung. Am 30. Oktober 2000 verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ auf die weitere Resolutionen folgten (vgl. UN Women 2018). Die Nachfolgeresolution 2467 sieht vor, dass Frauen in allen internationalen, nationalen und regionalen Entscheidungsgremien und Mechanismen zur Vermeidung, Behandlung und Lösung von Konflikten stärker repräsentiert sein müssen. Dazu zählten die aktive Partizipation von Frauen an Friedensverhandlungen (vgl. United Nations Security Council 2019a). Außerdem wurde in der UN-Security Council Resolution 1820 (vgl. United Nations Security Council 2008) anerkannt, dass geschlechtsspezifische Gewalt eine Kriegstaktik ist. Da es sich nicht um eine Randerscheinung des Konfliktes handelt ist es notwendig das Thema der sexualisierten Gewalt, sexuelle genderbasierte Gewalt (SGBV) und die Betroffenen in den Friedensprozess einzubeziehen.

---

<sup>5</sup> UN Women <https://www.unwomen.org/en>

In den letzten Jahrzehnten gab es bereits mehrere Anläufe für Friedensverhandlungen. Mit der größten Guerillagruppe FARC-EP wurde im Jahr 1984 erstmals ein folgenloser Waffenstillstand ausverhandelt. Ein zweiter Anlauf ging 2002 ohne Zugeständnisse auf beiden Seiten zu Ende. An keinem dieser Verhandlungen waren Frauen beteiligt (vgl. PeaceWomen Across the Globe 2017). Als 2012 die Friedensverhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-EP in Havanna begonnen, war zunächst nur eine Frau vertreten (vgl. Hasenstab 2018). Unter anderen forderten Frauen- und feministische Organisationen, die seit Jahrzehnten für den Frieden kämpften, eine höhere Beteiligung von Frauen an den Friedensverhandlungen und machten auf die geschlechtsspezifischen Auswirkungen des bewaffneten Konflikts aufmerksam. Im Oktober 2013 wurde der *Cumbre Nacional de Mujeres y Paz* in Bogotá organisiert, bei dem die Forderungen der Frauen präsentiert wurden. Die kolumbianische Regierung sah sich schließlich unter Druck und sandte zwei Hauptverhandelende nach Havanna, Maria Paulina Riveros und Nigéria Rentería. Im Jahr 2014 folgte die Einrichtung der *Subcomisión de Género* die gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Vorschläge für einen gendergerechten Frieden ausarbeiteten (vgl. Hasenstab 2018).

Frauen-, feministische und LGBTI-Organisationen appellierten schon seit Jahrzehnten an eine friedliche Lösung des Konfliktes durch Berichte, Mobilisierung, etc. und leisteten schon seit Jahrzehnten Friedensarbeit in den verschiedensten Formen. In mehreren Regionen haben Frauen als Mediatorinnen lokale Waffenstillstände mit der FARC ausgehandelt, Zeugenaussagen von Opfern aufgenommen, solidarische Netzwerke gegründet und regionale und lokale zivilgesellschaftliche Veranstaltungen organisiert, in denen der Friedensprozess thematisiert wurde (vgl. PeaceWomen Across the Globe 2017).

Viele dieser Organisationen wurden nach Havanna eingeladen um die *Subcomisión de Género* bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Bei einem weiteren Treffen wurden sie außerdem zu ihrer Expertise zum Thema sexualisierte Gewalt konsultiert.

Im Folgenden möchte ich näher auf die Entwicklung der kolumbianischen Frauenbewegungen und in diesem Kontext auf die Entstehung von Frauenorganisationen eingehen. Die Forderung einer friedlichen Ausverhandlung des Konfliktes ist maßgeblich von Frauenorganisationen getragen, die schließlich im Jahr 2013 in dem Frauengipfel *Cumbre Nacional de Mujeres y Paz* gipfelte. Diesen Frauengipfel werde ich darauffolgend detaillierter darstellen.

## Frauenbewegungen und Frauen als Friedensakteurinnen

Als in den 1930er Jahren die Liberale Partei eine umfassende Reform im Bildungs-, Gesundheits- und Agrarsektor durchführte entstand eine erste bürgerliche Frauenbewegung. Durch die Reformen konnte eine Gewerkschafts- und Frauenbewegung ermöglicht werden, die sich für das Recht auf Eigentum und Zugang zu Universitäten für Frauen einsetzte. Das aktive und passive Wahlrecht für Frauen wurde allerdings erst 1945 erstritten und 1957 erstmal ausgeübt, deutlich später als in anderen lateinamerikanischen Ländern (vgl. Gonzalez 2000). Esmeralda Arboleda, Frauenrechtlerin und erste Ministerin Kolumbiens war in den 1960er Jahren an zahlreichen Gesetzesentwürfen zur juristischen Gleichstellung von Männern und Frauen beteiligt. Streitpunkt zu dieser Zeit war vor allem das zivile Scheidungsrecht, das schlussendlich an der katholischen Kirche scheiterte und erst 1991 mit der neuen Verfassung umgesetzt wurde. Auf die Verfassungsreform hatten Frauenbewegungen einen wesentlichen

Einfluss und erreichten die Gleichstellung der Geschlechter auf Verfassungsrang. Bereits Ende 1980er Jahre forderten Frauenorganisationen im Rahmen der Verfassungsreform einen laizistischen Staat, Gleichstellungsprinzipien, besonderen Schutz für Mütter und politische Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen (Huhle 2017:244). Festgeschrieben in der Verfassung wurde schlussendlich das allgemeine Recht auf Gleichheit und das Verbot von Diskriminierung; das Recht von Frauen, politische Ämter auszuüben und die Verantwortung der Politik, ihnen Zugang zu verschaffen; die Gleichberechtigung von Frauen innerhalb von Ehe und Partnerschaften; sowie der besondere Schutz schwangerer Frauen, junger Mütter und weiblicher Familienoberhäupter.

Diese Errungenschaften hatten weitreichende positive Auswirkungen auf das Leben der Frauen und ermöglichte verstärkte politische Partizipation. Hinter diesen Verbesserungen steht eine erfolgreiche Mobilisierung seitens der zahlreichen Frauen, in Organisationen, sozialen Bewegungen, etc. die für ihre Rechte kämpften.

In den 1970er Jahren waren Frauen auch im Kampf um Land involviert. Sie organisierten sich beispielsweise innerhalb der *Asociación Nacional de Usuarios Campesinos* (ANUC), ein im Jahr 1969 gegründeter Verband, zu einem Frauennetzwerk (Meertens 1997:143ff).

Feministische Gruppen waren in den 1970er und 1980er Jahren aktiv für eine sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung. Später kam es dann zur ‚NGOisierung‘ der Frauenbewegung und zur Gründung zahlreicher Frauenorganisationen die sich für den Frieden und Menschenrechte einsetzten (Huhle 2017:246). Im Vergleich zu anderen Ländern in Lateinamerika ist dieser Prozess relativ spät eingetreten. Lange Zeit wurden frauenrechtliche Anliegen nicht durch NGOs kommuniziert, sondern durch individuelles Engagement von vereinzelt ehrenamtlichen Aktivistinnen. Die Korruption, das Regime der *narcotraficantes*,

die dominierende militarisierte Gewalt und die historisch selektive Präsenz des Staates stellten ungünstige Bedingung für zivilgesellschaftliche Organisationen dar. Erst im Kontext der Verfassungsreform entstand erstmal eine Art Institutionalisierung von sozialen Bewegungen, was im Sinne von Weber, als eine Art Routine und Gewohnheit des sozialen Handelns zu verstehen ist (Alvarez 1999:188). Ein weiterer Faktor der zu dem Anstieg der NGOs in den 1990er Jahren führte, war das staatliche Institutionen vermehrt auf die Expertise von NGOs setzten. Somit nahmen besonders Frauen- und feministische Organisationen die Rolle der Expertin über Frauenrechte und Genderperspektive ein. Nicht zuletzt aufgrund des starken Lobbyings und des Drucks dieser Organisationen wurden wesentliche frauenpolitische Programme umgesetzt. Dazu zählt die erwähnte Verfassungsreform aber auch die Einführung einer Frauenquote von 30% in Regierungsämtern.

Eine Organisation soll hervorgehoben werden, die eine wesentliche Rolle in sozialen Bewegungen in Kolumbien einnimmt. Das landesweite feministische und pazifistische Netzwerk *Ruta Pacífica de las Mujeres* setzt sich sein 1996 für einen nachhaltigen, von der Zivilbevölkerung getragenen Friedensprozess ein. Die feministische Bewegung arbeitete seit jeher für eine Ausverhandlung des bewaffneten Konflikts, die Sichtbarkeit der Auswirkungen des Krieges auf das Leben von Frauen, die Durchsetzung von Menschen- und Frauenrechten und die Rekonstruktion des individuellen und kollektiven historischen Gedächtnis um eine Wiederholung zu verhindern.

Auf ihrer Website ist aktuell folgende Deklaration zu lesen:

“Nos declaramos pacifistas, antimilitaristas y constructoras de una ética de la No Violencia en la que la justicia, la paz, la equidad, la autonomía, la libertad y el reconocimiento de la otredad son principios fundamentales.”<sup>6</sup>

Die *Ruta Pacífica* ist bekannt durch laute Demonstrationen und Slogans wie “*Mi cuerpo no es botín de guerra*” und “*Las mujeres no parimos hijos e hijas para la guerra*” die die politische Instrumentalisierung der Mutterschaft adressiert. Den Sitz hat das Netzwerk im Haus der *Unión de Ciudadanas* in Cali, die in den 1950er Jahren für das Frauenwahlrecht kämpfte. Hier zeigt sich symbolisch die Verbindung zwischen der ersten Frauenbewegung und den Organisationen der zweiten Generation (Huhle 2017:246).

Als Reaktion auf den gewaltvollen Konflikt schlossen sich mehr als 300 Frauengruppen und -organisationen aus den Regionen Antioquia, Bogotá, Bolívar, Cauca, Chocó, Putumayo, Risaralda, Santander und Valle del Cauca zusammen um gegen die Ungerechtigkeiten vorzugehen. Sie sehen sich nicht als reine Opfer des Krieges, sondern vielmehr als soziale und politische Akteurinnen in den Friedensverhandlungen und der Rekonstruktion des Friedens. Das Netzwerk vertritt eine breite gesellschaftliche Basis mit Bäuerinnen, Indigenen, Afro-Kolumbianerinnen, Jugendlichen, Intellektuelle und Studentinnen in ihren Kreisen. Eines ihrer größten Projekte ist die *Comisión de la verdad y memoria*, eine Initiative die Opfer von Gewalt im Kontext des bewaffneten Konflikts betreut und begleitet. Dabei wurden Frauen zu ihren Erlebnissen, Erfahrungen und Konsequenzen befragt und die Ergebnisse dokumentiert. Die abgegebenen Zeugnisse der Frauen verdeutlichen verschiedenen

---

<sup>6</sup> Ruta Pacífica de Mujeres <https://www.rutapacific.org.co/ruta-pacific>

Gewalttaten die Frauen beobachtet oder selbst erlebt haben, dazu zählen Morde, Massaker, Verschwinden von Verwandten, Zwangsumsiedlungen, sexuelle Gewalt und Drohungen. Die Einrichtung dieser Kommission für Wahrheit und das Gedächtnis der Frauen ist Teil der Strategie das Schweigen um Gewalt gegen Frauen zu brechen und Frauen ins Zentrum des Friedens- und Friedensaufbaus zu stellen. Dies sollte eine Lücke in der Dokumentierung und Aufarbeitung der Gewalt schließen. Zwar gab und gibt es in Kolumbien viele Einzelpersonen und Organisationen, die die Menschenrechte verteidigten und die Auswirkungen des bewaffneten Konflikts auf die kolumbianische Bevölkerung dokumentierten, jedoch waren nur wenig Informationen über die spezifischen Auswirkungen der Gewalt auf den Körper und das Leben der Frauen, die Verantwortlichkeiten die ihnen auferlegt wurden, und die Gefahren denen sie ausgesetzt wurden und ihre Würde zerstörten und Rechte ignorierten, verfügbar. Das historische Gedächtnis der Gewalt gegen Frauen ist ein Zusammenspiel von Erzählungen, Gefühlen, subjektiven Erfahrungen und Widerständen, die sich verdichten in Subjekte der Entwicklungen des Bürgerkriegs, politischer Repression und Grausamkeiten (Ruta Pacifica de las Mujeres n.d.). Laut dem Netzwerk, kann erst mit der Aufarbeitung der Geschehnisse und der Dokumentierung das Suchen um Gerechtigkeit beginnen und gleichzeitig präventiv gegen eine Wiederholung solcher Ereignisse entgegengewirkt werden. Die Suche nach Gerechtigkeit, Wahrheit und Wiedergutmachung von Opfer ist im Allgemeinen komplex. Für Frauen treten zusätzliche Hindernisse auf. Frauen sind die, die die Konsequenzen des Krieges tragen, im Hinblick auf die nach wie vor traditionelle Aufgabe der Betreuung der Familie, der Suche nach verschwundenen Verwandten und als Überlebende und Opfer von sexueller Gewalt. Durch das jahrelange Schweigen und Ignorieren ihres erlebten, leben Frauen oft in Krankheit, Armut und Hoffnungslosigkeit. Dies trägt zur Unwissenheit und zum Mangel an Legitimität und Anerkennung des Staats bei (vgl. Ruta Pacifica de las Mujeres n.d.).

Das auf Initiative von Frauen erstellte Netzwerk und die Dokumentation der Gewalt aus der Perspektive der Frauen stellt einen wesentlichen Beitrag in der Aufarbeitung des Krieges und der Gewalt dar. Zum einen ist es ein wichtiger Beitrag für das Empowerment der Frauen, mit einem positiven psychologischen Effekt durch den Austausch über und die Verarbeitung der Geschehnisse. Andererseits ist eine entscheidende soziale und politische Komponente damit verbunden, die den Frauen eine politische Stimme in den Friedensverhandlungen und des Friedensaufbaus verschaffte.

### *Cumbre Nacional de Mujeres y Paz*

Als die Friedensverhandlungen 2012 zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-EP begannen, wurde die fehlende Beteiligung von Frauen und die fehlende Berücksichtigung der spezifischen Gewalterfahrungen weiblicher Opfer des bewaffneten Konflikts kritisiert. Zunächst waren es Frauenorganisationen die diese Kritik äußerten. Hatte man doch im Jahr 2000, die Resolution 1325 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen unterzeichnet, die die wesentliche Rolle von Frauen bei der Beteiligung von Konfliktlösungen und dem Friedensaufbaus betont. UN Women veröffentlichte im Jahr 2012 eine Studie, die darstellte, dass von insgesamt 31 Friedensgesprächen, die zwischen 1992 und 2011 weltweit stattfanden, Frauen nur 9% der VerhandlungsführerInnen/TeilnehmerInnen ausmacht, 4% der UnterzeichnerInnen sind Frauen, 2,4% der vermittelnden ChefInnen sind Frauen und nur 3,7% weibliche Beobachterinnen (vgl. UN Women 2012). Diese Daten stellt eine eindeutige Schieflage und Unterrepräsentierung von Frauen an Friedensverhandlungen dar, auf die auch

die kolumbianischen Frauen aufmerksam machten. Die Unterschiede in den Auswirkungen von Männern und Frauen des Krieges und die unterschiedlichen Herausforderungen in Post-Konflikt-Situationen zeigen die Notwendigkeit der Frauenbeteiligung für die Genesung und Aufarbeitung des Konfliktes. Für kolumbianische Frauenorganisationen war der Verhandlungsbeginn eine einmalige Gelegenheit, die strukturellen Ursachen für Ungleichheit und Diskriminierung anzugehen und eine Frauenagenda in den Mittelpunkt der Verhandlungen zu stellen. In diesem Kontext haben kolumbianische Frauenorganisationen und Netzwerke die Einbindung von Frauen in die Friedensverhandlungen gefordert. Diese Forderung wurde auch von UN Women unterstützt (vgl. Muñoz Pallares and Cardona 2013). Somit wurde der *Cumbre Nacional de Mujeres Paz* vom 23. bis 25. Oktober 2013 verwirklicht, an dem über 400 Frauen teilnahmen, um diese Forderungen zu kommunizieren.

Hauptziel des Gipfels war es die kolumbianische Gesellschaft und insbesondere Frauen einzuberufen um eine aktive Beteiligung am Friedenaufbaus sicherzustellen. Der Gipfel diente auch als Raum für Dialog zwischen den Erfahrungen des territorialen, nationalen und internationalen Friedenaufbaus und für die Identifizierung der Herausforderungen. Das Ergebnis dieses Austausches wurde in folgende drei Punkte zusammengefasst (vgl. Muñoz Pallares and Cardona 2013):

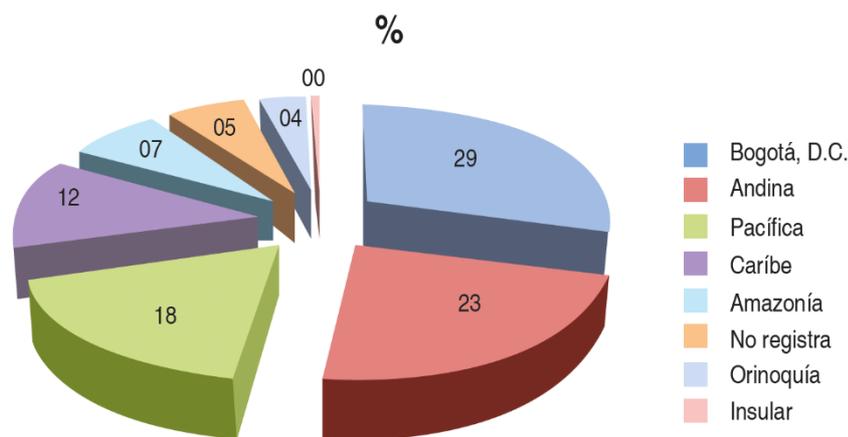
1. Unterstützung für den Friedensprozess und für die Ausverhandlung bis zum Schluss (*„no levantarse de la mesa hasta no llegar a un acuerdo“*);
2. Beteiligung der Frauen an den Verhandlungen in allen Phasen (*„Las mujeres queremos ser pactadas sino ser pactantes“*);

3. Aufnahme in die Tagesordnung der Verhandlungen die Auswirkungen des Konfliktes auf das Leben der Frauen in Einbezugnahme der Bedürfnisse und Interessen der Frauen;

In diesem Sinne ist der Frauengipfel und dessen Schlussfolgerungen und Forderungen ein wichtiger Meilenstein in dem Friedensprozess und im Friedenaufbau.

Im Folgenden soll auf die Eckpunkte des *Cumbre Nacional de Mujeres y Paz* eingegangen werden. Insgesamt nahmen 449 Frauen teil, aus unterschiedlichen Regionen und Organisationen. Darunter zählen feministische Organisationen, territoriale Friedensinitiativen, Frauen mit Erfahrungen der Friedenskonsolidierung auf lokaler Ebene, Agrarorganisationen, afro-kolumbianische Organisationen, studentische Organisationen, Indigene Gruppen, Department- und Gemeindevertreterinnen, Menschenrechtsorganisationen, Umweltorganisationen, LGBTI-Organisationen, Kirchenvertreterinnen, Bildungs- und Kulturorganisationen, Vertreterinnen des akademischen Sektors und der Forschung, Gewerkschaften und Medienvertreterinnen. Mit Ausnahme von Casanare und Vichada alle Departamentos vertreten (Muñoz Pallares and Cardona 2013:18).

*Abbildung 1: TeilnehmerInnen des Cumbre Nacional de Mujeres y Paz nach Regionen*



(Muñoz Pallares and Cardona 2013:19)

An der Organisation waren 9 Frauenorganisationen federführend beteiligt: Casa de la Mujer, Ruta Pacífica de las Mujeres, Red Nacional de Mujeres, Mujeres por la paz, Colectivo de Pensamiento y Acción Mujeres, Paz y Seguridad, Grupo de Seguimiento de la Resolución 1325, Conferencia Nacional de Organizaciones Afrocolombianas - CNOA -, Iniciativa de Mujeres Colombianas por la Paz - IMP - y la Asociación Nacional de Mujeres Campesinas, Negras e Indígenas de Colombia – ANMUCIC (Muñoz Pallares and Cardona 2013:2);

Während des Gipfels wurden Arbeitsgruppen organisiert, die Vorschläge und Empfehlungen für den Friedensprozess ausarbeiteten. Jeweils zu den 6 Punkten des Friedensvertrages (ländliche Entwicklung, politische Partizipation, Beendigung des Konfliktes, Rechte der Opfer, illegaler Drogenhandel und Implementierung und Durchführung) konzipierten die Frauen einen umfassenden Forderungskatalog. Darunter befindet sich beispielsweise die Forderung der Einrichtung des *Comité de Mujeres*, dass die getroffenen Übereinkommen mit Opfer überprüfen soll, ob die Interessen der Frauen eingehalten wurden, und auch die Einrichtung der erwähnten *Comisión de la Verdad y Memoria* wurde bei dem Gipfel

abgesegnet. Außerdem wird in jedem dieser Kapitel die Rolle der Frau als aktive Teilnehmerin in der Implementierung des Friedensvertrages unterstrichen. Neben detaillierten Forderungen zu den 6 Punkten des Friedensvertrages finden sich auch Forderungen zu anderen Themenfelder wie Bildung und Erziehung, Kommunikation und Information, Kulturelle Rechte und Indigene Gemeinschaften. Darunter wird beispielsweise Aktionen für die Sensibilisierung und das Bewusstsein für Frauenrechte im Friedensprozess gefordert, die Einbindung der Medien bei der Friedenstransformation, oder die Sicherstellung der Beteiligung von indigenen Gemeinschaften (Muñoz Pallares and Cardona 2013:74ff). Im Anhang ist eine detaillierte Auflistung der Forderungen des *Cumbre Nacional de Mujeres y Paz* zu finden.

Die Initiative zeigte sichtbaren Erfolg, als im Jahr 2014 die *Subcomisión de Género de la Mesa de Conversaciones de la Habana* eingerichtet wurde. Die Kommission besteht aus 10 Mitglieder aus beiden Verhandlungsparteien und bei ihrer Einrichtung wurden zunächst die bis dahin behandelte Verhandlungspunkte auf ihre Auswirkungen auf Frauen und LGBTI-Personen untersucht. Die Kommission forderte das Hauptverhandlungsteam der Regierung und FARC-EP auf, geschlechterspezifische Fragen stärker anzugehen und in den Friedensprozess zu integrieren. Außerdem konnte die Kommission bei dem Thema der Entschädigung der Opfer und Wiedergutmachung direkten Einfluss nehmen (Huhle 2017:246ff).

Die *Cumbre Nacional de Mujeres y Paz* entsandte außerdem im November 2014 eine Delegation nach Havanna, um ihre Forderungen an die Kommission heranzutragen. Ein nachhaltiger Frieden soll ermöglicht werden unter Einbeziehung der Frauen. Die

Machtstrukturen sollen aus Genderperspektive verändert werden, indem Frauenrechte in den Fokus der Vereinbarung zu Opferrechten gestellt werden. Außerdem forderten sie sexuelle Gewalt von Amnestieregelungen auszunehmen, um das Schweigen um sexuelle Gewalt zu brechen und auch in Friedenszeiten bekämpfen zu können. Auch bei der Regelung der *justicia transicional* soll die Perspektive der Opfer und die Verletzung der Frauenrechte berücksichtigt werden (ICTJ 2019). Die *justicia transicional* wurde eingerichtet um eine Rechenschaftspflicht und eine Wiedergutmachung für die Opfer zu erreichen und soll die Aufarbeitung des gewaltsamen Konfliktes möglich machen. Die Verantwortlichen werden dabei strafrechtlich verfolgt wobei die Rechtsprechung unter internationaler und nationaler Kontrolle fällt. Die von den Frauen gestellten Forderungen beinhalten eine Rechenschaftspflicht für sexuelle Gewalt, Folter, Mord, Verschwindenlassen, Entführung, Vertreibung, Rekrutierung, Verlust von Angehörigen, ökonomische Verluste und Beeinträchtigungen der physischen, psychischen und emotionalen Gesundheit. Präventive Maßnahmen sollen durchgeführt werden um zu verhindern, dass rückkehrende Kämpfer Gewalt gegen Frauen ausüben (Huhle 2017:246ff).

Ein Großteil dieser Forderungen wurde in die Vereinbarung über die Opfer des Konfliktes, die Mitte Dezember 2015 getroffen wurde, aufgenommen. Sexuelle Gewalt wurde in der Liste der Amnestieregelungen ausgenommen und es wurde festgehalten, dass die geschlechtsspezifischen Auswirkungen des bewaffneten Konfliktes bei den Mechanismen zur Wahrheitsfindung und Wiedergutmachung und bei der juristischen Aufarbeitung berücksichtigt werden muss (Gobierno Nacional 2016: 112ff).

Das Engagement der Aktivistinnen ging nach dem Abschluss des Friedensvertrages noch weiter. Schließlich wurde von 19. bis 21. September 2016, ein paar Tage vor der Beendigung

der Verhandlungen, ein zweiter *Cumbre Nacional de Mujeres y Paz* organisiert, um erneut auf die Interessen der Frauen aufmerksam zu machen. Auf dem Gipfel wurde die Realisierung des Abkommens diskutiert und wie der Frieden mit allen einer starken Beteiligung der Frauen realisiert werden kann. Außerdem hatte der zweite Gipfel das Ziel die Implementierung der Frauenrechte und des Friedensvertrages zu beobachten und voranzutreiben. Somit sollte sichergestellt werden, dass die Vereinbarungen auch tatsächlich und im Interesse der Frauen umgesetzt werden (vgl. *Cumbre Nacional de Mujeres y Paz II 2016*).

Das erfolgreiche Lobbying von Frauenorganisationen für eine Subkommission die sich mit Genderfragen des Friedensvertrages auseinandersetzte ist ein Beispiel wie Frauen Einfluss nehmen konnten auf den Friedensprozess und die aktive Teilnahme an den Verhandlungen reklamierten. Zahlreiche Treffen, Vorträge, Forumdiskussionen, nationale und internationale Gipfel sowie Demonstrationen wurden von Seiten der Frauen organisiert und machten auf die strukturelle Schiefelage zwischen Männern und Frauen in Bezug auf die Auswirkungen des bewaffneten Konflikts aufmerksam. Sie konnten Druck auf die Regierung und die Verhandlungsparteien ausüben um tatsächlich zu einem Abschluss zu kommen, aber auch um das Ergebnis für Frauen und den Opfern von Gewalt zu verbessern. Das breite zivilgesellschaftliche Engagement der Menschen, die sich für eine größere Beteiligung der Frauen im Friedensprozess einsetzten, machte das möglich (vgl. Munevar 2018). Nur durch das Starkmachen für die Rechte von Frauen und für eine sexuelle Vielfalt im Land, konnte erreicht werden, dass die Genderperspektive in allen Punkten des finalen Friedensabkommens aufgenommen wurde.

## 9. Evaluierung des Friedensvertrags aus der Genderperspektive

Der Friedensvertrag wurde schließlich am 26. September 2015 zum Abschluss gebracht und sollte einen 52 Jahre währenden bewaffneten Konflikt beenden (vgl. amerika21 n.d.). Die Regierung unter Präsident Juan Manuel Santos und die FARC-EP, die stärkste Guerillagruppe Kolumbiens, unterzeichneten das Abkommen in der nördlich gelegene Hafenstadt Cartagena de Indias. Die Friedensgespräche hatten am 18. Oktober 2012 in Oslo begonnen und wurden ab dem 19. November 2012 in Havanna fortgesetzt. Während der Verhandlungen erklärten die FARC-EP einen einseitigen Waffenstillstand bis zum 20. Januar 2013. Am 2. Oktober 2016 fand eine Volksabstimmung über den Friedensvertrag statt, bei der die Mehrheit für *Nein* stimmte. Nach Überarbeitung des Abkommens stimmten das Parlament und der Senat am 30. November 2016 schließlich für das Abkommen.

Die Unterzeichnung des Friedensabkommens beendete zwar den Konflikt mit der größten Guerillagruppe, jedoch bedeutet das nicht Frieden, wie die jüngsten Entwicklungen in Kolumbien zeigen. Seit dem Friedensvertrag ist es zu einem weiteren Anstieg der Gewalt gekommen. Paramilitärische Gruppen und Auftragsmörder haben AktivistInnen und VertreterInnen sozialer Organisationen ermordet. Zudem ist seit der Angelobung des aktuellen Präsidenten Iván Duque, ein Rechtskonservativer und ein entschiedener Gegner des Friedensvertrages, die Gewalt weiter eskaliert. Nach Angaben des kolumbianischen Friedensforschungsinstituts Indepaz wurden seit der Unterschrift des Friedensvertrags im Jahr 2016 über 700 soziale AktivistInnen und 140 ehemalige FARC-KämpferInnen ermordet (amerika21 2019), zu denen sich teilweise die ELN und auch neu aufgetauchte illegale bewaffnete Gruppen bekannten.

Fest steht, dass die reine Unterzeichnung des Friedensabkommens nicht ausreicht um tatsächlichen Frieden zu gewährleisten. Die Umsetzung des Vertrages stellt sich als schwieriger heraus als das Finden einer Einigung. Der fehlende politische Wille der aktuellen Regierung das Übereinkommen konsequent umzusetzen bestätigt den erwähnten Ansatz des listigen Staates (Randeria 2009a; Randeria and Eckert 2009; Randeria 2009b). Duque, ein klassischer Vertreter von wirtschaftlichen Interessen und der kolumbianischen Elite, sieht nicht die Notwendigkeit gegeben die Handlungsfähigkeit des Staates auszubauen zur Umsetzung des getroffenen Übereinkommens und somit zum Schutz der Bevölkerung. Besonders in den entlegenen Regionen, die von Guerillas kontrolliert wurden, ist eine staatliche Präsenz die auf die Sicherheit der Bevölkerung ausgerichtet ist, notwendig. Das bedeutet Handlungsfähigkeit auf allen Ebenen, wie z.B. in den Bereichen Lebensmittelversorgung, Verwaltung, Justiz, Wirtschaft, Umwelt, Sicherheit, Gemeinschaftswohl und Gesundheitsversorgung. Eine Einbeziehung der kolumbianischen Zivilgesellschaft und die politische Partizipation erscheint notwendig, um eine Nachhaltigkeit des Friedens garantieren zu können. Die politische Teilnahme und die Teilnahme am Friedensaufbau hat eine Genderdimension die eine wichtige Komponente in der Friedensumsetzung darstellt. In den folgenden Unterkapiteln soll auf diese Genderdimension und die spezifischen Herausforderungen näher eingegangen werden.

### *La Subcomisión de Género* und das finale Abkommen

Am 11. September 2014, noch während der Verhandlungsphase, wurde auf Druck der Zivilgesellschaft und des *Cumbre Nacional de Mujeres y Paz* die Gender-Unterkommission

ingerichtet (vgl. Munevar 2018), bestehend aus Frauen und Männern, die die bis dato verhandelten Punkte und alle weiteren Punkte überarbeitete und Vorschläge für das Einbeziehen einer geschlechtsspezifischen Perspektive unterbreitete. Damit sollte sichergestellt werden, dass die unterschiedlichen Auswirkungen des bewaffneten Konflikts auf Frauen und Männer gleichermaßen in den Friedensverhandlungen berücksichtigt werden. Die Arbeit des Unterausschusses wurde bereichert von 18 Frauen- und LGTBI-Organisationen, 10 kolumbianische ExpertInnen für sexuelle Gewalt, ehemaligen Guerillas, Opfer von Gewalt, von denen 60% Frauen waren, und 3 internationale ExpertInnen (vgl. Equipo Paz Gobierno 2016). Zwischen Dezember 2014 und März 2015 lud die Kommission drei Delegationen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen ein, um ihre Erkenntnisse aus der Gender-Perspektive zu präsentieren. Es wurden Positionen und Maßnahmen in den Vertrag aufgenommen, die dazu beitragen, gesellschaftliche Diskriminierung und Stigmatisierung auf Grundlage des Geschlechts und der sexuellen Orientierung zu minimieren. Die Genderkommission stellte sicher, dass die Rechte der Frauen in allen Verhandlungspunkten und letztendlich in den Verträgen Berücksichtigung fanden. So wurde im Rahmen der integralen Landreform Frauen prioritärer Zugang zu Land und zu Unterstützungszahlungen und Krediten gesichert. Die politische Beteiligung von Frauen und anderen marginalisierten sozialen Gruppen sollte gestärkt werden durch Partizipationsräume und Dialogformen in der Öffentlichkeit (vgl. Fankhauser 2017). Im Vertrag wurde zudem angemerkt, dass es anzuerkennen ist, dass der Bürgerkrieg unterschiedliche Auswirkungen auf Männer und Frauen hatte und hat und dass dies bei der Wahrheitsfindung im Rahmen der *justicia transicional* zu berücksichtigen ist. Im Rahmen der Wahrheitskommission, wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich der Genderthematik widmet. Außerdem wurde sexuelle Gewalt von der Amnestieregelung ausgenommen. Frauenorganisationen sind dabei

die aktiven Beobachterinnen in der Umsetzung des Friedensabkommens und der darin enthaltenen Maßnahmen zum Schutz und der Stärkung der Rechte der Frauen, sodass die Umsetzung geschlechtergerecht vollzogen wird.

Die Kommission unterstrich stets die geschlechtsspezifische Dimension des Konflikts und die Notwendigkeit sich damit im Friedensabkommen zu befassen. Kolumbien ist wahrscheinlich das erste Land, das sich mit LGBTI-Rechten in den Friedensverhandlungen beschäftigte (Herbolzheimer 2016:5f). Die Schaffung dieser Kommission kann jedenfalls als eine verstärkte Anerkennung durch die Verhandlungsparteien über die Relevanz der Beteiligung von Frauen interpretiert werden. Zwar dominierten bei den Verhandlungen beider Parteien Männer, es gab eine Frau auf Seiten der FARC-EP und zwei Frauen auf Seiten (ich frage mich ob man Forderungen und Vorstellungen von Frauen die aus dem Umfeld der FARC kommen und jenen, die eine Regierung wie jene Kolumbiens vertreten überhaupt auf einen gemeinsamen Nenner bringen kann, der es rechtfertigt, von frauenspezifischen Ansichten oder Vorstellungen von Frauenrechten zu sprechen; liegt da nicht ein Essentialismus von „Frau“ zugrunde, den gerade der konsequente Feminismus ablehnt?) ) der Regierung, das hat sie jedoch nicht daran gehindert, Frauenrechte im Friedensvertrag zu reklamieren. Insgesamt wurden 122 konkrete Maßnahmen (Kroc Institute for International Peace Studies 2017:13) in den Vertrag aufgenommen die die strukturellen Diskriminierungen und die unverhältnismäßige Betroffenheit der Frauen des bewaffneten Konfliktes adressierten. Außerdem wurde die Teilhabe von Frauen vor allem auch in Leitungsfunktionen in Programmen und Institutionen des Friedensprozesses sichergestellt. Die Interessen und Anliegen der Frauen und der Kampf gegen sexualisierte Gewalt im Kontext des

Friedensprozesses wurde zu einem Hauptanliegen bei den Verhandlungen, was der Arbeit der *Subcomisión de Género* zuzuschreiben ist.

Nach dem Waffenstillstandsabkommen vom 23. Juni 2016 veröffentlichten die Verhandlungsparteien ein umfassendes Communiqué (vgl. Equipo Paz Gobierno 2016), das die bis dato erreichte Einigungen hinsichtlich der Einbeziehung einer Gender-Perspektive in den Friedensvertrag zusammenfasste. Der Gender Fokus umfasst 8 thematische Schwerpunkte: Zugang und Formalisierung von Landbesitz unter gleichen Bedingungen; Gewährleistung der gleichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Recht von Frauen und Menschen mit einer anderen sexuellen Identität; Förderung der Beteiligung von Frauen an Repräsentations-, Entscheidungs- und Konfliktlösungsräumen; Prävention und Schutzmaßnahmen, die sich mit den spezifischen Risiken von Frauen befassen; Zugang zu Wahrheit, Gerechtigkeit und Garantien der Nichtwiederholung; öffentliche Anerkennung, nicht Stigmatisierung und Verbreitung der von Frauen geleistete politische Arbeit; institutionelles Management zur Stärkung von Frauenorganisationen und LGBTI-Bewegungen für ihre politische und soziale Partizipation; Kommunikation und Informationssysteme (ebd). Insgesamt wurde der Genderfokus 144 im Abkommen erwähnt (vgl. Zenth 2016).

Gerade die Ausweitung der Rechte für Frauen und eine breite politische Beteiligung von Frauen und LGBTI hatte unter anderem dazu geführt, dass eine knappe Mehrheit der kolumbianischen WählerInnen den Friedensvertrag bei einem Referendum ablehnte (vgl. Munevar 2018). Eine der bekanntesten Gegner des Friedensabkommens, Ex-Präsident Álvaro Uribe agitierte gegen den Vertrag und fürchtete sich davor, dass sich Kolumbien mit dem

Vertrag einem neuen Familienbild verschreibe (vgl. Von Gall 2017). Er argumentierte, dass die sogenannte „Gender-Ideologie“ des Friedensvertrags die traditionellen Familienwerte zerstöre. Der Vertrag wurde nicht nur von Uribe kritisiert, sondern von Seiten konservativer und rechter Parteien generell und einiger religiöser Gruppen. Der Vertrag wurde nur mehr als *Ideologia de género* betitelt und abgewertet (vgl. Hasenstab 2018). Das getroffene Übereinkommen entsprach jedoch dem existenten gesetzlichen Rahmen in Bezug auf Frauenrechte und Nicht-Diskriminierung und hätte schlichtweg dem progressiven normativen Rahmen entsprochen (Salvesen and Nylander 2017:4). Die Kampagne gegen den Friedensvertrag stützte sich auf eine Misinterpretation des Vertrages und gelang durch die erfolgreiche Mobilisierung konservativer Kräfte. Die knappe Ablehnung des Friedensvertrags ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass anti-feministische und homophobe Argumente gegen diese vermeintliche ‘Gender-Ideologie’ auf breite Resonanz in der kolumbianischen Gesellschaft stieß (Huhle 2017:246f). Dementsprechend mussten einzelne Inhalte neu verhandelt werden. Laut Zeitungsangaben wurden mehr als 400 Änderungswünsche von den KritikerInnen des Friedensvertrages vorgebracht (Anliker and Belz 2016). Änderungen wurden im Teil der Sonderjustiz getroffen, beispielsweise wurde die Verbüßung von Strafen im Arrest verschärft, demnach Strafen nicht mehr im Hausarrest abgesessen werden können, sondern nur in staatlich kontrollierten Zonen. Außerdem sind ausländische RichterInnen nicht mehr erlaubt in der Sonderjustiz. Ein weiterer umstrittener Punkt betraf die Entschädigung der Opfer. Die neue Version sieht vor, dass das Vermögen der FARC bei der Entschädigung der Opfer herangezogen werden soll. Ursprünglich war in dem Vertrag festgehalten, dass das Friedensabkommen in die Verfassung integriert werden soll, diese Regelung wurde im Sinne der KritikerInnen fallen gelassen. Weitere Zugeständnisse wurden für katholische und evangelische KritikerInnen getroffen in Bezug auf die gleichwertige Nennung von Frauen,

Männer, Homosexuelle und Transgender. Die Regierung und die FARC sahen sich gezwungen, den Begriff *género* an einigen Stellen zu streichen und durch Formulierungen wie “Männer und Frauen” oder “verwundbare Gruppen und Personen” zu ersetzen. Das betraf wenig überraschend, vor allem die Ausarbeitungen die von der *Subcomisión de Género* getroffen wurden. Zum Beispiel im Teil zur politischen Partizipation, anstelle von „*igualdad de género*“ ist von „gleichberechtigter Teilnahme von Männern und Frauen“ zu lesen. In einem anderen Beispiel zur ländlichen Entwicklung, der originale Text verweist auf einen Gender Fokus bei Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut, während im überarbeitete Text die Formulierung „*igualdad de condiciones para hombres y mujeres*“ (Salvesen and Nylander 2017:5). Außerdem wurden Begriffe wie *orientación sexual y identidad de género diversa* an vielen Stellen gestrichen. Im Kontext der politischen Partizipation ist anstatt Gendergerechtigkeit, nun mehr die Rede von gleichberechtigter Teilnahme von Mann und Frau (vgl. Fankhauser 2017). Zudem wurde in der zweiten Ausarbeitung des Vertrags darauf Wertgelegt, den Fokus auf das traditionelle Familienbild zu legen, bestehend aus der heterosexuellen Familie (Mutter, Vater, Kind) (vgl. Zenth 2016). Laut dem Bericht des NOREF Institutes, das für die norwegische Vertretung als Vermittlerland während der ersten Vorgespräche agierte, sind die getroffenen Änderungen und die überarbeitete Version keineswegs eine Verschlechterung, vielmehr tragen die neuen Formulierungen zu mehr Klarheit und Genauigkeit bei (Salvesen and Nylander 2017:5)

Konservative, rechte und religiöse Kräfte haben gezielt mobilisiert und zum Boykott des Friedensvertrages aufgerufen. Die Einflussnahme dieser Mächte wird daran sehr deutlich sichtbar. Auch im Rahmen der Implementierung des Friedensvertrages wird die Genderperspektive eine Rolle spielen. Um die Forderungen und Maßnahmen des Vertrages

sicherzustellen, wurde daraufhin im Rahmen der *Comisión de Seguimiento y Verificación del Acuerdo de Paz* (CSIVI) die *Instancia Especial para garantizar el Enfoque de Género en la Implementación del Acuerdo Final* geschaffen. Diese soll die Kontrolle der Umsetzung des Abkommens darstellen (vgl. Hasenstab 2018). Eine derartige Forderung nach Überprüfung der Implementierung wurde auch schon am *Cumbre Nacional de Mujeres y Paz* formuliert. Mit der Installation dieser Instanz überprüfen 7 Frauen die Umsetzung und Verpflichtungen im Hinblick auf die Empfehlungen der *Subcomisión de Género*. Das ist ebenfalls eine Neuheit im internationalen Vergleich der Friedensprozesse (vgl. Fankhauser 2017).

In diesem Kontext ist auch der zweite *Cumbre Nacional de Mujeres y Paz* im Jahr 2016 zu sehen, der aufgrund des starken Gegenwindes des Vertrages die Wichtigkeit des Genderfokus unterstrich. Auf diesem Gipfel wurde erneut diskutiert, wie der Frieden mit allen Beteiligten der Gesellschaft und einer starken Partizipation der Frauen realisiert werden kann, insbesondere aufgrund der Erkenntnis, dass Frauen in besonderem Ausmaß und in spezifischer Art und Weise Opfer des Bürgerkrieges waren und sind (Huhle 2017:246ff).

Wie wenig davon angekommen ist, verdeutlicht der *Encuentro Voces de Mujeres por la Paz III* in Cartagena de Indias im September 2017. Vertreterinnen von sozialen Organisationen der Karibikküste tauschten sich über die Erfahrungen in der Umsetzung des Friedens aus. Die Frauen aus den ländlichen Gebieten waren überzeugt, dass sie durch ihre jahrelange Arbeit eine gewisse Sichtbarkeit erreicht hatten. Allerdings ist eine effektive Partizipation von Frauen in Entscheidungsgremien noch ausständig. Als wesentliches Hindernis, sahen sie den fehlenden politischen Willen, die Forderungen der Frauen in die Politik der ländlichen Gebiete einfließen zu lassen. Eine der größten Sorgen der Teilnehmerinnen betraf den Zugang und die Nutzung von Land (vgl. Fankhauser 2017). Die Konflikte um Land betrifft ethnische

Gemeinschaften, Konfliktopfer und multinationale Unternehmen, und Frauen sehen ihre Interessen in dieser Machtungleichheit unterrepräsentiert. Von Seiten der Regierung gibt es keinerlei Garantien oder Rechte die Frauen Landbesitz ermöglichen würde. Außerdem vermissten die Frauen eine Möglichkeit um ihre Ideen und Vorstellungen einbringen zu können. Besonders in den ländlichen Gebieten werden ausreichende Wissensvermittlung und Information zum Friedensabkommen und dessen Umsetzung vermisst. Hier wird deutlich, dass die historische Abwesenheit des Staates in bestimmten Politikfeldern, beziehungsweise die selektive Präsenz für die Interessen der Eliten, in den ländlichen Gebieten nach wie vor die Realität der kolumbianischen Bevölkerung darstellt. Besonders Frauen sehen den Vorhaben der Umsetzung des Friedens nüchtern gegenüber. Auch wenn sie um die Anerkennung und Umsetzung ihrer Rechte kämpfen, sehen sie sich mit den Gegebenheiten der ländlichen Gebiete konfrontiert, wo der Friedensaufbau eine besondere Herausforderung darstellt.

## Evaluierung und Umsetzung des Friedensvertrages aus Genderperspektive

Eine der ersten Maßnahmen die nach der Annahme des Friedensabkommens umgesetzt wurden, betrifft den Waffenstillstand und die Entwaffnung der ehemaligen GuerillakämpferInnen. Laut Amnesty International zogen 6.803 KämpferInnen zwischen dem 28. Januar und dem 18. Februar 2017 in sogenannte Demobilisierungszonen (Amnesty International 2018). Der Prozess der Waffenruhe wurde durch die vom UN-Sicherheitsrat eingerichtete UN-Mission in Kolumbien überwacht. Am 15. August endete die Phase des Abtransports von Waffen und Munition aus den 26 FARC-Übergangslagern. Zudem

verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 2377 (2017), mit der eine weitere Mission eingerichtet wurde, um die politische, wirtschaftliche und soziale Wiedereingliederung der FARC-KämpferInnen zu begleiten. Die Mission begann ihre Arbeit am 26. September 2017 (vgl. United Nations Security Council 2019b).

In der Übergangszeit vom bewaffneten Konflikt zur Konsolidierung des Friedens wurde ein erhöhtes Risiko geschlechtsbezogener Gewalt, insbesondere häuslicher Gewalt gegen Frauen festgestellt (Amnesty International 2018). Aufgrund der Bemühungen von Frauenorganisationen wurde zwar sichergestellt, dass das Thema der SGBV im Friedensabkommen Berücksichtigung findet, jedoch hegten Menschenrechtsorganisationen Zweifel, dass diese Bestimmungen tatsächlich ohne Einschränkungen umgesetzt werden. Das betrifft vor allem die Bestimmung, dass Sexualdelikte vor Gericht der Übergangsjustiz gebracht werden müssen, und dass derartige Straftaten nicht Gegenstand von Amnestien oder Gnadenerlass sein können. Frauenorganisationen machten vermehrt auf Fälle sexualisierter Gewalt aufmerksam die 2017 verübt wurden. Laut Amnesty International sind gravierende Schwächen der existierenden Schutzmechanismen für Frauen festzustellen, insbesondere in den Gemeinden, in denen ehemalige FARC-KämpferInnen wiederingegliedert werden sollten. Außerdem finden Überlebende sexualisierter Gewalt kaum Gehör.

Um die Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Umsetzung des Abkommens zu gewährleisten, wurde im Punkt 6.1.7.1 die Einrichtung der CSIVI (*Comisión de Seguimiento, Impulso y Verificación a la Implementación del Acuerdo Final*) vereinbart. Die Kommission soll die Einhaltung der Gesetze und die Richtigkeit der Umsetzung des Vertrages überprüfen. Dabei ist u.a. vorgesehen, Berichte zum Stand der Umsetzung der Öffentlichkeit vorzulegen.

Diese Evaluierungsberichte sind zum einen der *Primer Informe de la implementación del Enfoque de Género en los Acuerdos de Paz en Colombia para los verificadores internacionales Felipe González y José Mujica (A.F. 6.3.2), la CSIVI y el Fondo Multidonante de las Naciones Unidas para el Posconflicto* und zum anderen mehrere Bericht zur Implementierung des Friedensabkommens des *Kroc Institute for International Peace Studies* der Universität von Notre Dame in den USA. Das Kroc Institut veröffentlichte drei Berichte zum Stand der Implementierung des Friedensvertrages und einen Spezialbericht zum Monitoring der Genderperspektive im Friedensabkommen. Alle diese Berichte wurden der CSIVI vorgelegt.

Der zweite Bericht des Kroc Institutes, der sich auf den Zeitraum Dezember 2016 bis Mai 2018 bezieht, hat 61% der Implementierungsaktivitäten untersucht (Kroc Institute for International Peace Studies 2018a: 8). Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass die Umsetzung des Friedensvertrages voranschreitet, besonders betreffend den Waffenstillstand, der temporären Quartiere für ehemalige KämpferInnen und der Transformation der FARC-EP in eine politische Partei. Nichtsdestotrotz gibt es Herausforderungen, die in dem Bericht in drei Teile gegliedert werden (ebd: 15f): inadäquate Garantie für Sicherheit und Schutz von MenschenrechtsaktivistInnen; der langsame Prozess der langfristigen politischen, sozialen und ökonomischen Reintegration von ehemaligen KämpferInnen; legislative und regulatorische Anpassungen für eine breite Teilnahme an demokratischen Prozessen. Der Bericht geht zudem auf die Schwierigkeiten in Bezug auf die Implementierung der ethnischen, territorialen und Gender-Übereinkommen, als zentrale Punkte des Friedensvertrages, ein. Die Landreform wird als ein zentrales Element des Friedens betrachtet, da der bewaffnete Konflikt in der historischen Ungleichheit beim Zugang zu Land und Kontrolle des Eigentums wurzelt. Eine

gerechte Verteilung von Land ist daher notwendig, um Armut und Marginalisierung zu verringern und die Entwicklungslücke zwischen den ländlichen und den städtischen Gebieten zu schließen. Kritik von Seiten des Kroc Instituts fällt dabei auf die fehlenden Initiativen und legislativen Vorschläge zur Landreform (Kroc Institute for International Peace Studies 2018a:17ff). Mit der Gerechtigkeit um Land geht auch der ethnische Gesichtspunkt einher. Beispielsweise wurde ein High-Level Forum mit Vertreterinnen von ethnischen Gruppen eingerichtet, als ein weiteres Kontrollorgan der Implementierung. Außerdem wurden ethnische Indikatoren erarbeitet um die Implementierung anhand dieses Gesichtspunktes messen zu können. Das Kroc Institut kritisiert dabei den fehlenden Informationsaustausch und fehlende Konsultationsprozesse zwischen diesem High-Level Forum und dem CSIVI. Außerdem wurden viele Maßnahmen für die Bedürfnisse von ethnischen Gruppen noch nicht umgesetzt (Kroc Institute for International Peace Studies 2018a:63). Das Kroc Institut kam zu dem Schluss, diese Herausforderungen rasch anzugehen würde in einem nachhaltigen Frieden und einer besseren Lebensqualität für die ländliche Bevölkerung und die Opfer des Konflikts resultieren. Vor allem wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Einbeziehung und das Engagement der gesamten kolumbianischen Gesellschaft dafür essentiell sind. Es wird empfohlen, einen Fokus auf institutionelle und strukturelle Transformation zu legen, vor allem in den ländlichen Regionen, mit verstärkter sozialer Einbindung und Partizipation. Die Berücksichtigung der Menschenrechte und Transparenz seien dafür unabdingbar. Im Vergleich zu 34 anderen weltweiten Friedensabkommen, die das Kroc Institut untersuchte, verläuft der kolumbianische Friedensprozess in durchschnittlicher Geschwindigkeit (ebd: 6f).

Der dritte Kroc-Bericht weist ähnliche Probleme und ein ähnliches Resultat auf. Mit 28. Februar 2019 waren 69% der Bestimmungen des Friedensvertrages zumindest im Prozess der

Implementierung, wobei nur 23% davon vollständig umgesetzt wurden (Kroc Institute for International Peace Studies 2019:10). Als eine der größten Herausforderungen im Implementierungsprozess verweist das Kroc Institut erneut auf fehlende Sicherheitsgarantien und Schutz für MenschenrechtsaktivistInnen und ehemalige FARC-KämpferInnen und deren Familien. Außerdem fehlte es nach wie vor an Strukturreformen für den ländlichen Raum Kolumbiens um die ungerechte Verteilung des Landbesitzes anzugehen. Dafür muss ein korrekt geführter Kataster eingerichtet werden, amtliche Besitzurkunden und einen gleichberechtigten Zugang zu Eigentum zwischen Männern und Frauen. Dieses zentrale Anliegen für die Verbesserung der Lebensqualität der ländlichen Bevölkerung und der Lösung eines der Ur-Konflikte des Krieges steht nach wie vor aus.

In den ersten zwei Jahren der Umsetzung wurden drei Instrumente der *justicia transicional* eingerichtet: die Wahrheitskommission, das Referat für die Suche nach vermissten Personen und die besondere Gerichtsbarkeit für den Frieden. Hier wurde fehlende finanzielle Integrität und Mechanismen zum Schutz der Betroffenen festgestellt (Kroc Institute for International Peace Studies 2019:132ff). Diese Instrumente der Übergangsjustiz sind jedoch zentral für die Umsetzung der Genderaspekte und der Rechte für die Opfer von sexueller Gewalt dar.

Eine der Forderungen des Friedensvertrages war die Gründung der *Instancia Especial para garantizar el enfoque de género en la implementación del Acuerdo Final* im Rahmen der CSIVI. Der *Primer Informe de la implementación del Enfoque de Género en los Acuerdos de Paz en Colombia para los verificadores internacionales* stellt ein Resultat dieser Forderung dar. Der Evaluierungszeitraum dieses Berichtes umfasst den Zeitraum seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages, 24. November 2016 bis 30. Mai 2018, und fokussiert die spezifische Situation der Frauen in den jeweiligen Bereichen und Phasen des

Postkonfliktprozesses (CINEP/CERAC 2018:1f). Der Genderfokus wird dabei als analytische Kategorie begriffen, die soziale Konstruktionen und den Diskurs der normativen Unterschiede zwischen Männer und Frauen, die ein ungleiches Machtverhältnis implizieren, manifestiert. In diesem Bericht wurde eine Verzögerung der Umsetzung des Genderfokus festgestellt (CINEP/CERAC 2018:33). Die größte Schwierigkeit bestehe in der fehlenden Erfassung von Daten der demokratischen und gesamtgesellschaftlichen Partizipation von Frauen am Friedensprozess. Aus dem Bericht geht ebenfalls hervor, dass bereits erste Dekrete, die Genderaspekte berücksichtigen, erlassen wurden, Die ersten Dekrete beziehen sich auf die Reintegration von Ex-KämpferInnen, ein Punkt bei dem die Differenzierung nach Gender entscheidend für den Erfolg ist. Im Mai 2017 präsentierte die Regierung das Gesetzesdekret 899 für die Einführung von Maßnahmen und Instrumenten für die kollektive und individuelle wirtschaftliche und soziale Wiedereingliederung der Mitglieder der FARC-EP. Es fehle jedoch an Strategien und Programmen im Rahmen des Wiedereingliederungsprozesses, obwohl im Gesetztes Dekret vorgesehen ist, dass alle Komponenten der Wiedereingliederung eine Gender-Differenzierung verlangen. Das betrifft spezifische Programme für Gesundheit, psychologische Unterstützung, Pension, Bildung, Berufsausbildung, kulturelle und künstlerische Initiativen und Sport, im Rahmen des Wiedereingliederungsprozesses. Es geht in dem Bericht deutlich hervor, dass das alleinige Erlassen von Verordnungen noch nicht ausreiche um den Friedensvertrag auch tatsächlich umzusetzen.

Das Kroc Institut untersuchte die verpflichtende Bestimmung des Friedensvertrages, die Teilhabe von Frauen in Leitungsfunktionen in Programmen und Institutionen, die während des Friedensprozesses eingerichtet wurden, sicherzustellen. Die neugegründeten Institutionen haben laut Kroc Institut einen Frauenanteil von 33 % (vgl. Fankhauser 2017). Bei den

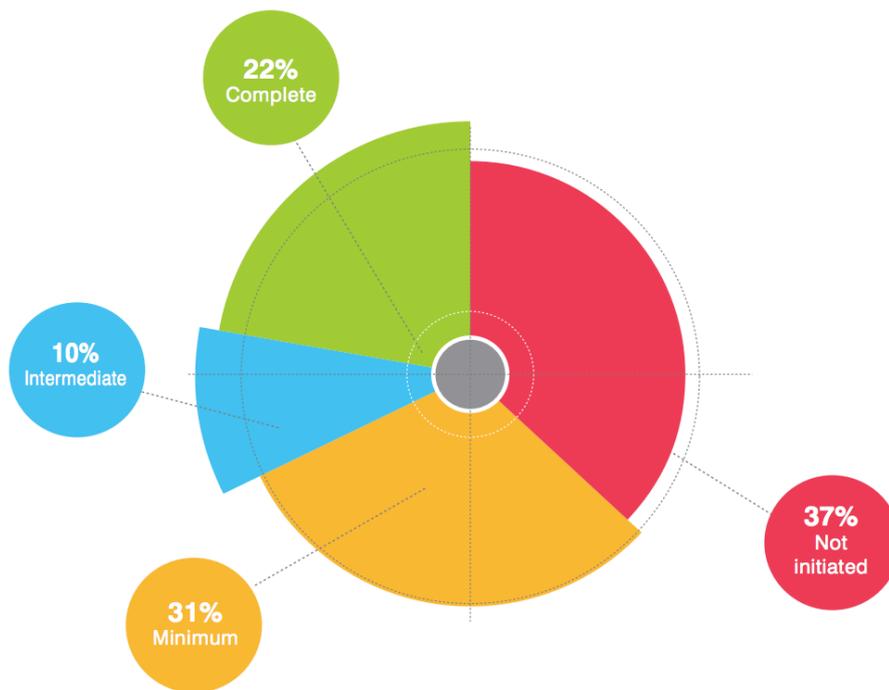
Gerichten der Sondergerichtsbarkeit für den Frieden (*Jurisdicción Especial para la Paz*) stellen Frauen 53%. Die *Jurisdicción Especial para la Paz* stellt einen Mechanismus der *justicia transicional* dar, über den über Beteiligte an dem bewaffneten Konflikt investigiert und geurteilt wird. Diese Justizkomponente untersucht und behandelt den Zeitraum des gesamten bewaffneten Konfliktes bis zur Annahme des Friedensabkommens im November 2016, und besteht aus einem Gericht, dem *Tribunal para la Paz*, und weiteren arbeitsgruppenähnlichen themenspezifischen „*Salas*“. Präsidentin ist Patricia Linares, die vom Auswahlausschuss für *Escogencia del Sistema de Verdad, Justicia y Reparación y No Repetición*, ernannt wurde.

Der erhöhte Frauenanteil ist als ein wichtiger Schritt auf dem Weg der Anerkennung der Rechte von Frauen zu betrachten. In anderen gegründeten Instanzen des Postkonfliktprozesses ist der Frauenanteil noch nicht erreicht, auch wenn das explizit im Friedensvertrag festgehalten wurde (vgl. Hasenstab 2018). Der Frauenanteil in den Programmen und Institutionen reicht natürlich nicht aus, vielmehr ist darauf zu achten ob der *enfoque de género* und die dementsprechenden Forderungen auch tatsächlich umgesetzt werden.

Der Spezialbericht zum Monitoring der Genderperspektive des Kroc Institutes untersuchte von den insgesamt 578 Bestimmungen des Vertrages, 130 Bestimmungen mit Genderperspektive (Kroc Institute for International Peace Studies 2018:12). Diese Bestimmungen verpflichten die kolumbianische Regierung und die FARC-EP zur Umsetzung konkreter Maßnahmen um die Führung und Beteiligung von Frauen und LGBTI-personen an Programmen und Institutionen sicherzustellen. UN Women identifizierte davon 100 Maßnahmen die einer legislativen Weiterentwicklung und eines Gesetzesvorschlages bedürfen. Die Analyse der Genderperspektive ergab, dass bis zum 30. Juni 2018 nur 4% der

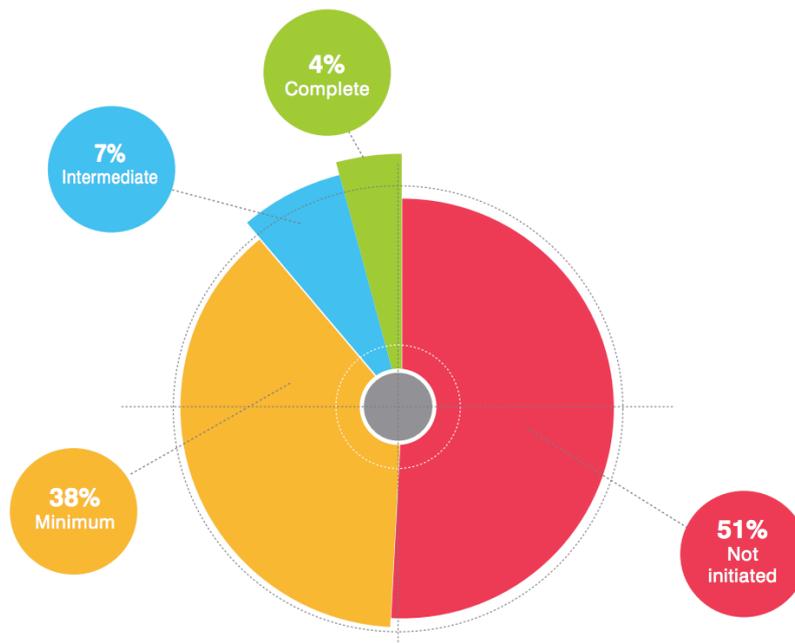
Verpflichtungen (fünf Bestimmungen) vollständig umgesetzt wurden. 7% hatten einen mittleren Umsetzungsstand erreicht, 38% wurden minimal umgesetzt und 51% der Verpflichtungen wurden noch gar nicht berücksichtigt (Kroc Institute for International Peace Studies 2018b:6). Die Umsetzungsrate der geschlechtsspezifischen Bestimmungen ist demnach erheblich geringer im Vergleich zu den allgemeinen Vereinbarungen. Die folgenden Graphiken sollen diese Implementierungslücke veranschaulichen.

*Abbildung 2: Implementierung der 578 der allgemeinen Bestimmung (Juni 2018)*



*(Kroc Institute for International Peace Studies 2018b:15)*

*Abbildung 3: Implementierung der 130 Bestimmungen mit Genderperspektive (Juni 2018)*



*(Kroc Institute for International Peace Studies 2018b:16)*

Während 51% der Bestimmungen mit Genderperspektive noch nicht mit der Umsetzung begonnen haben, sind es im Vergleich zu den allgemeinen Bestimmungen nur 37%. Das macht eine Umsetzungslücke von 14%.

Bei genauerer Betrachtung sind die Bereiche mit der geringsten Umsetzungsrate in Bezug auf die Genderperspektive, Punkt 1 des Friedensvertrages zu umfassenden Reformen des ländlichen Raums, Punkt 2 zur politischen Partizipation und Punkt 4 zur Lösung des Problems der illegalen Drogen (vgl. Kroc Institute for International Peace Studies 2018b). Diese Punkte sind von grundlegender Bedeutung, um einen strukturellen Wandel zu erreichen, der die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen und die wirksame Wahrnehmung der Menschenrechte ermöglicht.

Es ist allerdings anzumerken, dass es bei der Umsetzung der Bestimmungen auf minimalem oder mittleren Umsetzungsstand (das macht insgesamt 45% wie in Abbildung 3 veranschaulicht), Fortschritte zu beobachten waren. Das betrifft zum Beispiel die Umsetzung der Bestimmung zum Landbesitz für Frauen. Ein Großteil des Landes wurde noch nicht betitelt, somit konnten die Verpflichtungen nicht vollständig umgesetzt werden, jedoch wurden bis Dezember 2017, 44% der Landtitel an Frauen vergeben. (Kroc Institute for International Peace Studies 2018b:18).

Zu den fünf bereits umgesetzten Bestimmungen wurden zwei davon mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft durchgeführt (Kroc Institute for International Peace Studies 2018b:18). Eine dieser Bestimmungen ist die Einführung eines *Special High Level Forum for the Implementation of the Gender Perspective Approach* mit acht VertreterInnen von kolumbianischen Frauenorganisationen. Das *High Level Forum* wurde im Juli 2017 erstellt und trifft sich regelmäßig. Eine weitere Bestimmung, die mit internationaler Unterstützung umgesetzt wurde, betrifft die *International Accompaniment monitoring the implementation of the gender perspective approach*, ein weiteres internationales Gremium, zur Überprüfung der Implementierung des Genderfokus. Die anderen bereits umgesetzten Bestimmungen beziehen sich auf die Einsetzung der fünf Kommissarinnen in der Kommission für Wahrheit, Zusammenleben und Nicht-Wiederholung; eine Evaluierung zur Identifizierung der Hürden der Ausübung des Wahlrechts aus geschlechtsspezifischer Perspektive; und die Einhaltung der Regeln des Waffenstillstandes.

Ein Vergleich der Umsetzungsrate der allgemeinen Bestimmungen (22%) und der Bestimmungen mit Genderperspektive (4%) ergeben eine Umsetzungslücke von 18% (Kroc Institute for International Peace Studies 2018b:18). Das Kroc Insitut verweist auf die

Dringlichkeit eine Lösung für die Umsetzung der restlichen Bestimmungen mit Genderperspektive zu finden.

Eine weitere Herausforderung ist die Reintegration ehemaliger FARC-KämpferInnen. Das CSIVI kam zu dem Ergebnis (CINEP/CERAC 2018:34ff), dass in den jeweiligen Reintegrationszonen, in denen Ex-KämpferInnen vorbereitet werden sollen, genderspezifische Bedürfnisse weder bei der Infrastruktur noch beim Angebot an Bildung berücksichtigt werden. Es wurde festgestellt, dass jegliche Betreuungsangebote für Frauen mit Kindern fehlen, was zu einer Benachteiligung gegenüber ihren Mitkämpfern führt. Außerdem seien zwar Dekrete erlassen worden, die den Forderungen der Gender-Unterkommission in diesen Punkten nachkommen soll, es fehle jedoch vielerseits die Finanzierung um diese Projekte auch tatsächlich umsetzen zu können (ebd). Zum Thema politische Beteiligung und Empowerment von Frauen weist der CSIVI Bericht auf die Wichtigkeit der Förderung von Frauen für die Programme zum territorialen Fokus, die in dem Friedensvertrag festgelegt wurden. Insbesondere unterstreicht das Evaluierungsergebnis den ethnischen und Genderfokus für die territoriale Partizipation. Außerdem wurden bei der Inklusion der LGBTI-Bevölkerung bei den Programmen der territorialen Partizipation ein Fehlen der Maßnahmen festgestellt (CINEP/CERAC 2018:43ff). Eine weitere Empfehlung betrifft die Sicherstellung von Toleranz und Nicht-Stigmatisierung aufgrund politischer oder sozialer Unterschiede. Zwar wurde ein Dekret erlassen, für die Gründung eines *Consejo de Paz, Reconciliación y Convivencia*, das einen differenzierten Zugang im Sinne von Gender, Frauen, Alter, ethnische Gruppen, bäuerliche Gemeinschaften, Opfer, sexuelle Identitäten und körperliche Beeinträchtigungen sicherstellen soll, und zudem einen Fokus auf spezifische Situationen von Frauen, Kinder und Jugendliche. Allerdings wurde bei diesem bereits

eingesetzten Rat eine reine Partizipation von Frauen festgestellt und fehlende Differenzierung.

Weitere Verbesserungen werden im Bereich der Garantie der Sicherheit in der politischen Ausübung empfohlen. Auch das Kroc Institut weist auf die alarmierende Situation in Bezug auf den Schutz und die Sicherheit von Gemeinschaften. Es wurden vermehrt Ermordungen von ehemaligen FARC-KämpferInnen, MenschenrechtsaktivistInnen, indigene und afrokolumbianische Führungspersönlichkeiten festgestellt (Kroc Institute for International Peace Studies 2018a:15). Außerdem kämpfen verschiedene bewaffnete Gruppen, kriminelle Banden und die ELN nach wie vor über die Kontrolle des Drogenhandels und illegaler Anbaukulturen. Zudem ergibt der Bericht einen Anstieg der sexuellen Gewalt und der SGBV. Somit wird klar, dass besonders die Dynamiken der ländlichen Gebiete noch weit vom Ziel entfernt sind. Um diese Gefahr überwinden zu können braucht es weitere und konsequente Aktionen im ländlichen Raum. In Anbetracht der konstanten Bedrohungen und Ermordungen wird deutlich, dass die Implementierung noch viele Herausforderungen überwinden muss.

Zweifelsohne hat der Friedensprozess erst begonnen und die Umsetzung in Bezug auf den Genderfokus stellt eine große Herausforderung dar. Zwar wurden bereits viele Punkte erreicht, doch besonders im ländlichen Raum sind viele dieser Maßnahmen noch nicht angekommen bzw. konnten Effekte nicht festgestellt werden. Der ländliche Raum war seit jeher ein umstrittenes Kriegsgebiet und die ländliche Bevölkerung war eine der Hauptbetroffenen des bewaffneten Konfliktes. Es liegt auf der Hand, dass diese über Jahrzehnte verfestigten Strukturen, nicht in kürzester Zeit zu einem nachhaltigen Frieden transformiert werden können. Die größte Herausforderung besteht wohl darin, einen

kulturellen und gesellschaftlichen Mentalitäts- und Strukturwandel herbeizuführen. Es reicht nicht aus, den Frauenanteil in Institutionen zu erhöhen und Partizipation von Frauen zu fördern, vielmehr braucht es eine gesellschaftliche Transformation um die Ursachen der Gewalt und der SGBV zu bekämpfen. Zudem ist die Bekämpfung der Ursachen für die drastischen sozialen Ungleichheiten und die Etablierung eines inklusiven demokratischen Systems unabdingbar. Eine aktive und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen ist dabei nur die Grundvoraussetzung. Nicht zuletzt sind es die tiefgreifenden patriarchalen Strukturen, die es aufzubrechen gilt, um eine tatsächliche Umsetzung des Friedensvertrages und somit die Nachhaltigkeit des Friedens sicherzustellen.

## 10. Ergebnisse

Der andauernde bewaffnete Konflikt, über mehr als 50 Jahre, hat tiefgreifende humanitäre Konsequenzen und verlangt viele Opfer. Die Betroffenheit ist vielseitig und vor allem sind Männer und Frauen unterschiedlich vom Bürgerkrieg betroffen. Ein wesentlicher Unterschied ist, dass Frauen besonders von sexualisierter und gender-basierter Gewalt betroffen sind. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu beachten, dass Frauen und Männer unterschiedliche Rollen einnehmen, zwischen und untereinander, und sind Teil eines komplexeren Konfliktbildes. Frauen sind nicht nur Opfer, sondern auch Friedensstifterinnen und Friedensakteurinnen, Kämpferinnen und Täterinnen von Gewaltverbrechen. Ein nachhaltiger Frieden kann nur dann garantiert werden, wenn im Rahmen der Umsetzung des Friedens auf diese Unterschiede eingegangen wird.

Seit der Annahme des Friedensabkommens am 30. November 2016 ist die Vollständige Umsetzung des Abkommens bis dato ausgeblieben. In den letzten zwei Jahren der Postkonfliktphase wurden zwar viele Unternehmungen dazu angestellt, jedoch nur mit limitiertem Erfolg. Zudem wurde im August 2018 ein rechtskonservativer Präsident, Iván Duque, angelobt, der die Umsetzung des Friedensvertrages einstweilen auf Eis legte. Mit der Partei *Centro-Democrático* an der Spitze kann außerdem davon ausgegangen werden, dass die Umsetzung des *enfoque de género* nur schwierig vorankommen wird. Außerdem haben sich die Mehrheitsverhältnisse im Kongress geändert. Die Kräfte, die sich gegen den *enfoque de género* im Friedensvertrag ausgesprochen haben, sind mehrheitlich vertreten (vgl. Hasenstab 2018).

Die Aufnahme des *enfoque de género* in den Friedensvertrag ist dem langjährigen Engagement der Frauen-, feministischen und LGBTI-Organisationen zu verdanken, die sich schon seit Jahrzehnten für die Ausverhandlung des Friedens und die Rechte von Frauen und marginalisierte Gruppen einsetzten. Diese langjährige Arbeit gipfelte in dem *Cumbre Nacional de Mujeres y Paz*, der u.a. von zentralen Organisationen und Netzwerken für den Frieden und die Teilnahme von Frauen, auf die Beine gestellt wurde. Dieser und der zweite Frauengipfel aus dem Jahr 2016 ist als zentrales Sprachrohr zu begreifen mit dem gezielt Druck auf die Regierung ausgeübt wurde um einerseits die Friedensverhandlungen voranzubringen und andererseits um die Rechte der Frauen zu reklamieren und die Teilnahm von Frauen im Friedensprozess zu fördern. Für die Entstehung des Frauengipfels spielte außerdem das Netzwerk *Ruta Pacífica de Mujeres* eine wichtige Rolle, das schon in den 1990er Jahren die Frauenbewegung mitgetragen und sich für eine friedliche Ausverhandlung des Konfliktes eingesetzt hatte.

Auf dem *Cumbre Nacional de Mujeres y Paz* wurde ein umfangreicher Forderungskatalog für die Umsetzung des Friedens erarbeitet, der die Rolle der Frauen in allen 6 Bereichen des Friedensvertrages reflektierte und einbrachte. Der Frauengipfel und die eingebrachten Forderungen haben maßgeblich zur Einrichtung der *Subcomisión de Género* beigetragen. Die Gender-Unterkommission hat die Forderungen der Frauen aufgenommen und größtenteils in das finale Friedensabkommen eingebracht. Der *enfoque de género* im Friedensvertrag ist der *Cumbre Nacional de Mujeres y Paz* und in Folge der *Subcomisión de Género* zu verdanken.

Generell ist anzumerken, dass die Genderperspektive in einem Friedensvertrag ein Unikum im internationalen Vergleich darstellt. Daher ist es auch schwierig einzuschätzen, wie die

Implementierung des Vertrages mit Genderperspektive voranschreiten wird. Die *Subcomisión de Género* ist die erste weltweit und in vorherigen Friedensprozessen findet die explizite Partizipation von Frauen, das Respektieren der Rechte der Frauen und die Aufarbeitung der geschlechtsspezifische Konflikterfahrung kaum oder gar keine Berücksichtigung. Die Einrichtung dieser spezifischen Unterkommission kann als effektives Instrument für die Gender-Inklusion im Friedensprozess und als Errungenschaft bezeichnet werden, bei der der *Cumbre Nacional de Mujeres y Paz* einen entscheidenden Einfluss hatte.

Durch den Erfolg der Frauen besteht einerseits Optimismus, andererseits besteht die Befürchtung, dass die Aufarbeitung dem Einfluss der GegnerInnen unterlegen ist. Tatsächlich geht die Implementierung nur stockend voran, 23% des Vertrages wurden mit Februar 2019 vollständig umgesetzt. Mit Juni 2018 waren nur 4% der Genderaspekte umgesetzt. Jedoch ist in Kolumbien ein Fortschritt zu erkennen, bei der Gesetzeslage im Zusammenhang mit sexualisierter Gewalt, Feminiziden oder Antidiskriminierungen.

Nichtsdestotrotz werden Frauen-, feministische und LGBTI-Organisationen, gestützt von der internationalen Gemeinschaft und UN Women, an ihren jahrzehntelangen Forderungen und Errungenschaften festhalten.

## 11. Literaturverzeichnis

Abrahamyan, Milena. 2017. Tough Obedience: How Is Militarized Masculinity Linked with Violence in the Army? Heinrich Böll Stiftung / South Caucasus - Feminism and Gender Democracy.

Abgerufen 1. Mai 2019 (<http://feminism-boell.org/en/2017/02/08/tough-obedience-how-militarized-masculinity-linked-violence-army>).

Alison, Miranda. 2009. Women and political violence: Female combatants in ethno-national conflict. Routledge.

Alto Comisionado para la Paz. 2019. Mesa de conversaciones con las FARC-EP.

Abgerufen 13. März 2019 (<http://www.altocomisionadoparalapaz.gov.co/procesos-y-conversaciones/Paginas/mesa-de-conversaciones-con-las-farc-ep.aspx>)

Alvarez, Sonia E. 1999. Advocating feminism: The Latin American feminist NGO'boom'. International Feminist Journal of Politics 1(2):181–209.

amerika21. 2019. UN-Sicherheitsrat untersucht Friedensprozess in Kolumbien. Juli 15.

Abgerufen 9. August 2019 (<https://amerika21.de/2019/07/228853/un-sicherheitsrat-besucht-kolumbien>).

amerika21. o. J. Friedensprozess in Kolumbien.

Abgerufen 3. Mai 2019 (<https://amerika21.de/dossier/friedensgespraeche-kolumbien>).

Amnesty International. 2018. Amnesty International Report 2017/18. Jahresbericht. Amnesty International.

Anliker, Nicole und Nina Belz. 2016. Ein neuer Friedensvertrag für Kolumbien. Neue Züricher Zeitung, November 13.

Avilés, William. 2006. Paramilitarism and Colombia's low-intensity democracy. *Journal of Latin American Studies* 38(2):379–408.

Bouvier, Virginia M. 2016. Gender and the role of women in Colombia's peace process. *UN Women*.

Castillo, Luis Carlos. 2007. Nuevos sujetos étnicos en Colombia. Las comunidades negras y la lucha por sus territorios y su visibilidad en las estadísticas. M. López, C. Figueroa y B. Rajland, *Temas y procesos de la historia reciente de América Latina* 147–70.

Chetail, Vincent. 2009. *Post-conflict peacebuilding: A lexicon*. OUP Oxford.

Chomsky, Noam. 2000. The Colombia Plan: April 2000. *INNOVAR*, revista de ciencias administrativas y sociales.

CINEP/CERAC. 2018. Primer Informe de la implementación del Enfoque de Género en los Acuerdos de Paz en Colombia para los verificadores internacionales Felipe González y José Mujica (A.F. 6.3.2), la CSIVI y el Fondo Multidonante de las Naciones Unidas para el Posconflicto. Bogotá: CINEP/CERAC.

Colletta, Nat J., Markus Kostner, und Ingo Wiederhofer. 1996. *Case studies in war-to-peace transition: The demobilization and reintegration of ex-combatants in Ethiopia, Namibia, and Uganda*. The World Bank.

Cumbre Nacional de Mujeres y Paz II. 2016. Oportunidades y desafíos para las mujeres en la implementación del acuerdo final para la terminación del conflicto y la construcción de una paz estable y duradera. Bogotá.

Douglas, Sarah and Felicity Hill. 2004. *Getting it right, doing it right: Gender and disarmament, demobilization and reintegration*. United Nations Development Fund for Women.

Equipo Paz Gobierno. 2016. Comunicado Conjunto 82 - Enfoque de género en acuerdos de paz de la Habana. Juli 24.

Abgerufen 21. Mai 2019

(<http://equipopazgobierno.presidencia.gov.co/prensa/Paginas/comunicado-conjunto-82-enfoque-genero-acuerdos-paz-habana-colombia.aspx>).

Eriksson Baaz, Maria und Maria Stern. 2013. Sexual violence as a weapon of war? Perceptions, prescriptions, problems in the Congo and beyond.

Fankhauser, Ann-Seline. 2017. Die Frauen und der Frieden in Kolumbien. ask - Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Dezember 20.

FARC-EP. 1982. Conclusiones de organización de la Séptima Conferencia Nacional de las FARC-EP.

Abgerufen 1. September 2016 (<http://www.farc-ep.co/septimaconferencia/conclusiones-de-organizacion-de-la-septima-conferencianacional-de-las-farc-ep.html>)

FARC-EP. 1993. Programa Agrario de los Guerilleros de las FARC-EP.

Abgerufen 1. Juni 2016

([http://www.archivochile.com/America\\_latina/Doc\\_paises\\_al/Co/farc/al\\_farc0007.pdf](http://www.archivochile.com/America_latina/Doc_paises_al/Co/farc/al_farc0007.pdf)).

FARC-EP. 2016. Quiénes somos y por qué luchamos.

Abgerufen 1. Juni 2016 (<https://moscovita.org/mosconews/farc-ep-quienes-somos-y-por-que-luchamos/>).

Giraldo, Saridalia. 2012. Demobilized women combatants: Lessons from Colombia.

Gobierno Nacional, FARC-EP. 2016. Acuerdo final para la terminación del conflicto y la construcción de una Paz estable y duradera.

Abgerufen 21. Mai 2019 (<http://www.altocomisionadoparalapaz.gov.co/procesos-y-conversaciones/Paginas/Texto-completo-del-Acuerdo-Final-para-la-Terminacion-del-conflicto.aspx>).

Gonzalez, Charity Coker. 2000. Agitating for their rights: The Colombian women's movement, 1930-1957. *Pacific Historical Review* 69(4):689–706.

González, Fernán E. 2004. The Colombian conflict in historical perspective. *Conciliation Resources* (Accord issue: 14).

Gutiérrez Sanín, Francisco. 2004. Criminal rebels? A discussion of war and criminality from the Colombian experience. *Politics and Society* (32):257–58.

Hasenstab, Mona. 2018. Der Friedensvertrag aus der Genderperspektive. *Kolumbien Blog: Frieden im Fokus*.

Abgerufen 1. Dezember 2018 ([https://blogs.fu-berlin.de/kolblog/mona\\_hasenstab/](https://blogs.fu-berlin.de/kolblog/mona_hasenstab/)).

Heinz, Wolfgang S. 1997. Die kolumbianische Verfassung. *Kolumbien heute: Politik, Wirtschaft, Kultur*. Frankfurt am Main: Vervuert Verlag 137–47.

Helfrich, Linda und Sabine Kurtenbach. 2006. *Kolumbien - Wege aus der Gewalt: Zur Frage der Transformation lang anhaltender Konflikte*.

Abgerufen 9. August 2019 (<https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/26029>).

Herbolzheimer, Kristian. 2016. *Innovations in the Colombian Peace Process*. NOREF Norwegian Peacebuilding Resource Centre.

Hernández, Andrés und Ana Carolina González. 2016. *Colombia's Peace Process ends an accountable extractives industry*. Open Society Foundations, April 14.

Huhle, Teresa. 2017. *Frauen und Geschlechterbeziehungen*. *Kolumbien heute*.

Human Development Reports. 2018. *Gender Inequality Index*.

Abgerufen 10. April 2019 (<http://hdr.undp.org/en/composite/GII>).

ICTJ. 2019. ICTJ - justicia, verdad, dignidad.

Abgerufen 8. August 2019 (<https://www.ictj.org/es/quienes-somos>).

Jens, Alke. 2016. Vertreibung als Strategie: Landkonflikte in Kolumbien. PERIPHERIE–Politik• Ökonomie• Kultur 32(126–127).

Kaas, Rabea. 2017. „Drogenhandel und -bekämpfung in Kolumbien“. Kolumbien Blog: Frieden im Fokus.

Abgerufen 6. August 2019 ([https://blogs.fu-berlin.de/kolblog/rabea\\_kaas2/](https://blogs.fu-berlin.de/kolblog/rabea_kaas2/)).

Kaufman, Joyce P. und Kristen P. Williams. 2013. Women at war, women building peace: Challenging gender norm. Kumarian Press Boulder, CO.

Kilroy, Walt. 2015. Reintegration of ex-combatants after conflict: Participatory approaches in Sierra Leone and Liberia. Springer.

König, Hans-Joachim. 2008. Kleine Geschichte Kolumbiens. München: C. H. Beck.

Kroc Institute for International Peace Studies. 2017. Informe sobre el estado efectivo de implementación del acuerdo de paz en Colombia. Kroc Institute for International Peace Studies.

Kroc Institute for International Peace Studies. 2018a. Special Report of the Kroc Institute and the International Accompaniment Component, UN Women, Women’s International Democratic Federation, and Sweden, on the monitoring of the Gender Perspective in the Implementation of the Colombian Final Peace Accord. Special Report. Bogotá: Kroc Institute for International Peace Studies.

Kroc Institute for International Peace Studies. 2018b. State of Implementation of the Colombia Peace Agreement December 2016-May 2018. Policy Brief - Report Two. Kroc Institute for International Peace Studies.

Kroc Institute for International Peace Studies. 2019. Estado efectivo de implementación del Acuerdo de Paz de Colombia 2 años de implementación. Policy Brief - Report Three. Bogotá: Kroc Institute for International Peace Studies.

Lainer, Nadine Isabelle. 2016. Diarmament, demobilization and reintegration of women ex-combatants of the FARC: Challenging militarized masculinity through gender-responsive DDR programming in Colombia.

Lengert, Kristofer. 2013. Todesschwadronen, Selbstverteidigungsgruppen und kriminelle Banden. Chimären paramilitärischer Strukturen in Kolumbien. S. 101–21 in Kolumbien: Vom Failing State zum Rising Star? Ein Land zwischen Wirtschaftswunder und humanitärer Krise. Berlin: Hrsg. von Graaff, David/ Heins, Miriam/ Henkel, Cathy/ Ludwig, Marie/ Schauenberg, Tim/ Steger, Rebecca/ Thema, Johannes.

Lopes, Hayley. 2011. Militarized Masculinity in peacekeeping operations: An obstacle to Gender Mainstreaming.

McDougall, Alex. 2009. State power and its implications for Civil War Colombia. *Studies in Conflict & Terrorism* 32(4):322–45.

Meacham, Carl, Douglas Farah, und Robert D. Lamb. 2014. Colombia: Peace and stability in the post-conflict era. Rowman & Littlefield.

Meertens, Donalda Jeanine. 1997. Tierra, violencia y género: Hombres y mujeres en la historia rural de Colombia 1930-1990. Nijmegen: Katholieke Universiteit Nijmegen, Derde Wereld Centrum ....

MilitaryBudget.org. 2019. MilitaryBudget.org/Colombia.  
Abgerufen 3. Jänner 2019 (<http://militarybudget.org/colombia/>).

Munevar, Neider. 2018. Interview der Autorin.

Muñoz Pallares, Margarita und Claudia Cecilia Ramírez Cardona. 2013. Cumbre Nacional de Mujeres y Paz. Sistematización. Cumbre Nacional de Mujeres y Paz.

OIDHACO. 2013. Extractive industries, natural resources and Human Rights in Colombia.

Oxfam Internacional. 2009. La violencia sexual en Colombia. Un arma de guerra. Oxfam Internacional.

PeaceWomen Across the Globe. 2017. Ohne Frauen keinen Frieden - der Friedensprozess in Kolumbien.

Abgerufen 1. Mai 2019

([https://www.1000peacewomen.org/admin/data/files/page\\_section\\_file/file/156/2017\\_de\\_new\\_sletter\\_web.pdf?lm=1498139620](https://www.1000peacewomen.org/admin/data/files/page_section_file/file/156/2017_de_new_sletter_web.pdf?lm=1498139620)).

Pearce, Jenny. 2004. Beyond the perimeter fence: Oil and armed conflict in Casanare, Colombia.

Randeria, Shalini. 2009a. Ökologische Governance. Zwangsumsiedlung und Rechtspluralismus im (post-) kolonialen Indien. FEMINA POLITICA–Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 18(2):41–51.

Randeria, Shalini. 2009b. Transnationalisierung des Rechts und der "listige Staat" in Indien.

Randeria, Shalini und Andreas Eckert. 2009. Vom Imperialismus zum Empire: Nicht-westliche Perspektiven auf Globalisierung. Bd. 2548. University of Zurich.

Redacción El País. 2012. ¿Quiénes son los negociadores de las Farc y el Gobierno para el proceso de paz? El País, Oktober 17.

Abgerufen 8. August 2019 (<https://www.elpais.com.co/judicial/quienes-son-los-negociadores-de-las-farc-y-el-gobierno-para-el-proceso-de-paz.html>).

Redacción El Tiempo. 2006. El 64% de hogares rurales no cuentan con acceso a la tierra. El Tiempo, November 26.

Abgerufen 28. Dezember 2018 (<https://www.eltiempo.com/economia/sectores/desigualdad-en-la-propiedad-de-la-tierra-en-colombia-32186>).

Ross, Michael. 2003. Natural Resources and Civil War: An overview. World Bank Research Observer.

Ruta Pacífica de las Mujeres. 2019. Ruta Pacífica de las Mujeres.

Abgerufen 25. Mai 2019 (<https://www.rutapacific.org.co/ruta-pacific>).

Ruta Pacífica de las Mujeres. o. J. Colombian Women's Truth and Memory Commission. Cali.

Abgerufen 10. Mai 2019

(<http://www.rutapacific.org.co/descargas/comisionverdad/TruthandMemoryCommission.pdf>).

Salvesen, Hilde und Dag Nylander. 2017. Towards an inclusive peace: Women and the gender approach in the Colombian peace process. NOREF Norwegian Centre for Conflict Resolution.

Sánchez, Fabio, Ana María Díaz, und Michel Formisano. 2003. Conflicto, violencia y actividad criminal en Colombia: Un análisis espacial. CEDE.

Sánchez Gómez Abelardo Carrillo Urrego, Olga Amparo, Jose Giovany Babativa Márquez María del Pilar Rengifo, und Liliana Silva Miguez. 2017. Survey on the Prevalence of Sexual Violence against Women in the Context of the Colombian Armed Conflict 2010-2015. Bogotá: Campaign - Rape and other violence: Take my body out of war.

Semana. 2016. Los comandantes me obligaban a estar con ellos a la fuerza. Semana.

Abgerufen 1. Juni 2019 (<https://www.semana.com/nacion/articulo/violencia-sexual-en-las-farc-fiscalia-presenta-informe/483340>).

UN Women. 2012. Women's participation in Peace Negotiations: Connections between presence and influence. UN Women Sourcebook on Women, Peace and Security.

UN Women. 2018a. Beteiligung von Frauen an allen Aspekten von Friedens- und Sicherheitspolitik.

Abgerufen 2. Mai 2019 (<https://www.unwomen.de/schwerpunkte/beteiligung-von-frauen-an-alle-aspekten-von-friedens-und-sicherheitspolitik.html>).

UN Women. 2018b. Women's Meaningful Participation in Negotiating Peace and the Implementation of Peace Agreements. New York.

Abgerufen 10. April 2019 (<http://www.unwomen.org/-/media/headquarters/attachments/sections/library/publications/2018/egm-womens-meaningful-participation-in-negotiating-peace-en.pdf?la=en&vs=3047>).

UNDDR. 2018. Disarmament, demobilization and reintegration.

Abgerufen 10. Mai 2019 ([http://www.unddr.org/what-is-ddr/introduction\\_1.aspx](http://www.unddr.org/what-is-ddr/introduction_1.aspx)).

UNHCR. 2012. Sexual Gender Based Violence (SGVB).

Abgerufen 20. April 2019

([https://www.acnur.org/fileadmin/Documentos/RefugiadosAmericas/Colombia/2012/Colombia\\_Situation\\_SGVB\\_-\\_2012.pdf](https://www.acnur.org/fileadmin/Documentos/RefugiadosAmericas/Colombia/2012/Colombia_Situation_SGVB_-_2012.pdf)).

United Nations Security Council. 2008. Resolution 1820.

Abgerufen 17. Mai 2019

([https://www.un.org/en/ga/search/view\\_doc.asp?symbol=S/RES/1820\(2008\)](https://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/RES/1820(2008))).

United Nations Security Council. 2019a. Resolution 2377.

Abgerufen 17. Mai 2019 ([https://undocs.org/S/RES/2467\(2019\)](https://undocs.org/S/RES/2467(2019))).

United Nations Security Council. 2019b. Resolution 2467.

Abgerufen 20. Juni 2019 (<http://unscr.com/files/2017/02377.pdf>).

UN-OCHA. 2013. Colombia. Issue 14 (1-31 March). OCHA - UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs.

Valencia, Olga Lucía und María Fernanda Daza. 2010. Vinculación a grupos armados: un resultado del conflicto armado en Colombia. *Diversitas: Perspectivas en psicología* 6(2):429–39.

Von Gall, Anna. 2017. Kolumbien als feministische Vorreiterin - leider nicht in der Praxis. Heinrich Böll Stiftung / Gunda Werner Institut - Feminismus und Geschlechterdemokratie. Abgerufen 15. Mai 2019 (<https://www.gwi-boell.de/de/2017/08/03/kolumbien-als-feministische-vorreiterin-leider-nicht-der-praxis>).

Zenth, Marga. 2016. Der enfoque de género im Friedensabkommen. Kolumbien Blog: Frieden im Fokus. Abgerufen 2. Mai 2019 (<https://blogs.fu-berlin.de/kolblog/2016/12/>).

## 12. Annex

Forderungen des Cumbre Nacional de Mujeres y Paz<sup>7</sup>

---

<sup>7</sup> (Muñoz Pallares and Cardona 2013)

Punto de la Agenda / Grupo poblacional	Propuesta	Mesa
<b>1. IMPLEMENTACIÓN</b>		
1. Política de desarrollo agrario integral Mesas 2, 5, 7, 8	Reforma agraria: 1) redistribución del territorio, enfatizando en la devolución de tierras a las comunidades indígenas y afrodescendientes –como ya lo exigen varias sentencias judiciales-. Esta redistribución del territorio deberá tomar en cuenta las particularidades de cada región, pues existen conflictos por el territorio y podría profundizarse la polaridad entre diferentes actores. 2) organización de la economía nacional desde una vocación territorial: reorganizar la actividad agrícola del país de acuerdo a las características del territorio en términos de producción. La tierra sería entregada a campesinos, afrodescendientes y comunidades indígenas, por lo cual se fortalecerían las zonas de reserva campesina. 3) Que en esta redistribución de la tierra se le asigne un 50% de las tierras a las mujeres de los sectores señalados.	8
	Garantizar la soberanía alimentaria con siembra de semillas nativas	8
	Proteger Zonas de Reservas Campesinas y su normalización a nivel público.	7
	Promover una ley de reforma agraria y desarrollo rural con enfoque de género, que asegure entre otros temas la tenencia de tierra para las mujeres.	2
	Recuperar la soberanía nacional regulando la presencia de las multinacionales y construyendo una política de defensa del territorio y la producción agraria.	5
	Promover una política de re-ordenamiento territorial, con enfoque de género, que asegure entre otros temas la tenencia de tierra para las mujeres.	2
	2. Participación política Mesas 1, 2, 3, 4, 6, 7, 8, 9, 10, 11	Reformar el sistema electoral para que se garantice más claridad en los procesos electorales y la paridad en todos los organismos de representación.
Apoyar los movimientos políticos que surjan después del acuerdo con garantías de seguridad para el ejercicio de la política de quienes se reincorporan y de las organizaciones sociales que apoyan estos procesos políticos. Este escenario debe contemplar la protección de las mujeres en los ámbitos de participación política locales.		
Exigir a los candidatos y candidatas incluir propuestas de gobierno, proyectos a favor de la construcción de paz.		7
Comisión de mujeres para hacer incidencia en la comisión del Congreso en la discusión de la ley marco.		6
Fortalecer el empoderamiento de las mujeres con el fin de garantizar la participación efectiva de la mujer. Creación de un propio movimiento social de mujeres en la política.		7
Apoyo para la creación de instituciones, organizaciones y partidos políticos de mujeres. Para alcanzar este objetivo es necesario contar con una reingeniería de la estructura del Estado Colombiano		11
La representación de jóvenes comunistas sugiere la participación de las mujeres en la implementación de la política pública y de presupuestos reales para su aplicación en los territorios y en las mujeres.		9
Acto legislativo que legitime el 50% de participación de la mujer en la distribución política, económica y social,		4
Reforma del estatuto electoral, que incluya bajar el umbral del 3 al 2%.		4
Creación de una circunscripción especial para minorías políticas, diversidad sexual y mujeres como se hace con los pueblos indígenas y afros.		4
Reforma al estatuto orgánico de seguridad nacional y al de Seguridad y Ciudadanía que no criminalice y garantice la participación de los movimientos sociales y que brinde garantías para la movilización ciudadana.		4
Se deben reglamentar las leyes a favor de la mujer		7
Mecanismo que garantice la participación de mujeres en todos los momentos de construcción de la paz con poder de decisión. Este mecanismo incluirá un cronograma y presupuesto, articulado con el orden local, con voceras elegidas por las organizaciones de mujeres, que integre a los diferentes sectores e identidades (víctimas, grupos étnicos y generacionales, orientaciones sexuales y ex combatientes).		1
Asegurar que la cuota del 30% de mujeres en cargos públicas sea una realidad		
Cualificar la participación de las mujeres en los consejos regionales y municipales de paz		1
Garantizar la participación de las mujeres (al menos 50%) en los consejos municipales de paz departamentales y nacionales		8

Punto de la Agenda / Grupo poblacional	Propuesta	Mesa
2. Participación política Mesas 1, 2, 3, 4, 6, 7, 8, 9, 10, 11	Realizar cumbres locales de mujeres por la paz, que garanticen una mayor participación en la construcción de sus propuestas, teniendo en cuenta la discusión de la cumbre nacional.	1
	Fortalecer políticamente el movimiento de mujeres, en lo local y nacional, para garantizar un seguimiento efectivo del acuerdo de paz.	1
	Un año de diálogo político-popular con las mujeres desde las regiones a lo nacional. Esto debe hacerse con el presupuesto nacional y recurso público.	7
	Inclusión democrática de las mujeres de todos los sectores en los diversos escenarios de la sociedad y el Estado colombiano.	1
	Fortalecer a las mujeres indígenas y afrocolombianas para promover su participación, tanto en sus instituciones propias como en los entes territoriales, con énfasis en el empoderamiento de las mujeres jóvenes.	1
	Mejorar los mecanismos de participación democrática y el acceso real de las mujeres a estos mecanismos.	3
	Capacitación y formación en política pública y derechos humanos a las mujeres incluyendo adolescentes y jóvenes, por medio de diplomados y educación formal.	9
	Creación de mesas regionales y subregionales, que incluyan a las organizaciones de mujeres para la divulgación de los acuerdos y el seguimiento a su implementación.	8
	Garantizar la participación de las mujeres (al menos 50%) en los consejos municipales de paz departamentales y nacionales	8, 9
	Que a nivel departamental y municipal se creen comisiones específicas de mujeres para realizar el plan de trabajo de implementación y la forma de seguimiento al mismo.	9
	Conformar mesas de concertación y de debate de las mujeres en su territorio para la construcción del cronograma y seguimiento de los acuerdos de paz.	9
	Que se de continuidad a las mesas regionales con participación paritaria de las mujeres y participación a nivel municipal con inclusión de todos los sectores y teniendo en cuenta edad, género y diversidad, como espacio para diagnóstico y seguimiento permanente del cumplimiento de los acuerdos. Teniendo en cuenta la diversidad cultural y la idiosincrasia y el abandono de los gobiernos regionales y estatales. Se sugiere que el diagnóstico sea hecho desde las organizaciones de base de las mujeres y desde cada una de las comunidades en lo local. Este diagnóstico sería la línea de base para la posterior implementación y verificación de los acuerdos. Además se solicita que se de apoyo logístico para estas mesas desde el Estado	10
	Conformar una mesa para la implementación representada en todos los grupos poblacionales de cada una de las regiones del país, obligándolo a recoger las iniciativas de su sector o grupo garantizando la voz de las mujeres. Vincular a la población afro e indígena por medio de una mesa diferencial así mismo crear mecanismos concretos que reparen a mujeres afro-colombianas en territorios de conflicto	11
	Participación de las mujeres de forma paritaria en todos los espacios de implementación que se creen para los acuerdos de paz	2
Promover pactos ciudadanos a través de veedurías mixtas con participación paritaria de las mujeres.	4	
3. Fin del conflicto Mesas: 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12	Incluir en los programas académicos de la educación básica la cátedra de género con adaptaciones locales según las particularidades de cada contexto.	1
	Desmilitarización de los territorios, de la vida civil y del cuerpo de la mujer mediante una política específica para ello, incluyendo a todos los actores armados.	2, 7
	Disminuir el gasto militar, depurar y reducir la fuerza pública para disminuir los riesgos de violencia contra las mujeres en el marco del proceso transicional, especialmente la violencia sexual, trabajando una cultura de derechos humanos.	1, 4, 5
	Promover consensos en los procesos de construcción de acuerdos de las mujeres relacionados con el desarme y convivencia pacífica	1
	Limitar la acción de las fuerzas armadas exclusivamente al cuidado de las fronteras, para quitar la carga militar y asegurar menores gastos que puedan aplicarse a invertir en lo social.	4

Punto de la Agenda / Grupo poblacional	Propuesta	Mesa
2. Participación política Mesas 1, 2, 3, 4, 6, 7, 8, 9, 10, 11	Realizar cumbres locales de mujeres por la paz, que garanticen una mayor participación en la construcción de sus propuestas, teniendo en cuenta la discusión de la cumbre nacional.	1
	Fortalecer políticamente el movimiento de mujeres, en lo local y nacional, para garantizar un seguimiento efectivo del acuerdo de paz.	1
	Un año de diálogo político-popular con las mujeres desde las regiones a lo nacional. Esto debe hacerse con el presupuesto nacional y recurso público.	7
	Inclusión democrática de las mujeres de todos los sectores en los diversos escenarios de la sociedad y el Estado colombiano.	1
	Fortalecer a las mujeres indígenas y afrocolombianas para promover su participación, tanto en sus instituciones propias como en los entes territoriales, con énfasis en el empoderamiento de las mujeres jóvenes.	1
	Mejorar los mecanismos de participación democrática y el acceso real de las mujeres a estos mecanismos.	3
	Capacitación y formación en política pública y derechos humanos a las mujeres incluyendo adolescentes y jóvenes, por medio de diplomados y educación formal.	9
	Creación de mesas regionales y subregionales, que incluyan a las organizaciones de mujeres para la divulgación de los acuerdos y el seguimiento a su implementación.	8
	Garantizar la participación de las mujeres (al menos 50%) en los consejos municipales de paz departamentales y nacionales	8, 9
	Que a nivel departamental y municipal se creen comisiones específicas de mujeres para realizar el plan de trabajo de implementación y la forma de seguimiento al mismo.	9
	Conformar mesas de concertación y de debate de las mujeres en su territorio para la construcción del cronograma y seguimiento de los acuerdos de paz.	9
	Que se de continuidad a las mesas regionales con participación paritaria de las mujeres y participación a nivel municipal con inclusión de todos los sectores y teniendo en cuenta edad, género y diversidad, como espacio para diagnóstico y seguimiento permanente del cumplimiento de los acuerdos. Teniendo en cuenta la diversidad cultural y la idiosincrasia y el abandono de los gobiernos regionales y estatales. Se sugiere que el diagnóstico sea hecho desde las organizaciones de base de las mujeres y desde cada una de las comunidades en lo local. Este diagnóstico sería la línea de base para la posterior implementación y verificación de los acuerdos. Además se solicita que se de apoyo logístico para estas mesas desde el Estado	10
	Conformar una mesa para la implementación representada en todos los grupos poblacionales de cada una de las regiones del país, obligándolo a recoger las iniciativas de su sector o grupo garantizando la voz de las mujeres. Vincular a la población afro e indígena por medio de una mesa diferencial así mismo crear mecanismos concretos que reparen a mujeres afro-colombianas en territorios de conflicto	11
	Participación de las mujeres de forma paritaria en todos los espacios de implementación que se creen para los acuerdos de paz	2
	Promover pactos ciudadanos a través de veedurías mixtas con participación paritaria de las mujeres.	4
3. Fin del conflicto Mesas: 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12	Incluir en los programas académicos de la educación básica la cátedra de género con adaptaciones locales según las particularidades de cada contexto.	1
	Desmilitarización de los territorios, de la vida civil y del cuerpo de la mujer mediante una política específica para ello, incluyendo a todos los actores armados.	2, 7
	Disminuir el gasto militar, depurar y reducir la fuerza pública para disminuir los riesgos de violencia contra las mujeres en el marco del proceso transicional, especialmente la violencia sexual, trabajando una cultura de derechos humanos.	1, 4, 5
	Promover consensos en los procesos de construcción de acuerdos de las mujeres relacionados con el desarme y convivencia pacífica	1
	Limitar la acción de las fuerzas armadas exclusivamente al cuidado de las fronteras, para quitar la carga militar y asegurar menores gastos que puedan aplicarse a invertir en lo social.	4

Punto de la Agenda / Grupo poblacional	Propuesta	Mesa
3. Fin del conflicto Mesas: 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11,12	Asegurar el desmonte de los grupos paramilitares y la prohibición de la privatización de la seguridad ciudadana.	2
	Desmonte del paramilitarismo a través de la sanción judicial a la estructura y a sus financiadores, teniendo en cuenta las características de este movimiento y a su vez exigiendo el cumplimiento de la ley 975.	4
	Desmilitarizar nuestro lenguaje, en un proceso pedagógico de deconstrucción de la violencia, posibilitando un lenguaje que incluya a los ex combatientes en la vida civil, para fortalecer la co- responsabilidad de las mujeres en la construcción de la paz.	
	Promoción a través de acciones comunicativas y judiciales, de la objeción de conciencia al servicio militar, con perspectiva de género, para visibilizar la objeción de conciencia como una postura política en contra de la guerra y la militarización.	4
	El impuesto para la guerra debe pasar a la atención de casos de violencia contra mujeres, educación y salud. El Estado debe garantizar que se cumpla su implementación.	7
	Descriminalización, desestigmatización y desmilitarización de la vida civil en general y la vida juvenil en particular.	8
	Mecanismos para garantizar el no reclutamiento de las niñas, niños y jóvenes en los territorios.	9
	Realizar propuestas de desarme total, desmonte de los paramilitares, reducto de EPL y depuración de las fuerzas militares con acompañamiento de la sociedad civil y de la comunidad internacional.	9
	Que se conforme una comisión para la desmilitarización de la vida cotidiana, como un ejercicio de transformación cultural.	10
	Para enseñar a vivir en comunidad en paz, disminuir los presupuestos para la guerra, y la no obligatoriedad del servicio militar.	
	Establecer los grupos de trabajo regionales descentralizados que analicen las causas del conflicto desde los elementos estructurales (pobreza, acceso a servicios sociales, entre otros), pero que así mismo produzcan insumos para el rediseño de políticas nacionales.	
	Disminución del gasto militar para la implementación de los acuerdos	12
	Desarrollar acciones de sensibilización y conocimiento de los procesos de la negociación con las mujeres.	1
	Vincular a la academia y al sector empresarial en la construcción de la paz	1
	Incluir a los hombres en los procesos de transformación cultural que promueva la construcción de la paz duradera y sostenible.	1
	Los actores armados deben reconocer su responsabilidad en la violencia sexual de la que fueron víctimas muchas mujeres en el país. Para el reconocimiento público de esa responsabilidad, se debe utilizar los medios de comunicación y de dinámicas culturales ya existentes.	7
	Construcción de un ministerio de paz con una política nacional de paz	7
	la solicitud de perdón público por parte de los victimarios y el compromiso público de no volver a cometer los delitos, para poder iniciar una cultura de paz.	10
	Que la guerrilla se comprometa a no volver a organizarse en otros grupos, no volver a reclutar personas, pedir perdón a todas las víctimas en especial a las mujeres, presentar un mapa de todas las fosas comunes del país de las que ellos tengan conocimiento.	2
	Establecer una política para transformar la cultura de la violencia por la vía de la educación. El diálogo y la palabra deben ser el único mecanismo legítimo de transformación de los conflictos.	3
	Implementar la transversalidad del enfoque de género en todos los ámbitos educativos para continuar profundizando, no solo la implementación de los acuerdos y de las políticas de mujeres, sino cambios culturales.	3
	Se debe hacer un proceso de pedagogía sobre las implicaciones que tiene para la población, la implementación de los acuerdos.	3
Escuelas de formación políticas permanentes a largo plazo.	4	

Punto de la Agenda / Grupo poblacional	Propuesta	Mesa
3. Fin del conflicto Mesas: 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11,12	Implementación de una cátedra de paz y convivencia en los colegios, que incluyan en los currículos temas como pacifismo, enfoque de género en todos los niveles educativos, que ayude a generar estudiantes de todos los niveles como pactadores de paz en lo político y lo regional y que a su vez, sea generador de oportunidades de desarrollo, crecimiento, igualdad, diversidad e inclusión; aprovechando la experiencia de las organizaciones de mujeres.	4
	Implementar cátedras públicas en lo local, regional y nacional que permitan comprender el origen de la insurgencia y sus motivos políticos	5
	Espacios de participación para las víctimas, para los victimarios y construir confianzas.	6
	Preparar las comunidades receptoras de los y las excombatientes a través de programas psicosociales,	6
	Construir una estrategia a nivel local, regional y nacional de pedagogía para la paz, con cátedras de paz que permitan superar la cultura guerrerrista que está inserta en nuestros relacionamientos cotidianos, Esta debe ser parte obligatoria de los pensums académicos de escuelas, colegios y universidades	
	Reingeniería en la educación escolar que reflexione en la comprensión del problema para enfatizar en la tolerancia, erradicar la violencia intrafamiliar	
	Hacer una reforma educativa que lleve a que los colegios generen una reconstrucción de la memoria histórica.	7
	Incluir en el sistema educativo nacional una propuesta de pedagogía para la paz, que incorpore los aprendizajes locales que se han construido a nivel territorial desde la resistencia.	8
	Que se consolide como prioridad un plan estratégico para la formación de escuelas de formación de lideresas en pro de la paz que permita visibilizar la movilización, organización y participación de las mujeres en la construcción de paz	
	Educación transversal desde el preescolar hasta la universidad y a la comunidad en general desde diferentes instancias incluyendo medios de comunicación.	10
	Generar oportunidades educativas, y recreativas para las mujeres.	11
	Estudiar las causas estructurales del conflicto, no se puede tomar solamente con lo que pasa actualmente sino toda la historia que ha acontecido. Estos estudios deben complementarse con elementos educativos y pedagógicos para que se socialicen en diferentes ámbitos.	11
	Formulación e implementación de una política pública para la paz con enfoque diferencial y de género.	12
	Construcción e implementación de una pedagogía para la paz que involucre a los medios de comunicación, trabajo con comunidades y las instituciones educativas de todos los niveles	12
	En el marco del deber de la dignificación de las víctimas, se debe promover un cambio en la mentalidad de las víctimas y sobre las víctimas.	3
	Formular estrategias desde el ser de manera integral en la búsqueda de la paz espiritual, trabajando para el “Creer”. El creer implica tener esperanza en que la paz es posible y buscar estrategias para el perdón. Las mujeres debemos crear espacios y redes de apoyo mutuo para fomentar la confianza, el rescate cultural y ancestral del buen vivir en nuestro territorio. Las mujeres somos las que parimos y es con ese amor como podemos sacar adelante nuestro territorio. Si se comienza a construir se termina creyendo.	5
	Llevar a cabo campañas y propuestas artísticas y lúdicas desde lo local, para visualizarnos como una Nación completa y que va a hacer un proceso conjunto de paz.	7
	Asignación de presupuesto para que las mujeres creen espacios y metodologías de reconciliación y transformación de ambiente de vulnerabilidad. Aprovechar el potencial de la mujer como actor político y de paz.	7
	Socializar el perdón a través de medidas de y mecanismos de difusión.	7
	Asegurar un proceso efectivo de reincorporación de los desmovilizados de las FARC-EP con apoyo en educación, salud (incluyendo salud mental), capacitación, vivienda, y producción. Quienes reciben los auxilios y beneficios del gobierno como reinsertados se eduquen y puedan beneficiar a sus comunidades. Con perspectiva de género	2
Estrategias o medios de vida para los armados que vuelvan a la vida civil.	6	

Punto de la Agenda / Grupo poblacional	Propuesta	Mesa
3. Fin del conflicto Mesas: 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11,12	Realizar programas de prevención de violencias contra las mujeres desde la esfera de lo privado hasta lo público, en el momento de llegada de los actores del conflicto en los territorios y a las familias después de la firma de los acuerdos.	9
	Construir estrategias de intervención psicosocial para las mujeres en todos los niveles: familiar, comunitario y social, desde un enfoque diferencial y de acuerdo a las necesidades de los territorios.	9
	Construir programas y estrategias dirigidas a los combatientes tanto de las fuerzas militares del estado como de la insurgencias, de acompañamiento para prevenir las violencias de género.	9
	Las representantes de las mujeres afro proponen que la implementación de los acuerdos se generen en un marco de políticas y planes de paz integrales y no solo desde planes de desarme, en donde se contemplen el enfoque de equidad, igualdad, el goce efectivo de los derechos humanos, de la mujeres y los diferenciales étnicos, etareos y territoriales.	9
	Que el Estado garantice el desminado en todos los territorios que han sido afectados.	1
	Desminar todos los territorios y que esto lo hagan las mismas personas que las plantaron	7
	Acuerdos, diálogos y compromisos de tipo humanitario, para la realización de acciones de posconflicto, específicamente en el caso del desminado.	8
	Promover pactos ciudadanos entre las comunidades receptoras de población desmovilizada, con liderazgos de las autoridades locales y de las organizaciones de mujeres. Retomar experiencias de reintegración comunitaria con la población receptora con acompañamiento psicosocial como las que ha habido en Sierra Leona para propiciar procesos de reconciliación	1, 5, 6
	Acordar un pacto ético desde las mujeres para la construcción de un nuevo país.	1
	Tomar en cuenta los 15 puntos del pacto ético para el proceso de paz de CIASE	8
4. Solución al problema de drogas ilícitas Mesas 1, 8	Promover la construcción de estrategias de protección del medio ambiente y de erradicación de cultivos ilícitos.	1
	Legalización y regularización del consumo de sustancias psicoactivas: 1) equilibrar el precio del mercado, 2) política de prevención del consumo, 3) formación para el consumo consciente, 4) políticas de salud pública frente al consumo	8
5. Víctimas Mesas: 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12	Desarrollar un proceso de prevención de violencia sexual, teniendo en cuenta los derechos sexuales y reproductivos de las mujeres. Que incorpore las particularidades locales y se fortalezca técnica y financieramente desde el Estado central	1
	Combinar procesos de reparación colectiva e individual en municipios altamente impactados por la violencia en Colombia, Con participación paritaria de las mujeres.	1
	Fortalecer las acciones definidas en la ley 1448 para la real atención y reparación a las víctimas. con especial énfasis en las mujeres víctimas y sus familias	1
	Deben tener en cuenta la ley 1448, las recomendaciones del auto 092 de la Corte Constitucional y las recomendaciones internacionales sobre mujer y violencia sexual.	2
	Crear un sistema de asistencia en salud sexual y reproductiva para mujeres víctimas y excombatientes, incluyendo niñas y con una atención específica a mujeres que han sido víctimas de violencia sexual en el marco del Conflicto Armado.	4
	Formulación de una política reparadora a las mujeres víctimas.	6
	La paz debe ser una política de Estado, permanente y sostenible, ya que la paz es un derecho recogido en la constitución y un deber de todos y todas las ciudadanas.	5
	Los mecanismos de reparación deben garantizar la participación de las mujeres en la exigibilidad de sus derechos de manera diferencial.	4
	Generar procesos de reparación transformadora colectiva e individual entendida desde lo emocional, lo moral, lo físico y lo económico, con atención psicosocial.	5
	Proyectos integrales en La regiones para las mujeres victimas que contribuyan a su empoderamiento (político- jurídico-social-económico). Contribución de las organizaciones sociales de mujeres, En los planes de implementación o debemos pesar en términos de departamentos, sino en términos de región.  <i>Disenso:</i> La mujer representante de las afrocolombianas, está en desacuerdo. Ella cree que la segmentación nacional se ha hecho sola, sino que es creada.	7

Punto de la Agenda / Grupo poblacional	Propuesta	Mesa
5. Víctimas Mesas: 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12	Crear rutas específicas para la reparación y atención integral de mujeres víctimas	7
	Programas de apoyo a mujeres víctimas cabeza de hogar, priorizando en vivienda y tierras con acceso a proyectos productivos	8
	Espacios de reparación: Es necesario y justo que las mujeres tengan la posibilidad de expresar a los grupos armados, el dolor como mujeres y madres por la pérdida de hijos y seres queridos en el conflicto	8
	Se propone que en la implementación se contemplen mecanismos de cómo se va a garantizar el retorno no militarizado al territorio de las mujeres en situación del desplazamiento acompañado del apoyo de construcción de planes de vida a nivel familiar y comunitario, que refuerce y potencie los proyectos productivos y reparación del daño emergente que este generó.	9
	Como obligación para los acuerdos se debe plantear una reparación integral e histórica (a los pueblos indígenas, afro y raizales) tanto de los actores al margen de la ley, como de las fuerzas del estado que ha cometido violaciones a los derechos humanos, derecho internacional humanitario y de las mujeres.	9
	Sistema de ayuda en temas de salud, sexual y reproductiva para mujeres víctimas incluyendo a las niñas y jóvenes.	9
	Que desde el estado se garanticen los mecanismos para atender la reconstrucción del tejido social con apoyo integral y psicosocial por separado a víctimas y victimarios para que después pueda haber espacio de perdón y reconciliación,	10
	Que en los acuerdos de implementación quede explícito las afectaciones en la vida de las mujeres y la violencia sexual garantizando la reparación, incluyendo la comunidad LGBT	10
	Que el gobierno le pague la deuda histórica a las mujeres, reparando de forma colectiva dándole voz a las mujeres a través de emisoras de mujeres, espacios en canales de televisión pública, portales de internet y acompañamiento en la capacitación y operación técnica de las comunicaciones.	10
	Conformar la comisión de la verdad, con participación paritaria de las mujeres y hacer seguimiento a las afectaciones que el conflicto armado ha tenido sobre la vida y los cuerpos de las mujeres, incluyendo una caracterización sobre el femicidio en Colombia y el seguimiento a los impactos diferenciales de los hechos victimizantes, como también generar mecanismos para hacer memoria de crímenes de estado y paramilitarismo.	
	Escuchar a las partes del conflicto recogiendo elementos emocionales y no sólo hechos de victimización o victimizantes, sino las historias y las experiencias vividas que hay detrás para lograr contextualizar y humanizar el conflicto.	
	Adelantar procesos de recuperación de la memoria histórica que permitan prepararse para el cambio, y generar adecuados procesos de duelo	5
	Comisión de verdad de mujeres	6
	Comisión de la verdad con representación del 50% de las mujeres.	6
	Generar una cultura de reconstrucción de la memoria histórica que permita la reparación simbólica y efectiva de las mujeres y sus comunidades, que sirva como herramienta pedagógica para la no repetición, la reparación y el resarcimiento de las víctimas.	12
	Que se investigue quienes son los responsables de las violaciones a derechos humanos, incluyendo a los agentes de la fuerza pública.	2, 7
	Crear un sistema de denuncia de violencia sexual que asegure que los delitos de esta índole sean juzgados y no queden impunes, en especial los feminicidios.	2
	Adecuación de protocolos judiciales que reconozcan la victimización por LGBTI fobia en el conflicto armado especialmente en los delitos de desplazamiento forzado, violaciones sexuales y homicidio	6
	El Acuerdo debe contemplar la justicia transicional con elementos fundamentales: justicia penal (reparación y dignificación); visibilización de las mujeres; transformaciones sociales profundas (económicas, políticas, culturales, cumplimiento obligatorio de normas y garantía de derechos); reformas institucionales; garantía de derechos y recuperación de la memoria histórica.	3

Punto de la Agenda / Grupo poblacional	Propuesta	Mesa
5. Víctimas Mesas: 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12	Incluir en la agenda de las mujeres y en las acciones de justicia transicional durante la etapa de implementación el tema de violencia sexual: 1) garantizar la atención integral en salud para las mujeres víctimas de violencia sexual y su entorno familiar en todos los momentos (diagnóstico, tratamiento y protección), 2) libertad de expresión para denunciar sin temor a represalias, 3) prevención de repetición, 4) garantizar la creación y sostenimiento de albergues para víctimas de cualquier edad en todos los municipios con apoyo de ONG'S y Gobierno, 5) agilizar los procesos judiciales, garantizar la judicialización - y la operación del sistema de justicia y el restablecimiento de derechos.	
	Integrar una comisión de mujeres víctimas que lleve directamente a la mesa de negociación las propuestas de reparación a mujeres víctimas y su refrendación y verificación. Las mujeres víctimas deben tener derecho a una circunscripción especial. En este sentido solicitan un papel más activo de la comunidad internacional para la protección de las mujeres.	11
	Armonización política y jurídica que garantice el acceso a la justicia de las víctimas de la guerra de insurgencia y estado.	12
	Mesas de diálogo entre las víctimas y los grupos armados en la regiones para hacer acuerdos de paz basados en las dinámicas de cada región.	12
	Generar mecanismos de justicia transicional que posibilite el reconocimiento de las violencias estructurales, ejercidas contra las mujeres y el fortalecimiento de sus derechos.	12
	Garantizar el acceso a la justicia, con enfoque étnico y diferencial. Certificar procesos de restitución de tierras a mujeres víctimas. Asegurar la participación de las mujeres en los comités de justicia transicional	11
Mujeres excombatientes, Mesas: 1,7,9,12	Diseño de programas que favorezcan su reinserción familiar y comunitaria.	1
	Desarrollar planes regionales de sensibilización y apoyo para la reincorporación a la sociedad civil de la población excombatiente, teniendo en cuenta la población de las mujeres excombatientes y sus familias	7
	Generar procesos y mecanismos de garantías para la inserción política, social y cultural de las mujeres militantes reinsertadas.	9
	Generar procesos integrales de inclusión social para mujeres excombatientes.	12
Mujeres rurales/ campesinas, Mesas 1,4,7,8	Incluir el capítulo de mujer rural, presentado por las organizaciones de mujeres rurales en la nueva ley agraria y desarrollo rural como presupuesto que garantiza el mejoramiento de las condiciones y derechos de vida de las mujeres rurales en el punto uno del acuerdo de paz.	1, 4, 8
	Visibilizar las agendas de las mujeres pacífico tema agrario y minero y ser coherente con las necesidades evidenciadas por las mujeres en lo territorial	1
	Retomar las experiencias de trabajo con mujeres en producción agroecológica y soberanía alimentaria para hacer la tierra productiva. Apoyarlas y financiarlas.	7
	Restitución de tierras, mediante reubicación y la protección efectiva de las mujeres, frente al retorno, nuevos desplazamientos y masacres.	4
Defensoras de derechos humanos, lideresas, Mujeres víctimas y sus organizaciones, Mesas: 1,7,9,12	Aplicación de medidas cautelares	1
	Medidas de seguridad específicas, especiales y complementarias a las mujeres lideresas debido a las diversas amenazas por la inseguridad en las regiones.	7, 9
	Crear un proyecto piloto de vivienda libre de violencia para las lideresas, que permita el intercambio de procesos a nivel nacional. Debe crearse mínimo uno por región.	7
	Constitución de una comisión de seguimiento a la seguridad a las mujeres lideresas de Colombia, con el acompañamiento y estudios de seguridad a tiempo.	12
	Aplicación de medidas cautelares Programas para empoderamiento económico	1
	Vincular a la población afro e indígena por medio de una mesa diferencial así mismo crear mecanismos concretos que reparen a mujeres afro-colombianas en territorios de conflicto.	11

Punto de la Agenda / Grupo poblacional	Propuesta	Mesa
Mujeres lesbianas, Mesa 4	Levantamiento y compilación de casos específicos de vulneración y violencia (en sociedad civil y al interior de grupos LBT) – establecimiento de cifras. Esto, teniendo en cuenta que las mujeres lesbianas manifestaron que no se sienten representadas en el movimiento LGBTI.	4
	Hacer visibles historias de vida y de resistencia al conflicto y construcción de territorio de mujeres lesbianas, a través de la implementación de estrategias de construcción de memoria desde las mujeres y actores excluidos que aporte a la democratización y el reconocimiento en la diversidad en las afectaciones de los conflictos	4
Pueblos indígenas, Mesas: 2,3,8,9,	Derecho a la consulta previa y que se tenga en cuenta a las comunidades indígenas en la mesa de negociación	2
	Fortalecer la democracia para evitar que se produzca más violencia contra los pueblos indígenas y campesinos por parte de todos los grupos armados (legales e ilegales).	3
	Sistema de consulta previa, libre, informada y consentida en la implementación de los acuerdos con las comunidades étnicas en las regiones. Garantizar la participación de las comunidades indígenas, en especial de las mujeres, en la implementación del acuerdo, creando o fortaleciendo agendas de paz con enfoque diferencial, que tomen en cuenta el fortalecimiento de planes de vida y salvaguarda de los pueblos indígenas	8
	Reconstrucción de planes de vida, donde se conciba el territorio como espacio de vida, respeto y rescate del arraigo cultural de los pueblos milenarios, de recuperación de prácticas tradicionales de producción, preservación de semillas, soberanía y seguridad alimentaria.	9
Territorios raizales de San Andrés y Providencia Mesa 4	Protección integral del territorio raizal y su patrimonio marítimo como elementos que garanticen su memoria histórica y su seguridad alimentaria.	4
	Generar procesos efectivos de control poblacional que propendan por una vida pacífica y la preservación de la identidad y la supervivencia del pueblo raizal del departamento de San Andrés y Providencia.	4
Seguimiento Mesa 9	Generar como obligación en el plan de implementación instrumentos reales de seguimiento y verificación de compromisos de los acuerdos de la mesa de habana	9
Plan de implementación Mesa 9	Como prioridad para la construcción del plan de implementación se debe contemplar la democracia paritaria ligada a la justicia de género desarrollando mecanismos para la aplicación de los ejes de reconocimiento, redistribución y representación.	9
Comunicación e información Mesas: 1,3,4,5,6,7,10,11,12	Realizar estrategias de difusión del acuerdo,	1
	Incidir en la responsabilidad social de los medios de comunicación para la transformación del lenguaje bélico con narrativas de paz.	1
	Creación de medios alternativos y comunitarios de comunicación que contribuyan a la difusión de los intereses de las organizaciones sociales en la implementación del acuerdo de paz.	1
	Dar a conocer a las mujeres la política nacional de mujeres para que se pueda exigir los derechos que ya se tienen.	3
	Dar a conocer a las organizaciones de mujeres lo que se está acordando en la mesa, para que, además de exigir los derechos ya adquiridos, poder tener herramientas para la implementación de los acuerdos.	3
	Visibilización y escucha de la voz de las mujeres en 150 emisoras y canales de comunicación públicos de televisión, portales de internet y TIC'S para la transformación social y como una medida de reparación colectiva en municipios de alta conflictividad y de afectación directa a las mujeres,	
	Implementación de un sistema de medios de comunicación para la paz.	4
	Franjas en los medios masivos de comunicación y en los medios alternativos que informen sobre los acuerdos y los modos de implementación de estos. Estos también deben comprometerse en no incentivar la guerra y con la verdad, justicia y reparación.	5
Usar los medios de comunicación y el arte para visibilizar las acciones de las mujeres y apoyo a los procesos de paz incluyendo población LGBTI. Todas las propuestas de comunicación, divulgación y difusión deben tener un lenguaje incluyente para que las mujeres que no estén organizadas tengan acceso a la información.	6	

Punto de la Agenda / Grupo poblacional	Propuesta	Mesa
Comunicación e información  Mesas: 1,3,4,5,6,7,10,11,12	Alianza Nacional de organizaciones sociales y medios de comunicación para crear pedagogías que rompa con la naturalización de la violencia y que institucionalice la palabra de dialogo y de la participación.	7
	Utilizar radio y tv comunitarias para socializar y visualizar los procesos de desmovilización (Mov. Sociales en lo municipal, regional y nacional).	7
	Que se garantice por parte del estado la difusión extensa e informada del proceso de paz y las normas nacionales e internacionales que respaldan los derechos fundamentales y los derechos de las mujeres	10
	Solicitan tener canales de información y socialización de las propuestas que han surgido en los otros puntos del Acuerdo	11
	Estrategia de comunicaciones asertiva en el proceso de negociación, de manera tal que los puntos pactados sean divulgados.	12
Derechos de las mujeres  1, 2, 7, 9	Transversalización del enfoque de género en todas las políticas públicas debe hacerse con enfoque de género, equidad e igualdad. Hacerlo en todos los niveles territoriales, bajo el liderazgo de las mujeres.	1
	Teniendo en cuenta lo local	2
	Implementar políticas públicas de igualdad de género, no crear nuevas sino implementar las ya existentes y las que están en proceso. No tomarlas a parte o tratarlas como distintas al proceso, pues la inclusión es un proceso transversal en la paz.	7
	Aumentar inversión en salud y educación	1
	Implementación de programas sociales que transformen las dinámicas culturales que favorecen las violencias contra las mujeres	1
	Asegurar la implementación integral de los derechos económicos, sociales y culturales de las mujeres y sus familias tanto en el ámbito rural como urbano.	
	Garantizar el empoderamiento económico de las organizaciones de mujeres para lograr una participación en mejores condiciones de vida.	8
Promover la transformación de las instituciones para garantizar la participación igualitaria de las mujeres en todos los niveles del Estado.  Mesas: 1,2,7,10	Generar mecanismos de redistribución económica, política y social de las mujeres en escenarios locales, regionales y sociales.	9
	Generar mecanismos de inserción en la vida laboral con condiciones dignas, igual de condiciones y una remuneración equitativa	9
	Fortalecimiento del Estado de Derecho en los territorios y las regiones.	7
	La modernización de las instancias políticas desde una agenda por etapas que hable de un ejercicio post - acuerdo. Establecer compromisos, para que los nuevos alcaldes y gobernadores y sus planes de gobierno no sean ajenas a la implementación y la verificación trascendiendo la reparación y el ejercicio del post - acuerdo y convirtiéndolo en un ejercicio de ciudadanía.	10
Acompañamiento internacional	Formulación de planes de desarrollo territorial construidos de manera colectiva, garantizando la paridad y con recursos, en articulación con el gobierno nacional.	8
	Crear un ministerio para las mujeres. Con presupuesto nacional y que funcione como cualquier otro ministerio con poder ejecutivo.	7
Convocatoria Asamblea Nacional Constituyente  Mesas: 3,7,11,12	Garantizar el acompañamiento y la veeduría de la comunidad internacional en la implementación de los acuerdos.	1
	Convocar a una Asamblea Nacional Constituyente como un mecanismo de fondo y de largo plazo para garantizar la implementación del acuerdo de paz.	3
	Convocatoria de un proceso de Asamblea Nacional Constituyente no como mecanismo de referendación sino como proceso de implementación de acuerdos. Es importante continuar implementando e impulsar asambleas regionales y territoriales que involucren a todos los sectores sociales que refuercen la inclusión de todos. Pedagogía, ir a las regiones a enseñar sobre ésta asamblea.	7
	Un proceso de debate de la sociedad colombiana que derive en una Asamblea Nacional Constituyente como una forma de implementación que se contemple en el Acuerdo General.  <i>Disenso: no están de acuerdo con la realización de una Asamblea Nacional Constituyente, porque aseguran que las mujeres no tienen fuerza de representación para ello.</i>	11

Punto de la Agenda / Grupo poblacional	Propuesta	Mesa
Convocatoria Asamblea Nacional Constituyente Mesas: 3,7,11,12	<i>Existe también la opinión que la Asamblea Constituyente no sólo es un mecanismo para hacer efectiva la implementación de los Acuerdos, sino que es un pacto más grande, que cobija un pacto social más amplio, además en el que se tienen que tener en cuenta la correlación de las fuerzas del Estado, que no están necesariamente equilibradas. Por tal motivo algunas participantes apelan a un referendo donde se consulte la construcción de un nuevo pacto social. Otras solicitan la refrendación de la Constitución de 1991, antes que plantear nuevos procesos constituyentes. Este nuevo pacto social debe reconocer las diferencias en las insurgencias y demás excluidos sociales y políticos como las mujeres.</i>	11
	Asamblea nacional constituyente como perspectiva de implementación que quede convocada en el acuerdo general para la terminación del conflicto.	12
Constituyentes regionales y locales Mesas: 3,5,6,7,8	Asambleas constituyentes municipales que legitimen la participación directa de las mujeres en la asamblea constituyente nacional.  <i>Mesa 6 hubo consenso respecto de asambleas municipales y no sobre Asamblea Nacional</i>	3, 6
	Las constituyentes locales y regionales procesos que tratan los temas relacionados con la paz con justicia social, deben estar implicadas en la implementación de los acuerdos, estas pueden servir para que la comunidad desarrolle procesos de catarsis, y procesos pedagógicos para la construcción de la Paz.	5
	Trabajar en las regiones y territorios de manera pedagógica para hacer asambleas de trabajo local, regional y territorial permitan difundir información para que la gente entienda cómo es éste proceso.	7
	Realizar Asambleas constituyentes desde lo regional, local y sectorial: 1) tomar en cuenta los contextos para la comprensión del entorno y la construcción de soluciones regionales. 2) Creación de nuevas dirigencias y liderazgos que emanen de lo local, 3) fortalecimiento político y fomento de la participación de las mujeres. En este punto es necesario señalar que las mujeres de las comunidades indígenas no apoyan la propuesta de realizar asambleas constituyentes.  <i>Disenso: las mujeres de las comunidades indígenas no apoyan esta propuesta.</i>	8
<b>REFRENDACIÓN</b>		
Comunicación e Información Mesa 1, 2, 4, 5, 6, 7, 8, 10, 12	Garantizar que las mujeres conozcan el texto del referendo, antes de votarlo	1
	Garantizar que las mujeres puedan elaborar los informes públicos de seguimiento.	1
	Comités locales de promoción, difusión e información desde las organizaciones de mujeres con asignación de recursos para el seguimiento a la refrendación de los acuerdos.	4
	Promover procesos de información pública y transparente sobre los acuerdos y sobre las posibilidades de referendo. Brindar información técnica y capacitación específica para entender cuales son los mejores mecanismos de refrendación teniendo en cuenta que el Gobierno le apuesta al referendo y las FARC de Asamblea Nacional constituyente.	5
	Que los medios verifiquen y acompañen positivamente y de manera responsable. Esto debe quedar firmado dentro de los acuerdos de paz.	5
	Divulgación y difusión de los avances de los acuerdos.	6
	Estrategia de comunicación desde las mujeres para votar el referendo.	6
	Aprovechar las relaciones entre las redes asistentes a la cumbre para la difusión y seguimiento del acuerdo de paz en todas sus etapas	6
	Promoción del referendo apoyados en las organizaciones de mujeres, demás organizaciones de la sociedad civil, campañas radiales y por medios de comunicación públicos y privados, alternativos y comunitarios incluyendo las radios universitarias y demás organizaciones sociales, impartiendo educación al respecto.	6
que se difunda la información sobre los acuerdos, y que las mujeres lideresas sean capacitadas para difundir esta información	7	

Punto de la Agenda / Grupo poblacional	Propuesta	Mesa
Comunicación e Información Mesa 1, 2, 4, 5, 6, 7, 8, 10, 12	Garantizar que la información sobre las decisiones tomadas en la Habana sea accesibles a todos y todas, gestionar con las organizaciones de mujeres a nivel local y territorial, con el apoyo de las organizaciones de base, a través del uso de medios de comunicación comunitarios y locales la divulgación de estos acuerdos. Los anterior con el fin de que todos y todas las ciudadanas puedan construir opinión y revisar si responden e incluyen sus intereses. (conocimiento y democratización del proceso)	8
	Que el estado garantice que exista un mecanismo comunicacional de acceso a los medios para sensibilizar a la toda la población sobre el referendo y las preguntas del referendación.	10
	Socializar en cada región (departamento, municipio) los acuerdos de paz.	12
	Exigir a los medios de comunicación la apertura de espacios para formar y socializar a la ciudadanía en los puntos del referendo y sus alcances con participación de organizaciones de mujeres	12
	Crear secretarías con apoyo económico, con perspectiva de género que refrenden los procesos de las mujeres víctimas y mujeres en general.	4
Mesas nacionales de mujeres por la paz Mesa 5	Impulsar mesas nacionales de mujeres por la paz para la refrendación de los acuerdos articuladas a nivel de base. Se requiere una refrendación popular y democrática de los acuerdos a nivel de territorio	5
Constituyentes locales Mesa 5	Impulsar procesos Constituyentes a nivel local, regional, departamental y nacional.	5
Pacto social de refrendación Mesa 2, 4, 9	pacto social para la refrendación de los acuerdos que se alcancen en la mesa de negociación.	2
	Nuevo pacto social de mujeres pactantes y no pactadas para la toma de decisiones en la refrendación.	4
	Realizar un pacto ético por un país en paz de la sociedad en general	9
Movilización Mesa 2	Promover una movilización masiva de la totalidad de la sociedad colombiana para la refrendación de los acuerdos que se alcancen	2
Referendo y Asamblea Constituyente Mesa 2, 3, 7, 8	que se convoque un referendo y luego de 3 o 4 años una asamblea popular o constituyente.	2, 8
	Crear dos mecanismos, primero es el referendo donde se da una validación judicial y segundo, una Asamblea Constituyente amplia y paritaria y con propuestas de transversalización del tema de género.	7
	Dentro del referendo se pide que las estadísticas de los resultados, se presente de manera diferenciada para que se puede sentar una postura como sectores	3
	Formular dos preguntas: 1. ¿Aprueba los acuerdos entre el Gobierno y las FARC? Y 2. ¿Considera útil la convocatoria a una asamblea nacional constituyente? Los mecanismos de refrendación deben darse de manera independiente a las elecciones presidenciales y legislativas. debe quedar explícito el tema de la afectación de las mujeres.	3, 5, 8, 10
	<i>Disenso: mesa 3:Un sector no está de acuerdo con el referendo, sino con la Asamblea Nacional Constituyente. El argumento se basa en que las mujeres no pueden refrendar acuerdos en los que no participaron directamente en su construcción</i>	
	Que el referendo se promueva desde los Consejos Municipales y Departamentales de Paz, fortaleciendo la participación de las mujeres a través de su capacitación	6
	Que si el mecanismo de refrendación es el referendo, que se garantice que las preguntas no sean ambiguas, que cada pregunta sea clara y concreta, que el referendo sea un compromiso serio, que sea parte de las garantías para no levantarse de la mesa de negociación. Que la construcción de las preguntas del referendo sea un ejercicio participativo y pedagógico en el que se incluya a las mujeres.	10
	Referendo como preámbulo para ambientar los procesos de implementación y verificación.	4

Punto de la Agenda / Grupo poblacional	Propuesta	Mesa
Asamblea Nacional Constituyente Mesa 2, 3, 4, 5, 8, 9	Convocatoria a una Asamblea Nacional Constituyente como mecanismo de refrendación de los acuerdos.	2, 3, 8
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Disenso mesa 8: 1) Una propuesta señala que en la Asamblea la representación sea de manera paritaria. 2) Otra propuesta señala que el 50% de la Asamblea sea conformada por mujeres y de este, un 30% sean del movimiento social de mujeres. Sin embargo esta última propuesta no generó aceptación. 3) Construir un nuevo pacto social que incluya a las mujeres y sus perspectivas.</li> </ul> <p>Las mujeres representantes de comunidades indígenas señalan que para los pueblos indígenas no se acepta la propuesta de Constituyente como alternativa de refrendación.</p>	
	Asamblea nacional constituyente con enfoque territorial, a nivel de veredas, municipios y departamentos. También se deben hacer constituyentes sectoriales e integrar a los sectores históricamente excluidos. Se propone la realización de constituyentes de género y diversidad, jóvenes, campesinos, indígenas, afro descendientes y mujeres rurales.	5
	Las comunidades indígenas refieren no estar de acuerdo con el tema de la asamblea nacional constituyente, sino lo que se exige es otro modelo de Estado con otro sistema político y económico que respete la autonomía de los territorios. La pérdida de autonomía se da por la falta de consulta a las comunidades, y todos los sectores.	
	Realizar una asamblea nacional constituyente que haga un cambio del modelo político y económico del país con constituyentes nacionales, sectoriales e identitarias.	9
	Se propone el compromiso de una Asamblea Nacional Constituyente en un tiempo determinada como por ejemplo tres años después del pos – acuerdo cuando se haya recobrado la confianza en el ejercicio democrático.	10
	El mecanismo de la Asamblea Nacional Constituyente en este momento puede ser un retroceso para el país teniendo en cuenta el momento político actual. En el pos - acuerdo se debe reflexionar sobre la necesidad de una Asamblea y poner la discusión en lo público.	
	Asamblea nacional constituyente, desde el constituyente primario y sectorial de mujeres.	4
Plebiscitos	Realización de plebiscitos regionales y locales de mujeres para validar los acuerdos en el proceso de paz y que hacen verdad, justicia y reparación para las mujeres.	7
Consulta previa de mujeres	Instaurar una Consulta Previa de Mujeres. El mecanismo de consulta existe, y el gobierno puede crear medidas de paz. No se necesita reforma constitucional ni nada, se adopta el modelo de consulta previa de mega proyectos, para instaurarlos en temas de paz.	7
Consulta popular	Todos los acuerdos deben ser llevados a <u>consulta popular política</u> , incluyendo un enfoque diferencial y que ahonde en las demandas específicas de las mujeres. Esto incluye la participación política de las mujeres en escenarios de organizaciones de la sociedad civil y escenarios mixtos, a nivel local, regional, nacional e internacional. El estado debe responder con recursos para apoyar estas iniciativas.	8
Cabildos	Cabildos populares que permitan tener en cuenta las necesidades de las personas desde el más remoto rincón. La manera de validarla es que todas las personas puedan participar y expresar sus necesidades de paz. Estos cabildos parten de los espacios locales hacia lo regional y Nacional.	7
Comisión de memoria Mesa 5, 9, 11	<u>Impulsar una</u> Comisión de memoria histórica para enfrentar la deuda que tiene el Estado con las mujeres Colombianas.	5
	una comisión de la memoria en la que se rescaten la memorias sociales y en especial el reconocimiento a las afectaciones en el cuerpo y vida de la mujeres y permita la garantía la no repetición de los hechos y de la causas que generaron el conflicto.	9
	Conformación de una Comisión de la Verdad. Esta comisión debe tener presencia de las mujeres, debe estar territorializada, deben haber representantes de mujeres que conozcan el conflicto de los territorios. Las veedurías deben estar enfocadas a cada uno de los tipos de violencia, porque cada uno de ellos importa. Las organizaciones de las mujeres deben hacer parte activa de las veedurías de los procesos. En esta a Comisión Nacional de la Verdad con participación de las mujeres se solicita la participación de organismos multilaterales que otorguen la oportunidad de hacer veedurías internacionales.	11

Punto de la Agenda / Grupo poblacional	Propuesta	Mesa
Verdad, justicia y reparación Mesa 5	Verdad justicia y reparación con garantías de no repetición. Impulsar procesos de Verdad con reflexión crítica.	5
Consejos de Paz Mesa 5	Fortalecer el rol de los consejos municipales, departamentales y nacionales para la paz para impulsar los procesos de refrendación que se articulen con los procesos de base.	5
Agendas de paz	Construir y fortalecer agendas de paz a nivel local en clave de posconflicto, partiendo de las realidades locales y los contextos regionales, frente a los diferentes mecanismos de refrendación.	8
Consulta interna pueblos indígenas Mesa 2	Las comunidades indígenas y las autoridades dentro de las mismas deben hacer una consulta interna para definir cuál sería su propuesta de refrendación de los acuerdos	2
Acompañamiento comunidad internacional Mesa 3, 5	Acompañamiento de la comunidad internacional en la verificación de la implementación de los acuerdos. En este acuerdo es necesario que esté incluido principalmente UNASUR, CELAC, ALBA y el Sistema de Naciones Unidas con el liderazgo de ONU-Mujeres.	3
Desmovilización Mesa 5	Que el gobierno se comprometa a la desmovilización de todos los actores armados y no al cambio de nombre de estos actores armados ( paramilitares como barcim o delincuencia común).	5
Educación para la paz Mesa 5, 12	Proceso de educación en el proceso de paz a través de cabildos ciudadanos de lo local al o regional y lo nacional. Se debe generar sensibilización sobre la paz, sobre la necesidad de la refrendación y verificación a nivel de bases sociales.	5
	Procesos pedagógicos que garanticen una participación de todos los sectores sociales y de manera informada se tengan claras los alcances de los acuerdos.	12
La palabra	El mecanismo de refrendación debe ser la palabra, esta debe asumirse como Ley	11
Seguimiento a propuestas sociedad civil Mesa 6	Crear un mecanismo de revisión o seguimiento a las propuestas de la sociedad civil.	6
<b>VERIFICACIÓN</b>		
Comisiones de verificación Mesa 1, 2, 3, 6	Conformar un Comité de verificación en los temas de verdad, justicia y reparación y no repetición, con autonomía de las mujeres y financiación estatal.	1,3, 6
	comisiones mixtas de verificación integradas por nacionales e internacionales, que sean paritarias, con un 50% de mujeres diversas (indígenas, afros, lesbianas, campesinas...) y que también se vean representados los procesos locales.	2
	Crear una comisión para seguimiento a lo pactado y planes de acción de mejora al no cumplimiento de dichos acuerdos. Dicha comisión debe verificar los derechos de todos los actores y actoras del conflicto. En la comisión de verificación deben participar los consejos comunitarios, las madres de mujeres de hijos e hijas muertos en la guerra, mujeres campesinas y las indígenas; las FARC deben decir a las mujeres la verdad, para que la sociedad civil los apoye; demostrando fuerza de voluntad aceptando los secuestros, las desapariciones y la ubicación de los seres queridos, dicha exigencia se hace amplia también al Estado.	5
	Crear comisiones locales con enfoque diferencial. Ello puede garantizar que los acuerdos se apliquen en lo local y teniendo en cuenta las diferencias de cada una de las regiones.	3
	Como los que están sentados en la mesa son el gobierno y las FARC hay que verificar que lo que acordaron se cumpla. Hay que hacer desde la sociedad civil una mesa de verificación paritaria, es decir 50% hombres y 50% mujeres que sea respaldada por cooperación internacional. Asegurarnos que no solo pacten cosas para ellos también para nosotros. Deben utilizarse siempre los mismos instrumentos, sistemas adecuados y claros para que la sociedad verifique de manera clara y equitativa. Disenso en que existan 2 comisiones	7
	Que todas las comisiones de verificación, sin excepción tengan la participación paritaria de las mujeres, que incluya siempre a mujeres víctimas y que estas comisiones aseguren los mecanismos para recoger la información y las experiencias desde lo local y lo regional y desde las mesas sectoriales, las organizaciones de la sociedad civil y la ciudadanía en general.	10

Punto de la Agenda / Grupo poblacional	Propuesta	Mesa
Comité de mujeres Mesas 5, 7, 9, 12	Crear un comité de mujeres para la verificación de los acuerdos a víctimas en cuanto a verdad, justicia y reparación donde existan escenarios reales de perdón y no repetición; verificando que dicho comité accione la ley 850. Dicho comité también debe trabajar en la verificación de cumplimiento de los acuerdos de la Habana en las Juntas de Acción Comunal y con los delegados a nivel local. La conformación de dichos comités debe contar con la participación de un 35% de hombres, 35% de mujeres y 30 % de jóvenes. Estos comités de seguimiento deben tener participación tripartita de organizaciones internacionales, espacios administrativos locales, regionales y municipales y organizaciones defensoras de DDHH, la pastoral social, los centros de memoria histórica, los espacios de reconciliación, como garantía de conocimiento de la ley 1257, 098 y 095.	5
	Comités de mujeres que tengan conocimiento de mecanismos alternativos de resolución de conflictos, que puedan recopilar información y puedan denunciar. Esto tiene que ser desde instancias a nivel local, regional y nacional. Acá hay disenso, no quiere que sea partidario, solo de mujeres.	7
	Creación de una Comisión internacional de mujeres feministas que haga verificación y observación en el postconflicto, de la inclusión de las propuestas de las mujeres y sus diversidades.	7
	Comisiones locales y comunitarias (con participación paritaria de mujeres) para verificar la dejación de armas, el desminado. Comisiones políticas, técnicas y presupuestales.	3
	Creación de equipos de trabajo de mujeres para la verificación en la implementación de mecanismos de seguimiento a los acuerdos con las víctimas en temas de verdad, justicia y reparación donde existan escenarios reales de perdón y reconciliación.	9
	Cumplimiento de las resoluciones 1325, 1988, 2106 de participación de las mujeres en los procesos de paz, por medio de veedurías y mesas regionales y municipales de seguimiento a la norma que deben estar conformadas por lo menos por el 50% de las mujeres.	12
	Fortalecer las organizaciones de mujeres que trabajan los temas de derechos humanos para que potencialicen en sus comunidades el tema de verificación de los acuerdos de los derechos.	12
Consolidar mesas locales y regionales de mujeres que hagan seguimiento a los acuerdos refrendados que generen informes.		
Consejos de paz Mesa 5	Garantizar la participación de las mujeres en los consejos municipales, departamentales y nacionales de paz en un 50% de representación ya que los conceptos que emiten los consejos deben ser de carácter vinculantes hacia la política pública de paz.	5
Instancia Nacional	Crear una instancia nacional que agrupe a las representantes de las mujeres (Mesa, Alianza, red, plataforma u otra) con una agenda específica de seguimiento y verificación del cumplimiento del acuerdo en lo local, regional nacional. Esta instancia tendrá entre sus funciones: dirigir el observatorio de paz, que tenga como finalidad defender activamente los acuerdos políticos y de paz, elaborando informes periódicos sobre el cumplimiento de los acuerdos desde lo local, lo regional y lo nacional con la perspectiva de las mujeres y que sean financiados por el Gobierno.	1, 2
Estrategia de incidencia para seguimiento y monitoreo Mesa 2	A partir de una agenda, diseñar una estrategia de incidencia para el monitoreo y verificación de los acuerdos, a nivel internacional con las Naciones Unidas, la Corte Interamericana, UNASUR y el Alba; y a nivel nacional con el congreso, los organismos de control (contraloría, procuraduría, defensoría del pueblo), corte constitucional... Deben establecerse en base a la misma alianzas estratégicas con otros sectores, por ejemplo con organizaciones de derechos humanos.	2
Comisión de la verdad Mesa 1, 8, 1	Crear la comisión de la verdad con la participación de las mujeres para el proceso de desmovilización con seguimiento a las personas desmovilizadas para evitar su reincidencia e incluir en esta comisión un capítulo de mujer que verifique el tema de las violencias sexuales.	1
	utilizar las herramientas de la justicia transicional: 1) comisiones de verdad, 2) mecanismos de verificación de acuerdos, garantizando siempre la paridad de género	8
	Constituir una mesa de la verdad para esclarecer los crímenes de estado, paramilitares y guerrilla	8

Punto de la Agenda / Grupo poblacional	Propuesta	Mesa
Comisión de la verdad Mesa 1, 8, 1	Crear una comisión de la verdad con veedores nacionales e internacionales donde haya participación paritaria de mujeres y que este dé cuenta y esclarezca los hechos frente a la violación de los derechos humanos y de las mujeres.	9
	Conformación de una Comisión de la Verdad. Esta comisión debe tener presencia de las mujeres, debe estar territorializada, deben haber representantes de mujeres que conozcan el conflicto de los territorios. Las veedurías deben estar enfocadas a cada uno de los tipos de violencia, porque cada uno de ellos importa. Las organizaciones de las mujeres deben hacer parte activa de las veedurías de los procesos. En esta a Comisión Nacional de la Verdad con participación de las mujeres se solicita la participación de organismos multilaterales que otorguen la oportunidad de hacer veedurías internacionales.	11
	Promover procesos de <b>memoria histórica</b> , contándole a la gente que es lo que ha pasado con la violencia. Si no se tiene en cuenta la memoria se vuelve a sufrir en el post-conflicto. También para promover los procesos de perdón son necesarios es estos mecanismos de memoria a partir de la voz de las mujeres.	11
Pueblos indígenas Mesas 1,2	Reconocer a la guardia indígena como constructores de paz que protegen el territorio que en su mayoría son mujeres.	1
	Establecer mecanismos de verificación frente a la presencia de actores armados en territorios indígenas.	2
Narcotráfico Mesa 1	Erradicar la incidencia del narcotráfico en la construcción e implementación de las acciones locales de post conflicto.	1
Participación paritaria Mesa 2	Que en todos los espacios que se creen para verificar los acuerdos haya participación paritaria de las mujeres	2
Cultura política Mesa 3	Formación en cultura política a la base como mecanismo de verificación de los acuerdos	3
Cumplimiento resolución 1325 Mesa 3	Exigir al Estado colombiano el cumplimiento de la resolución 1325 de la ONU de participación y decisión de las mujeres y el resto de marco normativo internacional referente a los DDHH y el DIH.	3
Observatorios Mesa 3, 7	Aprovechar el rol de los observatorios de la violencia, no solo a nivel nacional sino también a nivel regional. La idea es implementar las herramientas que ya existen y articular estos mecanismos desde el orden municipal, departamental y nacional. Estos espacios pueden ser utilizados para hacer seguimiento a la implementación del acuerdo.	3
	Creación de un observatorio nacional y regional, de cumplimiento de acuerdos de paz para las mujeres y para el juzgamiento de los incumplimientos y de los responsables.	7
	Foro anual que tenga como insumos lo que se logre en los observatorios.	
Política criminal Mesa 3	Establecer una "política criminal" por parte del Estado. Ello permitiría conocer y caracterizar los victimarios y generar los castigos apropiados para que no se repitan ciclos de violencia.	3
Visibilización de mujeres en procesos históricos Mesa 3	Hacer visible ante las partes en negociación, la presencia y los procesos históricos de los que han hecho parte las mujeres y su acumulado de conocimiento en mecanismos de veeduría ciudadana. Ello se podría llevar a cabo a través de una caracterización de la población femenina en el país y de las organizaciones de mujeres convocantes a esta cumbre de Mujeres y Paz.	3
Desmilitarización Mesa 3, 7, 11	Se debe presentar un desarme total y efectivo. Las organizaciones de mujeres deben ser parte efectiva de la verificación de estos desarmes. Ello reduciría el riesgo de repetición de historias de resurgimiento de la violencia.	3
	Que incluyan a los indígenas en las negociaciones para acordar cómo se va a hacer el proceso de reintegración de estas personas a las comunidades indígenas.	7
	Hacer vigilancia y seguimiento de que las Fuerzas Armadas no esté entre la población civil. Durante el postconflicto las bases del Ejército deben estar aisladas.	7
	Que las FARC hagan un trabajo social, que se les asigne responsabilidades con las comunidades a las cuales se han afectado con los delitos.	11

Punto de la Agenda / Grupo poblacional	Propuesta	Mesa
Desmilitarización Mesa 3, 7, 11	La desmilitarización física y de las conciencias en las diferentes regiones. Por ello se propone que se debe implementar una política de verificación basada en el desarme, en donde las Fuerzas Armadas se dediquen a la protección de las fronteras y que la policía se dedique a una educación para la paz.	3
	Proponer una comisión de asesores expertos y expertas en desarme y uso de armas pequeñas para erradicar el militarismo.	7
Contenidos verificación Mesa 3, 6, 7	Garantizar que los derechos de las mujeres estén indefectiblemente dentro de la lista de las cuestiones a verificar.	3
	Especial atención en cuanto a la verificación de los hechos de los victimarios y cumplimiento de la reparación a las víctimas de delitos sexuales, esta verificación debe estar ejercida por una comisión integrada por lo menos en 50% de mujeres.	6
	Verificar que la entrega de las armas esté acorde con el listado entregado por los actores armados y por estudios realizados por especialistas en el tema. La comisión de verificación de las armas debe estar integrada por mujeres con experiencias en el tema y excombatientes y expertos internacionales.	6
	seguimiento al auto 092 y adicional crear un informe trimestral o semestral donde se reúnan los resultados de los seguimientos de todas las regiones. Este debe ser entregado a la Corte Constitucional.	7
	Evidenciar los feminicidios para que sean insumos para la formulación de políticas públicas.	11
	Verificar el crecimiento de las estadísticas de las mujeres que acceden a la educación, al empleo y a los cargos de elección popular.	
Además deben existir mecanismo de reconocimiento de la información de las organizaciones sociales, de mujeres y de víctimas.		
	Construcción de indicadores e identificación de fuentes de verificación de cada uno de los puntos de la agenda, para consolidar un mecanismo de seguimiento y monitoreo a la implementación	
Vinculación redes internacionales de mujeres Mesa 3, 11	Vincular a la verificación de los acuerdos, redes internacionales de mujeres.	3
	Se deben invitar a las comisiones de verificaciones a mujeres que han participado en comisiones de verificación de sus países como por el ejemplo el caso de Guatemala y Filipinas. Así mismo estas deben ser complementadas por observadores internacionales.	11
Pacto ético de seguimiento Mesa 3	Convocar a un pacto ético que haga seguimiento al cumplimiento de los acuerdos desde una visión de la paz transformadora, justa y sostenible.	3
Información, comunicación Mesa 2, 3, 5, 6, 10, 11, 12	Que los medios de comunicación cumplan un papel en el proceso de verificación e implementación. Que haya franjas de difusión para los acuerdos y de cómo se avanza en la implementación, verificación y refrendación. Destinar fondos para medios de comunicación	2
	Hacer seguimiento a los medios de comunicación que no están informando la realidad de lo que está sucediendo en el país; generando un observatorio ético regional de medios de comunicación con sanciones el pacto; conformar un programa oficial del Estado con los acuerdos que actualmente se están teniendo.	5
	Uso de las TIC y medios alternativos en la difusión y el seguimiento del cumplimiento de los acuerdos	3
	Generar un medio de comunicación popular o alternativo que tenga representatividad de las comunidades indígenas, afro, LGBTI, niños, niñas y jóvenes, representantes del gobierno, organismos de derechos humanos, apoyo jurídico, psicológico y psicosocial.	5
	Los medios de comunicación, institucionales, comunitarios y privados así como las redes sociales deben difundir los resultados de las actas de verificación del proceso y ejercer veeduría al cumplimiento de los acuerdos.	6
	Que se garantice por parte del estado la posibilidad de que se den los mecanismos para que los informes de la Comisión de verificación puedan ser socializados de forma objetiva, imparcial y neutral a través de los medios de comunicación.	10

Punto de la Agenda / Grupo poblacional	Propuesta	Mesa
Desmilitarización Mesa 3, 7, 11	La desmilitarización física y de las conciencias en las diferentes regiones. Por ello se propone que se debe implementar una política de verificación basada en el desarme, en donde las Fuerzas Armadas se dediquen a la protección de las fronteras y que la policía se dedique a una educación para la paz.	3
	Proponer una comisión de asesores expertos y expertas en desarme y uso de armas pequeñas para erradicar el militarismo.	7
Contenidos verificación Mesa 3, 6, 7	Garantizar que los derechos de las mujeres estén indefectiblemente dentro de la lista de las cuestiones a verificar.	3
	Especial atención en cuanto a la verificación de los hechos de los victimarios y cumplimiento de la reparación a las víctimas de delitos sexuales, esta verificación debe estar ejercida por una comisión integrada por lo menos en 50% de mujeres.	6
	Verificar que la entrega de las armas esté acorde con el listado entregado por los actores armados y por estudios realizados por especialistas en el tema. La comisión de verificación de las armas debe estar integrada por mujeres con experiencias en el tema y excombatientes y expertos internacionales.	6
	seguimiento al auto 092 y adicional crear un informe trimestral o semestral donde se reúnan los resultados de los seguimientos de todas las regiones. Este debe ser entregado a la Corte Constitucional.	7
	Evidenciar los feminicidios para que sean insumos para la formulación de políticas públicas.	11
	Verificar el crecimiento de las estadísticas de las mujeres que acceden a la educación, al empleo y a los cargos de elección popular.	
Además deben existir mecanismo de reconocimiento de la información de las organizaciones sociales, de mujeres y de víctimas.		
	Construcción de indicadores e identificación de fuentes de verificación de cada uno de los puntos de la agenda, para consolidar un mecanismo de seguimiento y monitoreo a la implementación	
Vinculación redes internacionales de mujeres Mesa 3, 11	Vincular a la verificación de los acuerdos, redes internacionales de mujeres.	3
	Se deben invitar a las comisiones de verificaciones a mujeres que han participado en comisiones de verificación de sus países como por el ejemplo el caso de Guatemala y Filipinas. Así mismo estas deben ser complementadas por observadores internacionales.	11
Pacto ético de seguimiento Mesa 3	Convocar a un pacto ético que haga seguimiento al cumplimiento de los acuerdos desde una visión de la paz transformadora, justa y sostenible.	3
Información, comunicación Mesa 2, 3, 5, 6, 10, 11, 12	Que los medios de comunicación cumplan un papel en el proceso de verificación e implementación. Que haya franjas de difusión para los acuerdos y de cómo se avanza en la implementación, verificación y refrendación. Destinar fondos para medios de comunicación	2
	Hacer seguimiento a los medios de comunicación que no están informando la realidad de lo que está sucediendo en el país; generando un observatorio ético regional de medios de comunicación con sanciones el pacto; conformar un programa oficial del Estado con los acuerdos que actualmente se están teniendo.	5
	Uso de las TIC y medios alternativos en la difusión y el seguimiento del cumplimiento de los acuerdos	3
	Generar un medio de comunicación popular o alternativo que tenga representatividad de las comunidades indígenas, afro, LGBTI, niños, niñas y jóvenes, representantes del gobierno, organismos de derechos humanos, apoyo jurídico, psicológico y psicosocial.	5
	Los medios de comunicación, institucionales, comunitarios y privados así como las redes sociales deben difundir los resultados de las actas de verificación del proceso y ejercer veeduría al cumplimiento de los acuerdos.	6
	Que se garantice por parte del estado la posibilidad de que se den los mecanismos para que los informes de la Comisión de verificación puedan ser socializados de forma objetiva, imparcial y neutral a través de los medios de comunicación.	10

Punto de la Agenda / Grupo poblacional	Propuesta	Mesa
Información, comunicación Mesa 2, 3, 5, 6, 10, 11, 12	Consolidar sistemas de información donde se estudien los derechos humanos de las mujeres, cuáles son los retos y cómo se están cumpliendo. De esta manera también se empieza a buscar inclusión en las estadísticas. Para complementar este sistema de información se debe hacer una convocatoria a la denuncia. Recoger las experiencias de compilación de información regionales que ya han realizado un trabajo previo en la identificación y sistematización de las manifestaciones de las violencias contra las mujeres.	11
	Para esto tener en cuenta las Mesas de Seguimiento de las Violencias contra las Mujeres. Pueden ser quienes administren el sistema de información, para este fin se propone la creación de indicadores de base sobre los cuales se pueda hacer seguimiento.	
	Sistema regional de seguimiento e implementación por medio de un observatorio nacional que verifique la implementación y el cumplimiento de los acuerdo	12
Comisión de paz indígena Mesa 7	Creación de una Comisión de Paz Indígena.	7
Protección Mesas 6, 7, 10, 11	Crear mecanismos de participación que estimulen y protejan las denuncias de la población respecto a todo acto de violencia y violación de acuerdos.	6, 7
	Para que las personas puedan ayuda a la verificación sin ser amenazadas por BACRIM y las nuevas estructuras armadas que están presentes en todo el país y siguen victimizándonos y siendo violentos.	
	Que el estado garantice la protección y seguridad de los integrantes de las comisiones de verificación	10
	Programas de protección y autoprotección de las mujeres en el territorio. Atención a las mujeres que viven en zonas señaladas como “roja” es decir con alto riesgo por estar en constantes confrontaciones de los GAML. Poner atención a los delitos sexuales. Esto se debe hacer durante el proceso de negociación y no sólo para cuando sean firmados los acuerdos.  Creación de la Mesa Nacional de Víctimas. Las mujeres víctimas deben tener derecho a una circunscripción especial.	11
Observadores y acompañamiento internacionales Mesa 5, 6, 7, 8, 9, 10,	Acompañamiento internacional que sea garante para el cumplimiento del acuerdo. - Acompañamiento por parte de amigos/as del acuerdo: premios nobel de paz, presidentes/as amigos/as.	6
	Conformación de un comité de acompañamiento internacional de verificación de cumplimiento a los acuerdos y pactos firmados por el gobierno y las FARC.	7
	La sociedad civil se debe organizar con respaldo de la institucionalidad del Estado y con verificación a través de observadores internacionales en una comisión a la cual se integren también la UNASUR y los países del Alba.	5
	Crear un Comité Internacional de verificación de expertas y expertos de países que hayan tenido conflicto (Suráfrica, Alemania, Argentina). Que este al menos esté vinculado con el Alto Comisionado de Paz o algún mecanismo de gobierno para que tenga un carácter de juzgamiento. Esto debe generar resultados e informe anuales	7
	Crear un Tribunal Internacional Ético que funcione como un mecanismo de sanción del Estado ante los incumplimientos de los acuerdos.	7
	Crear un comité constituido por mujeres nacionales e internacionales, incluyendo representantes de comunidades indígenas y afrodescendientes, para la verificación de la implementación de mecanismos de seguimiento a los acuerdos, especialmente en el tema de víctimas, relacionado con las acciones de verdad, justicia y reparación, donde existan escenarios reales de perdón, reconciliación y garantías de no repetición.	8
	Acompañamiento técnico y asesoría internacional para la implementación y seguimiento al cumplimiento de los acuerdos generales de la mesa de negociaciones de la habana y de los acuerdos internacionales de derechos que ha firmado en torno a los derechos humanos y de las mujeres.	9
	Que exista reconocimiento y respaldo institucional e internacional a las comisiones de verificación.	10
Apoyo de organismos internacionales mediando como garantes del proceso.	12	

Punto de la Agenda / Grupo poblacional	Propuesta	Mesa
Observadores y acompañamiento internacionales Mesa 5, 6, 7, 8, 9, 10,	Seguimiento de Comisiones Regionales de la Sociedad civil con participación paritaria y con observadores internacionales. Que en las regiones se conformen mesas con presencias de sociedad civil, víctimas, excombatientes y Gobierno, de modo que esta participación de las partes permita equilibrio y transparencia en el proceso de la sociedad civil.  <i>Disenso: Hay que hacer desde la sociedad civil una mesa de verificación paritaria, es decir 50% hombres y 50% mujeres que sea respaldada por cooperación internacional. Asegurarnos que no solo pacten cosas para ellos también para nosotros.</i>  <i>Disenso del disenso: si es solo comisión de sociedad civil, y por otro lado la comisión de las partes, qué pasa si no hay una mediación entre ambos comités. Quién media y verifica la otra comisión?</i>	7
Rendición de cuentas departamentales Mesa 7	Rendición de cuentas Departamentales anuales por departamento como una forma de verificar cómo va a implementación de los acuerdos. Crear comités mediadores y mecanismos alternativos que puedan tomar acciones en caso de incumplimiento.  Comités de mujeres que tengan conocimiento de mecanismos alternativos de resolución de conflictos, que puedan recopilar información y puedan denunciar. Esto tiene que ser desde instancias a nivel local, regional y nacional,  <i>Disenso: no quiere que sea paritario, solo de mujeres.</i>	7
Buzones para denuncia Mesa 7	Que las organizaciones establecidas que han venido trabajando por la paz y los derechos de la mujer y la sociedad civil, tengan un mecanismo de buzones donde las mujeres y las personas puedan denunciar situaciones de violación del acuerdo o que avale el desarrollo normal del acuerdo para recopilar esta información y llevarla al Comité paritario.	7
Justicia Mesa 8	Crear una comisión legal de seguimiento a la implementación de los acuerdos y un observatorio de las leyes con enfoque de género. Esta comisión debería tener atribuciones para judicializar en el momento pertinente y de manera efectiva	8
Plan de implementación 1325 Mesa 8	Plan nacional de mujeres, paz y seguridad - en cumplimiento de la 1325/ CS - ON	8
Sanciones Mesa 9	Establecer sanciones drásticas para el no ejercicio político de los hombres que han sido perpetuadores de violencia sexual	9
Ruta de implementación Mesa 10	Que se diseñe e implemente una Ruta de acción ciudadana para la verificación del cumplimiento de los acuerdos como mecanismo de participación.	10
Justicia transicional Mesa 11	La verificación debe operar a través de los mecanismos de Justicia Transicional que se pacten y lo que se evidencia que estos mecanismos no están pactados	11
	Asegurar la participación de las mujeres en los comités de justicia transicional.	11
	Promover la verdad y el perdón público. Reclaman el derecho a la verdad, justicia y perdón. Verificar la verdad como elemento estructural del conflicto. El acuerdo debe contemplar reparación colectiva y justicia transformadora con enfoque de género. Este acuerdo debe evidenciar las afectaciones específicas a la vida de las mujeres.	11
	Tener en cuenta que los mecanismos de planificación territorial como los Planes de Desarrollo y los Planes de Ordenamiento Territorial deben ser las herramientas articuladoras de cada una de las propuestas que salgan de los Acuerdos de la Habana.	11
	Garantizar que la comisión de la verdad evidencie y disminuya la impunidad de las violencias contra las mujeres en la guerra, para alcanzar un proceso de reparación y no de repetición	12
Participación política de las FARC Mesa 11	<i>Desacuerdo: No están de acuerdo con que los miembros de las FARC vayan a vivir bien en una cárcel con los recursos públicos. Proponen que las FARC hagan un trabajo social, que se les asigne responsabilidades con las comunidades a las cuales se han afectado con los delitos.</i>	7